Neuer Terror droht S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 4. Juni 2011 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

22 1918143 02407



Blumen für die Sowjetsoldaten, aber kein Gedanke an deutsche Opfer: Guido Westerwelle und seine Amtskollegen

Bild: Imago

Heuchelei als Versöhnung

Dreiergipfel in Königsberg: Westerwelle glänzte vor allem durch Sprechblasen

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass der amtierende deutsche Außenminister mit seinem Amt überfordert ist, Westerwelle hat ihn bei seinem Besuch in Königsberg erbracht. Dort war er zu einem trilateralen Treffen mit den Kollegen aus Russland und Polen zusammengekommen. Schwerpunktthema war der visafreie Grenzverkehr zwischen der russischen Exklave Königsberg und den benachbarten polnischen EU-Region Ermland und Masuren bis zu einer Tiefe von 50 Kilometern. Andiskutiert wurde eine entsprechende Regelung mit Litauen.

Westerwelle weiß, dass die Königsberg-Thematik in Deutschland aus gutem Grund hoch emotional betrachtet wird. Schließlich gehört die Pregelstadt zu den Orten, die mit den besten deutschen geistigen Traditionen verbunden sind. Zu Beginn des Treffens ehrten die Außenminister mit Blumengebinden die bei der Erstürmung Königsbergs gefallenen sowjetischen Soldaten. Sicherlich hat sich Westerwelle diesem diplomatischen Ritual nicht entziehen können. Jedoch, wo waren seine Gedenken für die gefallenen deutschen Soldaten? In der Endphase des Krieges in Ostpreußen waren es Tausende. Die deutschen Soldatenfriedhöfe vor den Toren Königsbergs in Heiligenbeil und Pillau zeugen vom Opfergang der Wehrmachtsoldaten. Warum fand Westerwelle keine Zeit, den 80 000 deutschen Ziviltoten, die zwischen 1945 und 1948 in Königsberg umkamen, eine Gedenkminute und ein Blumengebinde zu widmen?

Kein Wort für deutsche Opfer

Wir wissen, dass Russland und die Russen für eine zurückhaltende, aber gleichwohl patriotische Trauergeste Westerwelles für die deutschen Opfer Königsbergs Verständnis gehabt hätten. Den meisten heutigen Bewohnern Königsbergs ist klar, dass keine deutsche Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg so gelitten hat wie Königsberg. Bei seinem kurzen Besuch gemeinsam mit dem polnischen Kollegen Sikorski im Königsberger Dom wurde er mit einer Bach-Kantate und der deutschen Nationalhymne begrüßt. Das Ablegen eines Blumengebindes am Kant-Grabmal ist gut, aber keine Tat, die Mut erfordert. Das machen alle.

Wie gehabt die Westerwellschen Sprechblasen: „Kaliningrad" stehe wie kaum eine zweite russische Stadt so symbolisch für die Verbundenheit von Polen, Russen und Deutschen. Westerwelles Geschichtslosigkeit ist peinlich und macht sprachlos. Königsberg hat in seiner 750-jährigen Geschichte nie zu Polen gehört.

Westerwelle tat kund, dass er den kleinen visafreien Grenzverkehr zwischen dem heutigen russischen Königsberg und den benachbarten EU-Regionen im Norden und Süden der Exklave befürwortet. Wo war sein Einsatz für deutsche Interessen? Sein Werben für den visafreien Reiseverkehr der vertriebenen deutschen Bewohner Königsbergs und deren Nachkommen, ja für alle Deutschen in die russische Ostsee-Exklave? Fehlanzeige! Der deutsche Außenminister führt ständig das Wort „Versöhnung" auf den Lippen. Verständigung und Freundschaft ist ein Prozess des gegenseitigen Gebens und Nehmens. Westerwelle: Gewogen und für zu leicht befunden.

Wilhelm v. Gottberg

Wilhelm v. Gottberg:

Kernenergiefrei

Noch nie ist in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands eine Grundsatzentscheidung für die Daseinsvorsorge aufgrund einer aktuellen Stimmungslage der Menschen getroffen worden. Insoweit ist die Rolle rückwärts der Regierung Merkel/Westerwelle zum Ausstieg aus der Kernkraft einmalig. Wir erinnern uns: Vor acht Monaten wollte man das Gegenteil. Moderne Technik ist immer mit Risiken verbunden. Das wussten auch diejenigen, die vor 40 Jahren die Atomkraftwerke planten und bauten. Sie handelten nicht unethisch. Die erste Ölkrise 1973 zwang die Politik zu Maßnahmen zur Verringerung der Ölabhängigkeit. 17 Atommeiler in Deutschland sind das Ergebnis. Die Forderung, die Sicherheitsstandards der Meiler sehr hoch anzulegen und ständig zu überprüfen, ist zwingend. Auch ältere Meiler beizeiten still zu legen, ist richtig. Nicht nachvollziehbar ist der Hals-über-Kopf-Ausstieg aus der Kernkraft. Merkel wollte den Ausstieg, die von ihr handverlesene Zusammensetzung der Ethikkommission – welch ein Etikettenschwindel – brachte das gewünschte Ergebnis. Die gesamte politische Klasse verschweigt die Folgen des Ausstiegs. Der Strompreis wird weiter steigen. Deutschland wird aus dem Ausland Atomstrom importieren. Höhere Energiepreise schränken Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Export-Nation ein. Es werden mehr und höhere Windkraftanlagen gebaut werden müssen. Nachwachsende Rohstoffe zur Energiegewinnung in Biogasanlagen schränken aufgrund ihres Flächenbedarfs die Nahrungsproduktion ein. Man wird neue konventionelle Kraftwerke bauen müssen. Damit sind Deutschlands ehrgeizige Klimaziele vom Tisch. Wollen das die Menschen wirklich?

Die SPD stochert im Nebel

Streit um Gabriels Reformvorschläge legt tiefe Orientierungskrise offen

Die neuesten Vorschläge von SPD-Chef Sigmar Gabriel zur Reform seiner Partei sorgen weiter für Verwirrung und Unmut bei den Sozialdemokraten. Die wirre innerparteiliche Debatte wirft ein Schlaglicht auf die schwierige Lage der SPD, die im Schatten des nicht enden wollenden Umfragetiefs von Schwarz-Gelb von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

Hervorstechend ist vor allem, dass sich Gabriels Vorstellungen in der Sache grob widersprechen. Einerseits fordert der SPD-Vorsitzende, dass Parteigremien verkleinert werden sollen, der Bundesvorstand etwa soll von derzeit 45 auf 30 Mitglieder schrumpfen. Gleichzeitig setzte Gabriel den umstrittenen Beschluss zu einer Immigrantenquote in SPD-Gremien von 15 Prozent durch. Neben der formellen Frauenquote gibt es

Immigrantenquote bleibt Aufreger

bereits eine Reihe von Gewohnheitsquoten, über welche politische Flügel, große Partei-Unterorganisationen und die Landesverbände mit Bundesvorstandsposten beanspruchen können. Sollte der Vorstand nach Gabriels Vorstellungen verkleinert werden, hätte der Bundesparteitag bald gar keine Wahlfreiheit mehr, alle Positionen wären bereits im Vorwege über die Quotenzuteilung besetzt.

Ähnlich umstritten ist Gabriels Vorstoß, die Parlamentskandidaten bis hin zum SPD-Kanzleranwärter in Vorwahlen nach US-Vorbild von Bürgern auch ohne SPD-Parteibuch küren zu lassen. Darin sehen die aktiven Mitglieder ihre elementaren Rechte gefährdet.

Beobachter werten die Querelen um die irrlichternden Vorschläge Sigmar Gabriels als Symptom für eine tiefe Verunsicherung in der SPD. Ähnlich wie Union und FDP suche die Partei händeringend nach Orientierung. *Hans Heckel*

(Siehe Kommentar Seite 8)

Erbe und Verpflichtung

15 000 Besucher kamen zum Deutschlandtreffen nach Erfurt

Die Ostpreußen bleiben ihrer Heimat in wohl einmaliger Treue und Hingabe verpflichtet. Das stellten sie beim diesjährigen Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) wieder einmal in besonders beeindruckender Weise unter Beweis. Unter dem Motto „Ostpreußen – Erbe und Verpflichtung" kamen am vergangenen Wochenende rund 15 000 Besucher zum Erfurter Messegelände, um sich zu treffen, sich auszutauschen und gemeinsam die Erinnerung an die Heimat wachzuhalten. Zahlreiche Aussteller, ein facettenreiches Begleitprogramm und die Großkundgebung am Sonntag machten das große Treffen der Ostpreußen wieder zu einem besonderen Erlebnis.

Buntes und reges Treiben herrschte in der Halle, in der gewerbliche wie ideelle Anbieter und Kunstschaffende ihre Arbeit und ostpreußische Spezialitäten präsentierten. Ein ökumenischer Gottesdienst, die Verleihung des Kulturpreises, Vorträge und kulturelle Darbietungen rundeten das Ausstellungsprogramm ab.

Großer Andrang herrschte auch bei der Großkundgebung. Beim Glockengeläut des Königsberger Doms wurde manches Auge feucht. Die Fahnenstaffel bildete die farbige Kulisse und Marschmusik, gespielt vom Blasorchester Cottbus, verlieh der Veranstaltung einen angemessenen musikalischen Rahmen. Andächtige Stille herrschte, als Wolfgang Thüne der Toten gedachte und an ihr Vermächtnis für die nachfolgenden Generationen erinnerte. In seiner Ansprache machte Stephan Grigat, Sprecher der LO, deutlich, dass die LO auch in Zukunft beharrlich, unvermindert und von politischem Gegenwind unbeeindruckt für die Rechte der Ostpreußen eintreten werde. Die Festrede hielt Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Darin betonte sie, dass die Unterdrückung oder Relativierung der Vertreibung sich abseits der Menschenrechtsnormen bewege. Andächtig wurde es, als das Ostpreußenlied erklang, sich die Anwesenden erhoben und ergriffen den Text anstimmten. *J. H.*

(Siehe Seiten 9, 10, 11, 18, 19, 20)

MELDUNGEN

Der Dank des Sprechers der LO

Das 21. Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt ist vorüber. Es waren zwei festliche und erlebnisreiche Tage für die weltweite Ostpreußenfamilie. Die große Teilnehmerzahl hat unsere Erwartungen übertroffen. Etwa 15 000 Landsleute sowie Freunde Ostpreußens haben die Reise nach Erfurt nicht gescheut. Dafür danke ich, auch im Namen des Bundesvorstandes, allen Teilnehmern. Ostpreußen lebt!

Mein Dank gilt auch den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle und der Redaktion der *PAZ* für die Bewältigung der zusätzlichen Belastungen, welche die Vorbereitung und Durchführung eines Deutschlandtreffens mit sich bringt. Die LO hat sich in Thüringen glänzend dargestellt.

Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen

EuGH: Keine Willkür

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGH) hat den Vorwurf des Ex-Oligarchen Michail Chodorkowski, das er in seiner Heimat Opfer von Willkürjustiz und eines politischen Prozesses geworden sei, als unbegründet abgelehnt. Allerdings habe der Geheimdienst bei der Verhaftung des damaligen Geschäftsmannes im Jahre 2003 auf dem Flughafen von Nowosibirsk gegen dessen Rechte verstoßen. Des Weiteren sei die Untersuchungshaft unangemessen lang sowie ebenso wie die Behandlung im Gerichtssaal unmenschlich und erniedrigend gewesen. Chodorkowski, der als „Neuer Russe“ und als das Gesicht des jungen postsowjetischen Kapitalismus der wilden Jelzin-Jahre gilt, war in zwei Prozessen in Moskau wegen Steuerhinterziehung, Geldwäsche und Öldiebstahls zu insgesamt 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der EuGH verpflichtete die Russische Föderation zu 24 000 Euro Schadensersatz und Gerichtskostenübernahme. *M.R.*

Ostpreußen ist mehr

Begegnung, Erinnerung und Zukunftswillen prägten das Deutschlandtreffen

Die Sorge des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), dass der Besuch des Deutschlandtreffens in Erfurt möglicherweise ungenügend sein könnte, war schnell vom Tisch. Andrang in den Hallen und volle Sitzreihen bei allen Veranstaltungen ließen auch das diesjährige Deutschlandtreffen zu einem vollen Erfolg werden.



Trotz allen Trubels gab es auch Momente der Ruhe: Am besten bei der Lektüre der *PAZ* Bild: PAZ/Höge

Man hatte mit 300 Gästen beim ökumenischen Gottesdienst gerechnet, der Auftaktveranstaltung des zweitägigen Treffens. Schließlich waren es mehr als eintausend Besucher, die sich in der völlig überfüllten Sankt Severikirche am Domplatz in Erfurt am 28. Mai morgens um 10 Uhr einfanden. Die Herren Dr. Lothar Schlegel, Beauftragter der katholischen Bischofskonferenz für die Vertriebenenseelsorge, André Schmeier, der allen bekannte Seelsorger für die heimatverbliebenen Ermländer und Propst i. R. Erhard Wolfram, Vorsitzender der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen, zelebrierten den ökumenischen Gottesdienst. Es war nicht von Bedeutung, dass die wenigsten einen Liedzettel bekamen. „Großer Gott wir loben Dich“, „Lobet den Herren, den mächtigen König“, „Nun danket alle Gott“ konnten die meisten gläubigen Ostpreußen auswendig. Die Verantwortlichen für die Auswahl der Lieder hatten Gespür: Der brausende Gesang zum Lobe Gottes beeindruckte.

Schon am Vormittag war ein emsiges Treiben in der Messehalle 2 der Erfurter Messe zu beobachten. Die Treffen der Kreisgemeinschaften sowie gewerbliche und ideelle Anbieter erzeugten ein Gesummse und eine pulsierende Geschäftigkeit. Um 14 Uhr begann in Halle 1 die Kulturpreisverleihung, die für jedes Deutschlandtreffen obligatorisch ist. Stephan Grigat, Sprecher der LO, eröffnete die Veranstaltung mit der Begrüßung. Sein besonderer Willkommensgruß galt den beiden anwesenden Thüringer Landtagsabgeordneten sowie Ministerialdirigent Paul Hansel vom bayerischen Arbeits- und Sozialministerium, der die Grüße der bayerischen Staatsregierung sowie im Besonderen die Grüße der Patenschaftsministerin Christine Haderthauer überbrachte. Grigat berichtete über die geistigen und kulturellen Bindungen Ostpreußens zu Thüringen. Der vierte Hochmeister des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, entstammte einem Thüringer Geschlecht. Unter ihm begann das große Werk der Kultivierung und die Besiedelung West- und Ostpreußens. Schließlich, im 18. Jahrhundert, kam der Ostpreuße Johann Gottfried Herder nach Weimar und wurde dort einer der Mitbegründer der Weimarer Klassik.

> Emsiges Treiben in den Hallen und großer Andrang bei den Veranstaltungen machten das Treffen zum vollen Erfolg

Der stellvertretende Sprecher der LO, Gottfried Hufenbach, trug die Laudatio für den Kulturpreisträger Christian Papendick vor, der ein hervorragendes Werk über die Kurische Nehrung vorgelegt hat. Papendick, gebürtiger Königsberger und erfolgreicher Architekt, hat umfangreiches Schrifttum über Ostpreußen verfasst. In seiner Dankesrede ging der Preisträger auch auf den heutigen Zustand des russischen Teils Ostpreußens ein. Mit aufwühlenden Worten zeichnete er ein realistisches Bild vom Zustand des Königsberger Gebietes.

Der diesjährige Preis der Gierschke-Dornburg-Stiftung wurde der Japanerin Dr. Rikako Shindo, geboren 1971 in Tokio, zuerkannt. Sie hatte ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium 1997 mit einer Magisterarbeit über die Lage Königsbergs nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen. Im Jahr 2000 kam sie an die Berliner Humboldt-Universität und begann dort alsbald mit ihrer Promotion zum Thema „Ostpreußen, Litauen und die Sowjet-Union in der Zeit der Weimarer Republik“. Sie hat eine umfangreiche Dissertation vorgelegt, die von ihrer Universität mit „magna cum laude“ bewertet wurde. Ihr ist es mit ihrer Arbeit gelungen, der These entgegenzutreten, die ostpreußische Wirtschaft sei hauptsächlich vom Junkertum und den Großagrariern bestimmt worden. Für ihr charmantes Auftreten und die herzlichen Dankesworte bekam Shindo viel Applaus.

Prof. Manfred Kittel, der Direktor der staatlichen Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ hielt anschließend einen Fachvortrag über den Aufbau der Stiftung und die geplante Dauerausstellung zum Vertriebenengeschehen in Europa im 20. Jahrhundert. Kittel, den Ostpreußen verbunden – er hielt schon den Festvortrag zum 60. Geburtstag der LO im Jahre 2008 in Bad Pyrmont –, forderte die Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen (BdV) auf, die Arbeit der Stiftung konstruktiv oder auch kritisch-konstruktiv zu begleiten.

Helfried Weyer hielt anschließend einen wunderbaren Lichtbildervortrag (Dia-Show) über das Land der dunklen Wälder, der begeisterte. Zum Abschluss des Tages bot die Folklore-Gruppe Wandersleben aus Thüringen ostpreußisches Brauchtum, Sang und Tanz, wobei die thüringische Einfärbung durchaus sichtbar wurde.

Der zweite Tag des Deutschlandtreffens stand ganz im Zeichen der Großveranstaltung *(siehe Seiten 10, 18–20)*. *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr: Weniger EU-Kommissare

Günther Oettinger hat vorgeschlagen, die Zahl der Kommissare der Europäischen Union von derzeit 27 auf höchstens 14 zu reduzieren. Als Konsequenz dieses Vorschlags des schwäbischen Kommissionsmitglieds ließe sich dann sicherlich auch das Heer der 22 500 Beamten und 8500 Angestellten verkleinern. Das würde eine spürbare Entlastung der schuldengeplagten Europäer bedeuten, bekommt ein Generaldirektor doch satte 16 094,79 Euro Grundgehalt, ein Bürobote immerhin noch 2192,47 Euro. Und das bei einer 37,5-Stunden-Woche und sechs Tagen zusätzlichem Heimaturlaub. Kein Wunder, dass da die 4500 Referatsleiter, Direktoren und Generaldirektoren vergangenes Jahr 19 185 Überstunden abzufeiern hatten. *M.R.*

1.955.608.677.992 €

Vorwoche: 1.954.299.582.192 €
Verschuldung pro Kopf: 23.936 €
Vorwoche: 23.920 €

(Dienstag, 31. Mai 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Polens ehrgeizige EU-Ziele

Warschau wird Ratspräsidentschaft zur Förderung eigener, kostspieliger Projekte nutzen

Turnusgemäß übernimmt Polen in der zweiten Jahreshälfte die EU-Ratspräsidentschaft. Die polnischen Erwartungen sind hoch, allerdings droht die Präsidentschaft in den Strudel des Sejm-Wahlkampfs zu geraten. Projekte zur Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik bergen neues Konfliktpotenzial im Verhältnis zu Russland.

Ungarns derzeitige EU-Ratspräsidentschaft wird außer dem Streit über das neue Mediengesetz wenig Spuren hinterlassen. Warschau, das die Präsidentschaft zum 1. Juni übernehmen wird, hat erheblich ehrgeizigere Ziele. Allerdings wird selbst im eigenen Land befürchtet, dass die Präsidentschaft durch den einsetzenden Wahlkampf nicht den erwarteten Erfolg haben wird – Wahltermin zum Sejm ist wahrscheinlich der 23. Oktober. Insbesondere von der oppositionellen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwosc) ist noch mehr als bisher mit Vorwürfen zu rechnen, dass polnische Interessen nicht genügend durchgesetzt würden. Bemerkbar machen könnte sich das bei den Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014 bis 2020.

Der Auftakt zur entsprechenden Planung fällt in die Zeit der polnischen EU-Ratspräsidentschaft. Vorgesehen dazu ist unter anderem eine informelle Sitzung des Allgemeinen Rates am 28. Juli in Zoppot. Vorschläge, die zur Entlastung der Nettozahler der Gemeinschaft führen, sind von Polen, dem größten Empfänger von EU-Geldern, kaum zu erhoffen. Das gilt vor allem für Überlegungen zur Rückführung der Agrarförderung in nationale Zuständigkeit oder ein Zurückfahren der Strukturfonds. Im Gegenteil, es wird erwartet, dass während der polnischen Präsidentschaft kostspielige Projekte auch zur Verfolgung eigener Interessen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Eines dieser Vorhaben könnte die Schiefergas-Förderung sein.



Einseitiger Geldfluss: Polen profitiert von EU-Mitteln Bild: dapd/J. Köhler

Wegen geringer Effizienz und hoher Umweltbelastung gilt diese Fördertechnologie innerhalb der EU als umstritten. Ziel Warschaus ist die Etablierung der teuren Erschließungsmethode als „gemeinsames europäisches Projekt“ im Rahmen der EU-Versorgungsstrategie. Hintergrund ist, dass größere Vorkommen von Schiefergas, insbesondere rund um das Gebiet um Danzig, vermutet werden. Die Erschließung der Vorkommen durch US-Firmen soll auf EU-Ebene abgesichert werden – sowohl finanziell als auch dadurch, dass Umweltschutzeinwände von vornherein ausgeschaltet werden.

Bereits im Vorfeld der Ratspräsidentschaft wird von polnischen Medien bedauert, dass das Land als Nicht-Mitglied des Euro-Raums von wichtigen finanzpolitischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sein wird. Verhandlungen über die Zukunft des Euro werden in Brüssel und Berlin stattfinden, ohne dass polnische Vertreter dabei eine Rolle spielen werden.

Umso größer wird die Versuchung sein, auf anderen Politikfeldern hervorzutreten, etwa bei der EU-Erweiterungspolitik. Erwartet wird der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, eventuell die Aufnahme von Verhandlungen mit Island und Serbien sowie eine Liberalisierung der Visumvergabe beim europäischen Schlusslicht Moldawien. Außenpolitisches Konfliktpotenzial birgt das Feld der Nachbarschaftspolitik – gemeint sind hierbei vor allem die östlichen Nachbarländer Polens Ukraine und Weißrussland, aber auch Projekte in der Kaukasusregion mit dem Schwerpunkt Georgien und sogar zentralasiatische Länder. Vorantreiben wird Polen seine Bemühungen zur Schaffung einer Freihandelszone und zur verteidigungspolitischen Einbindung seiner östlichen Nachbarn. Spektakulärer Höhepunkt auf diesem Gebiet wird der „Gipfel der Östlichen Partnerschaft“ sein, der für den 29. und 30. September in Warschau geplant ist. Angesichts der schwachen Position der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton ist nicht ausgeschlossen. dass es im Rahmen der Nachbarschaftspolitik zu unabgestimmten Initiativen kommt, die das Verhältnis zu Russland belasten würden. Ein mögliches Beispiel hat bereits der Obama-Besuch am 28. Mai in Warschau geliefert, als die polnische Regierung überraschend den Aufbau einer US-Luftwaffenbasis im Land verkündet hat *(siehe Kommentar S. 8)*. *Norman Hanert*

Renate und »Herta«

Von Theo Maass

Seit Monaten rätseln die Grünen, warum es ihrer Spitzenkandidatin Renate Künast nicht gelingt, so populär zu werden wie ihr Konkurrent, der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit (SPD). Das verblüfft die Grünen, wo manche von ihnen seit Fukushima sogar glauben, das Amt des Bundeskanzlers anstreben zu können. In Berlin war der Aufstieg der Fußballskandalnudel Hertha BSC in die 1. Bundesliga das sportliche Ereignis überhaupt, in dessen Glanz sich auch die Politiker gern sonnten. Wowereit richtete den Fußballern einen Empfang aus. Damit brachte er es bravourös in die Schlagzeilen. Denn: Als Partymeister und Genussmensch kauft man „Wowi" seine Fußballbegeisterung ab. Auch CDU-Spitzenkandidat Frank Henkel wird Bodenhaftung bescheinigt, auch er wird gelegentlich in den Stadien gesehen, und er hat als Ossi noch einen weiteren Vorteil, denn mit dem 1. FC Union hat auch der Osten einen erfolgreichen Klub. O-Ton Henkel: „Zwei Herzen schlagen da in meiner Brust."

Da wollte Künast nicht abseits stehen, beging jedoch einen schrecklichen Fehler, der ihren Anfall von Volkstümlichkeit als peinliche Anbiederei entlarvte: Auf ihrer „Facebook"-Seite schrieb sie: „Ich mag die Bodenhaftung, mit der sich der Verein in dieser Saison präsentiert. Das sollte Herta sich bewahren." Herta? Oder doch Hertha? Bodenhaftung? Wohl eher geheucheltes Interesse.

Eigentlich begann der Abwärtstrend der Grünen überhaupt erst mit Künasts Antritt als Spitzenkandidatin. Einige Beobachter wollen im Ostteil Berlins eine regelrechte Künast-Hysterie beobachten. Viele Ost-Berliner wechseln, so heißt es, gar von der Linken zur SPD, um sich die grüne Möchtegernbürgermeisterin zu ersparen. Nicht nur im fremden Umfeld des Fußballs, auch auf eigenem, „grünem" Terrain patzt Künast. So besuchte sie die Jugendweihe eines „Humanistenvereins". Viele links orientierte Pfarrer der evangelischen Kirche dürften den offenen Flirt mit den Atheisten gar nicht lustig finden.

Henkel tourt derweil durch das nächtliche Berlin. „Hallo, ick bin der Frank", begrüßt er Mitarbeiter des Ordnungsamtes, der Polizei, Bahnangestellte oder die Helfer in der Bahnhofsmission – alles Leute also, die keine leichte Arbeit machen, wenig verdienen, Schicht arbeiten und gelegentlich keine Nachtruhe haben. Er hört ihnen zu, will Henkel damit demonstrieren. Das kann der CDU-Mann. Noch höhnen indes linke Pressevertreter, wenn sie von ihm sprechen: „Frank wer?"

Künast wie Henkel werden den Rückstand auf Wowereit bis September nicht aufholen. Was bleibt, ist das Duell der beiden um den zweiten Rang. Das könnte wichtiger werden, als mancher heute denkt. Es geht darum, wer am 18. September Juniorpartner der SPD werden kann, wenn es mit Rot-Rot nicht mehr weitergeht.

An der Schwelle zum Terror

Linke Gewalt nimmt neue Qualität an – Polizeigewerkschafter Wendt fürchtet Bombenanschläge



1100 gewaltbereite Linksextremisten zählt allein Berlin: Ausschreitungen bei den „Mai-Krawallen" in der Hauptstadt 2009

Bild: K. D. Grabert/ dapd

Ein Brandanschlag auf den Berliner Bahnhof Ostkreuz hat in der Hauptstadt für mehrere Tage ein Verkehrschaos ausgelöst. Vertreter der Polizeigewerkschaft warnen, dass die jüngste Attacke eine Vorstufe für neuen Terror und ein Testlauf für weitere Aktionen, möglicherweise sogar Bombenanschläge sein kann.

Die Folgen des in der Nacht vom 22. Mai gelegten Brands waren weitreichend – durch den Ausfall eines zentralen Kommunikationsknotens der Deutschen Bahn blieben Hunderttausende Berliner im Berufsverkehr stecken. Der Anschlag führte in Teilen des Berliner S-Bahn-Netzes zu lang anhaltenden Störungen. Erst nach Tagen normalisierte sich der S-Bahn-Verkehr. Selbst Fernzüge waren durch den Ausfall von Stellwerken betroffen. Reservierungen und Fahrplanauskünfte der Bahn über das Internet waren ebenso gestört wie Telefon- und Internetverbindungen, die in Teilen der Stadt ausfielen.

Mit der Reparatur der Schäden, deren Kosten noch nicht beziffert sind, waren 50 Mitarbeiter beschäftigt, die unter Zeitdruck die defekten Kabelverbindungen wiederherstellen mussten. Vom Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, wird der Anschlag als möglicher Testlauf für weitere und vor allem schwerere Übergriffe gesehen. „Das können dann auch Bombenanschläge sein", so Wendt gegenüber der Zeitung „Die Welt".

Indem wichtige Schaltstellen der Infrastruktur ins Visier genommen werden, versuchen die Täter mit möglichst geringem Aufwand maximale Wirkung zu erzielen, meint Polizeigewerkschafter Wendt. Die Auswahl des Anschlagsziels ist in der Tat auffällig. An kaum einem anderen Ort verlaufen derartig viele sensible Kommunikationsleitungen wie an dem oberirdisch verlaufenden Kabelbaum im Bereich des Bahnhofes Ostkreuz, den die Täter zielsicher ausgewählt hatten: „Da kennt sich jemand sehr gut aus", ist sich ein Vertreter der Bahn sicher.

> Welchen Rückhalt haben Gewalttäter bei etablierten Linken?

Das von den vermutlich linksextremen Tätern im Internet veröffentlichte Bekennerschreiben versucht die Tat mit wirren Schlagworten wie „Anti-Atom", „Antimilitarismus" und „Anti-Rassismus" zu rechtfertigen. Das Schreiben wird vom Berliner Staatsschutz für authentisch gehalten.

Der Brandanschlag ist bisheriger Höhepunkt einer längeren Entwicklung. Schon seit Jahren gilt Berlin als „Stadt der Autobrände" – politisch motivierte Brandstiftungen an Fahrzeugen aller Art. Nach politischen Ereignissen nimmt das Ausmaß dieser Autobrände häufig schlagartig zu. Die Zahl der ermittelten Täter ist demgegenüber äußerst gering. Im Fall der politisch motivierten Autobrände hat sich inzwischen bei Medien und Politikern der Hauptstadt teilweise gar ein Gewöhnungseffekt eingestellt.

Bereits im Jahr 2007 forderte die Opposition vom rot-roten Senat entschiedenere Maßnahmen gegen die linken Feuerattacken – verbessert hat sich die Sicherheitslage seitdem nicht. Eher im Gegenteil: Die politisch motivierten Brandstiftungen nehmen an Dimension zu. Im November 2010 kam es bereits zu einem Anschlag auf den Berliner S-Bahn-Verkehr. Militante Atomkraftgegner bekannten sich dazu, ein Kabel zwischen den Bahnhöfen Sonnenallee und Neukölln in Brand gesetzt zu haben. Die Folgen des Übergriffs waren zwar nicht so schwerwiegend wie im jüngsten Fall, allerdings war der S-Bahn-Verkehr ebenfalls für zwei Tage gestört. Im April 2011 versuchten linksextreme Täter eine Polizeiwache im Stadtteil Berlin-Friedrichshain in Brand zu stecken. Eine Reinigungskraft musste vor den Flammen gerettet werden. Die Polizei ermittelt bisher ergebnislos wegen versuchten Mordes.

Der verheerende Brandanschlag vom 22. Mai auf den Berliner Verkehrsknotenpunkt Ostkreuz hat das Sicherheitskonzept des rot-roten Senats erneut ins Blickfeld gerückt. Bereits die zunehmende Zahl von Gewalttaten auf Berliner U-Bahnhöfen hat in letzter Zeit zu Debatten über die Personalstärke bei den Sicherheitskräften geführt. Die oppositionelle CDU sieht durch den Personalabbau bei der Polizei eine Mitschuld des Senats an der jüngsten Entwicklung. Mit der geringen Zahl der Ermittler sei den Tätern nicht beizukommen.

Die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten allein in Berlin wird vom Verfassungsschutz auf 1100 geschätzt – die Stadt hat sich zur Hochburg des Linksextremismus entwickelt. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) warnt (wohl mit Blick auf die Linkspartei) davor, „der linksextremistischen Szene in Berlin durch politischen Rückhalt bis hinein in etablierte Parteien ein günstiges Milieu zu schaffen, in dem sie gedeihen kann".

Eine kurzfristige Lösung für die angespannte Sicherheitslage ist nicht in Sicht. Dies liegt nicht allein am zweifelhaften Willen etablierter linker Politiker, den gewaltbereiten Extremisten Einhalt zu gebieten. Auch die Finanzen setzten der klammen Hauptstadt enge Grenzen. Fast zeitgleich mit dem neuerlichen Brandanschlag hat der Bund-Länder-Stabilitätsrat eine drohende Haushaltsnotlage für Berlin festgestellt und ein fünfjähriges Konsolidierungsprogramm gefordert (siehe Beitrag unten rechts). Dass angesichts dieser Lage und des mangelnden Interesses des rot-roten Senats, sich mit dem Thema Linksextremismus zu befassen, nach Ablauf des Wahlkampfs Geld für mehr Sicherheitspersonal in der Stadt vorhanden sein wird, ist zweifelhaft. *Peter Koch*

Morden für den Frieden?

DDR-Generale Kessler und Streletz präsentieren ihre Wahrheit

Die DDR-Generale Heinz Kessler (91) und Fritz Streletz (84) sind alte Kameraden. Sie genossen sichtlich ihren Auftritt vor den Fernsehkameras. Am Freitag, dem 20. Mai hatten beide ihr gemeinsames Buch mit dem provozierenden Titel: „Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben" in einer Lokalität in Berlin-Lichtenberg vorgestellt.

Streletz stellte die zentralen Thesen des Buches vor: „Nicht SED-Chef Walter Ulbricht, sondern Sowjet-Chef Nikita Chruschtschow wollte die Mauer", unterwies er die Anwesenden, und raunte düster: „Ohne Mauer hätte es Krieg gegeben", und schließlich: „Die Menschen liefen der DDR nur wegen des Wohlstands im Westen weg." Dass den Menschen in der DDR Bürger- und Menschenrechte egal gewesen seien, widerlegen Zigtausende SED-Verfolgte. Ausgemacht ist für den General a. D. indes, dass die Kriegsgefahr vom Westen ausging. Warum aber hätte der die Waffen zücken sollen, weil der DDR die Menschen weglaufen? Eher wäre das für den Osten ein Grund gewesen, die Notbremse zu ziehen. Wer jedoch die Mauer mit ihren über tausend unschuldigen Opfern zum Friedenswerk umdichten kann, der kommt mit solchen Widersprüchen zurecht.

> Opferverband nennt Buchvorstellung »unerträglich«

Es war unübersehbar: Kessler und Streletz wollen offenkundig nicht von Lebenslügen lassen, an die sie sich ihr Leben lang klammerten. Streletz verkündete, er sei stolz darauf, einen „Beitrag zum Frieden geleistet" zu haben. Immerhin wurden beide Buchautoren wegen der Mauertoten zu Haftstrafen verurteilt.

Seltsam war die Präsentierung der Buchvorstellung durch den staatlichen Sender „Rundfunk Berlin-Brandenburg" RBB). Dort wollte man auf jedwede Kommentierung verzichten. Eine Art der Neutralität, die man bei dieser Funkstation ja zu anderen „umstrittenen" Themen vermisst.

Draußen vor der Tür demonstrierte der Verband der Opfer des Stalinismus. Vize-Chef Ronald Lässig: „Es ist unerträglich, dass ausgerechnet die Stützen der DDR-Diktatur die Geschichte umschreiben wollen." Drinnen bekamen die wenigen kritischen Geister Worte an den Kopf geknallt, die früher im „Schwarzen Kanal" gebräuchlich waren: „Hampelmänner von der Westpresse" oder „Störer". Einen der Höhepunkte bereitete Streletz seinen Zuhörern mit dem Bekenntnis: „Wir sind dem Humanismus verpflichtet." Erich Mielke hatte das in seiner letzten Volkskammerrede ähnlich formuliert. *Hans Lody*

Schloss im Leeren

Berlins Mitte und der Fluch der Vorschriften

Das Berliner Schloss reift über die bisherigen Pläne hinaus: Der Architekt Franco Stella (68) stellt seine überarbeiteten Entwürfe vor. Die für den Wiederaufbau verantwortliche Stiftung stellt Details zum Inneren und zum Umfeld vor. Die Gestaltung der Schlossumgebung birgt dabei unangenehme Überraschungen.

Derzeit befinde sich der Bau im Kostenrahmen, so der Vorsitzende der Schloss-Stiftung, Manfred Rettich. Der Bund bezahlt 440 Millionen Euro, 32 Millionen bringt Berlin auf und Spender tragen bisher rund 80 Millionen bei. Der zuständige Stiftungsrat wird am 8. Juni über das Bauvorhaben endgültig entscheiden.

Bei der danach anstehenden Genehmigung durch die Baubehörden drohen indes wichtige Bestandteile echter Rekonstruktion Schaden zu nehmen. Mehrere hundert Fahrradständer, Flächen für Reisebusse, Zufahrten für Rettungsdienste sowie Schilder für den geplanten Kreuzungspunkt der internationalen Radwege vor dem Schloss werden viel Platz benötigen. Betroffen ist auch der Haupteingang am Eosanderportal. Die aus Kostengründen nicht zu öffnenden Fenster benötigen Reinigung von außen. Daher muss um das Gebäude Platz für das Putzfahrzeug bleiben. So fehlt der Raum für eine Wiederherstellung des unmittelbaren Umfelds.

Die Rossebändiger, 1858 vor Portal IV aufgestellt, bleiben daher wohl in Schöneberg. Die Adlersäule bleibt im Depot. Vor allem aber wird die Ostseite des Forums zur Spree hin eine kahle Betonfassade werden. Der Historiker Benedikt Goebel, Historismus-Experte und als Gutachter tätig, sieht aufgrund der heutigen Vorschriften zudem die Schlossterrassen gefährdet. „Der Lustgarten, die Schlossfreiheit und der Schlossplatz werden komplett zugestellt", fürchtet er. *SV*

Berlin droht Haushaltskrise

Vier Bundesländer, darunter Berlin, befinden sich laut Stabilitätsrat von Bund und Ländern in „Haushaltsnotlage". Das Gremium beaufsichtigt die Einhaltung von Schuldengrenzen.

Bis 15. Oktober muss der Berliner Senat dem Stabilitätsrat Sparpläne vorlegen, sonst droht eine Finanzaufsicht und damit nicht weniger als die finanzpolitische Entmündigung der Berliner Landespolitik durch den Bund. „Die Haushaltslage des Landes ist von einem hohen Schuldenstand gekennzeichnet, der im Vergleich zu anderen Ländern außerordentlich hohe Zinszahlungen (2007 rund 2,5 Milliarden Euro) zur Folge hat", räumt selbst die Senatsverwaltung Finanzen ein. Berlin hat rund 62 Milliarden Euro Schulden. Wie gespart werden soll, verkündet der rot-rote Senat nicht. Stattdessen werden betriebsbedingte Kündigungen im öffentlichen Dienst, Studiengebühren oder Gebühren für Kindertagesstätten weiterhin kategorisch abgelehnt. *SV*

Zeitzeugen



Herbert Gruhl – Der ehemalige CDU-Politiker und Gründer des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) zählt zusammen mit Petra Kelly zu den Gründern der Grünen. Bereits zwei Jahre nach Gründung verließ Gruhl 1982 die grüne Partei, als diese immer mehr unter den Einfluss sozialistischer und kommunistischer Kräfte geriet. Als konservative Umweltpartei begründete er dann die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), die bis heute ein Splitter-Dasein fristet.

Jürgen Trittin – Mit Häme, Polemik und Scharfzüngigkeit ätzt der derzeitige Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag gegen seine politischen Gegner. Das öffentliche Bundeswehrgelöbnis bezeichnete er als „perverses Ritual“. Der heute immer seriös gekleidete Trittin war in seiner Göttinger Studentenzeit Mitglied des Kommunistischen Bundes (KB) und aktiv in der Hausbesetzerszene. Der studierte Soziologe ist ledig und Vater einer Tochter.



Claudia Roth – Die stets bunt und schrill gekleidete Politikerin ist heute Bundesvorsitzende der Grünen. Nach ihrem Abitur brach sie ihr Studium der Theaterwissenschaften im zweiten Semester ab und arbeitete danach als Dramaturgin bei verschiedenen Theatern. Diese Tätigkeit setzt sie heute auf der politischen Bühne fort und erregt sich medienwirksam bei verschiedenen Themen. Den Augsburger Bischof Walter Mixa bezeichnete sie als „durchgeknallten spalterischen Ober-Fundi“.



Joschka Fischer – Der heute bereits zum fünften Mal verheiratete Mitbegründer der Grünen („Realos“) kam als Kind eines ungarndeutschen Metzgers 1946 zur Welt. Die Schule verließ er ohne Abschluss; Ausbildungen oder Arbeitsverhältnisse endeten meist nach kurzer Zeit oder fristlos. Allein seine Karriere als Taxifahrer dauerte einige Jahre. 1985 wurde Fischer nicht nur Hessens erster grüner Umweltminister, sondern überhaupt der erste Landesminister seiner Partei in der Bundesrepublik. Bei seiner Vereidigung trug er Turnschuhe und weder Krawatte noch Fliege. 1998 wurde er Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Bundesregierung. Heute wird er als Bundeskanzler-Kandidat 2013 gehandelt.

Volkspartei voller Fragezeichen

Der gegenwärtige Höhenflug der Grünen wird von der Realität gestoppt werden

Vor einer Generation waren „Die Grünen“ angetreten als Alternative für alle und für alles, als „Anti-Parteien-Partei“ (Petra Kelly). Nach 30 Jahren sind sie in der „Mitte der Gesellschaft“ und der Parteienlandschaft angekommen. Eine Einschätzung des Kölner Publizisten Rolf Stolz, der 1980 die Grünen mitbegründete und Mitglied des Bundesvorstands war.

Mit dem Rückenwind der Fukushima-Katastrophe gewinnen die Grünen neue Wähler und Anhänger. In den Umfragen sind sie bundesweit unangefochten die Nummer 3 in der Gunst des Publikums. Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 25. März haben sie die SPD vom zweiten Platz verdrängt und stellen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik mit Winfried Kretschmann einen Ministerpräsidenten, in Bremen verwiesen sie vor zwei Wochen die CDU auf den dritten Platz.

Durch diese Erfolgsgeschichte ist die Zahl derjenigen, die mit Bauchgrimmen doch noch die schlechte alte SPD als „kleineres Übel“ ankreuzen, stark zurückgegangen. Bürgerliche CDU-Wähler finden sich in den längst selbst bürgerlich gewordenen grünen Politikern wieder – die einen mehr beim katholisch-präsidialen Kretschmann, die anderen beim trendig-quirligen Boris Palmer, Oberbürgermeister der linken Universitätsstadt Tübingen. Für alle mit Nostalgien in Richtung Multi-Kulti und Apo-Aktionismus ist Claudia Roth zuständig, für die Freunde schwäbisch-anatolischer Chuzpe Cem Özdemir.

Derweil massakriert sich die FDP selbst mit Pharma- und Hotelier-Lobbyismus sowie mit unerfüllten Versprechen auf Steuererleichterung. Die Konstellation auf dem politischen Markt ist den Grünen günstig, deren Marketing ist ebenso angepasst wie anpassungsfähig.

Die jetzige grüne Führung sieht sich nun einem Dilemma gegenüber: Mit einem radikal auf grenzenlose Zuwanderung, Kotaus vor dem organisierten Islam, Durchdrücken der Gender-Gesellschaft und auf antichristliche Affekte gerichteten Kurs lässt sich allenfalls ein Potenzial von fünf Prozent der Wähler erreichen. Das hatte man auch schon um 1990. Wer indes in Großstädten über 20 Prozent und auf dem flachen Land über zehn Prozent erreichen will, der muss sich in seiner Politik der Tatsache stellen, dass die große Mehrheit im Land weder ein Germanistan noch Zustände wie in Neukölln-Nord will. Diese Mehrheit wünscht sich Gleichberechtigung der Geschlechter ohne Minderheiten-Extremismus und keineswegs einen Kulturkampf gegen die Christen.

Vorstoß für Burka-Verbot aus Grünen-Landtagsfraktion

Erste Anzeichen für ein Umdenken sind bereits zu beobachten: Die Forderung nach einem Burka-Verbot im öffentlichen Dienst fand im Mai die einstimmige Unterstützung der niedersächsischen Grünen-Landtagsfraktion (der islamische Ganzkörperschleier sei eine „totale Überforderung“ der Bevölkerungsmehrheit) und in Hamburg hat sich ein islamkritischer grüner Arbeitskreis gebildet.

Auf der anderen Seite attackiert der profilierte türkischstämmige Politiker Ali Ertan Toprak, zweiter Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschlands und selbst Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen, völlig zu Recht seine Partei und die SPD, da sie nicht mehr für Frauenrechte einträten, sondern zu Gehilfen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan würden und eine offene Diskussion über die „Wertekollision des Islam mit unserer freiheitlichen Gesellschaft“ zu verhindern suchten.

Die Grünen stehen am Scheideweg vor drei möglichen Zukünften: entweder dem Absturz durch Sektierertum aus dem jetzigen Zwischenhoch oder dem Aufschwung zur erfolgreich-charakterlosen Kopie der Altparteien – oder aber dem Wunder einer grundlegenden Erneuerung und Rückkehr zu den Prinzipien der Gründer-Bewegung von Petra Kelly, Herbert Gruhl und Rudolf Bahro.



Ob katholisch-präsidial oder schwäbisch-anatolisch: Die Grünen betreiben mit Kretschmann (li.) und Özdemir perfektes Marketing

Mit grüner Politik in die roten Zahlen

Die krachende Niederlage der Grünen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl im Februar 2011 scheint schon wieder in Vergessenheit geraten zu sein. Dabei ist Aufstieg und Fall der Hamburger Grünen ein gutes Beispiel für die Zukunft der Bundespartei.

Über Jahre ging es für die linksorientierte Grün-Alternative Liste (GAL) von der Elbe scheinbar nur bergauf. In den vornehmen Elbvororten las man nicht ihre Parteiprogramme, sondern fand es „chic“, die Grünen zu wählen. Selbst in reichen Vierteln erzielten sie zweistellige Wahlergebnisse und tarnten sich erfolgreich als „bürgerliche Partei“.

„Mit grüner Politik schwarze Zahlen schreiben“, so warb Fritz Kuhn für eine schwarz-grüne Koalition, die tatsächlich 2008, als erste auf Länderebene, aus der Taufe gehoben wurde. Doch die Realität holte die Koalitionspartner schnell ein. Schwarz-Grün machte keine schwarzen, sondern rote Zahlen; die Stadtregierung häufte einen riesigen neuen Schuldenberg auf. Die grüne Schulpolitik führte schließlich zum Bruch der Koalition.

Durch Volksentscheid zu Fall gebracht

Wie hartleibig grüne Ideologen sein können, führte die Zweite Bürgermeisterin Christa Goetsch vor. Ohne Kompromisse wollte sie die sechsjährige Einheitsschule eingeführt und damit de facto das Gymnasium abgeschafft sehen. Doch für den Erhalt der erfolgreichen Gymnasien waren die Christdemokraten noch im Wahlkampf vehement eingetreten. Schließlich brachte ein Volksentscheid die grünen Pläne zu Fall.

Für die CDU, die sich als „moderne Großstadtpartei“ präsentierte, hatte das Experiment mit der GAL katastrophale Folgen. Sie wurde gleichsam von den Grünen kanibalisiert und verlor die Regierung sowie die Hälfte ihrer Wählerschaft. *HEB*

Gemütlich gewordene Linke

Etabliert, saturiert, promiskuitiv, staatsgläubig

Die Sarrazin-Debatte hat im vergangenen Jahr das Land ergriffen wie kaum eine andere. Der ehemalige Berliner Finanzsenator sezierte messerscharf die mit mathematischer Sicherheit eintretenden Folgen einer jahrzehntelang verfehlten Zuwanderungspolitik – Folgen, die für das innere Gefüge unseres Landes eine Umwälzung geschichtlichen Ausmaßes bedeuten und unumkehrbar sind. Sarrazin sprach vor vollen Sälen und erntete begeisterte Zustimmung, sein Buch verkaufte sich 1,4 Millionen Mal. Ein frischer Wind schien durch die Merkel-Republik zu blasen und wieder Gedankenfreiheit in die sonst von Wächtern der politischen Korrektheit umstellten Debatten zu bringen.

In Wahlergebnissen jedoch hat sich die Diskussion nicht niedergeschlagen: Als hätte es Sarrazin nie gegeben, fährt bei den Landtagswahlen dieses Jahres ausgerechnet jene Partei Riesengewinne ein, die für ungeregelte Einwanderung, die Ablehnung der eigenen Nation und Dirigismus schlechthin steht: die Grünen. Durch einen Kernkraftunfall am anderen Ende der Welt geängstigt, lassen sich die Wähler durch Emotionen den Kugelschreiber in der Wahlkabine führen.

Doch es griffe zu kurz, nur den radioaktiven Rückenwind aus Fukushima allein für den Durchmarsch der Grünen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen verantwortlich zu machen. Zu tief ist der Wertewandel im Volk bereits verankert und es ist kein Zufall, dass die Dagegen-Partei gerade im liberal-konservativen Milieu der Süd-West-Union wildern konnte. Grün zu wählen ist heute chic und „Mainstream“ bei den materiell Saturierten sowie Ausdruck des individualistischen, promiskuitiven Lebensstils vermeintlich autonomer Stadtmenschen, die keine Norm mehr gelten lassen außer den Wünschen des eigenen Ichs.

Grün zu sein ist heute chic und »Mainstream«

Nicht Verzicht und Zucht bestimmen wie einst bei Herbert Gruhl die grüne Agenda, sondern ungehemmter Konsum verbrämt mit Biosiegel. Überschüssige Geldmittel werden ethisch-korrekt investiert, man geht asiatisch-afrikanisch essen und schlürft fair gehandelten Latte macchiato. Die Linken sind gemütlich geworden.

Die durch keine Sittlichkeit mehr gehegte Sexualität findet ihren Ausdruck in den umfangreichen Gleichstellungszusagen für die Homosexuellen-Lobby im jetzt grün-rot regierten Baden-Württemberg. Die Staatsliebe grüner Weltverbesserer brennt in der Forderung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, „grüne Produktlinien zu forcieren“ und Rahmenbedingungen als „Investitionspeitsche“ zu setzen, also tief in unternehmerisches Handeln einzugreifen.

Alexander Kissler mutmaßte auf „The European“, entweder wisse „das Volk nicht, wen es da wählt, oder aber die Gesellschaft ist längst zu jenem Gesinnungsstaat geworden, den die Grünen anstreben“. Es ist zu befürchten, dass beiderlei zutrifft. Das Ende dekadenter Libertinage ist freilich schon in Sicht: Wenn der Euro kollabiert, gibt's Graubrot mit Margarine. Ohne Biosiegel.

Christian Rudolf

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3469**

Chaos statt Jobs

Das Ende des Zivildienstes bringt Wohlfahrtsverbände in Bedrängnis – Freiwillige fehlen

Zum 1. Juli 2011 wird die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Strukturreform betrifft nicht nur die Bundeswehr, sie hat bereits vorzeitig den Zivildienst beendet. Im Juli startet zum Ausgleich der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD). Die Bundesregierung überschätzt jedoch aktuellen Erfahrungen sozialer Einrichtungen zufolge massiv die Zahl der Freiwilligen. Im Ergebnis droht alten, hilfsbedürftigen wie behinderten Menschen der Wegfall sozialer Dienstleistungen, die vergangenes Jahr von bundesweit noch rund 40 000 Ersatzdienstleistenden verrichtet wurden.



In Zukunft immer schwieriger: Engagierte Betreuung Bedürftiger Bild: mauritius

„Der Bundesfreiwilligendienst soll rund 35 000 Menschen pro Jahr die Möglichkeit zu gemeinwohlorientiertem Einsatz bieten, zusätzlich zu den rund 35 000 Freiwilligen im FSJ/FÖJ (Freiwilligen Sozialen Jahr)“, verkündet das Familienministerium – Ersatz für den Wehrersatzdienst. Der Dienst dauert mindestens sechs und höchstens 24 Monate.

Als 2008 die Zahl von insgesamt 2,5 Millionen Ersatzdienstleistenden seit Wiedereinführung der Wehrpflicht erreicht war, gab es bereits mehr dieser Einrichtungen, in denen viele Zivildienstleistende bisher Arbeiten übernahmen, kaum die Rede. Viele Einrichtungen beschäftigen Monate vor dem offiziellen Ende keine Zivildienstleistenden mehr, stellen aber auch keine Ersatzkräfte ein. Wer im ersten Halbjahr 2011 den Dienst antrat, wird auf Antrag bis Ende Juni entlassen oder ist es bereits. Selbst wer die zuletzt nötigen sechs Monate Dienstzeit Ende Juni nicht vollendet hat, kann aufhören. Spätestens mit Ende des Jahres gehen alle, die freiwillig verlängern. So ist der „Rest“ dank politischer Versäumnisse eine kaum planbare Größe. „Das müssen wir jetzt alles mit den Bestandskräften im Pflegedienst übernehmen. Leider führt das zu Engpässen, weil irgendwann die Grenze der Belastbarkeit überschritten ist“, sagt Pflegedienstleiterin Angelika Overmann von der Arbeiterwohlfahrt Ahlen.

Viele beschäftigen keine »Zivis« mehr

„Zivis“ als Wehrdienstleistende und weniger „Zivis“ als gemeldete Stellen der Sozialeinrichtungen. Darunter waren zunehmend Posten wie die Arbeit in einer Jugendherberge, die kaum mit dem öffentlichen Bild anspruchsvoller Pflege im Mobilen Sozialen Hilfsdienst oder der Behindertenbetreuung übereinstimmten. So hofften Politiker im Zuge der Aussetzung der Wehrpflicht, mit dem Aus des Zivildienstes zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Pflegeberufen anzuregen und Ballast abzuwerfen. Vom Wegfall des Ersatzdienstes als Chance ist derzeit in sozialen

Vom Freiwilligen Sozialen Jahr als Ausgleich erhofft sie sich „wenig, weil die Nachfrage in diesem Bereich schon seit Jahren rückläufig“ ist.

Mit dem Bundesfreiwilligendienst als Vollzeitbeschäftigung will die CDU/CSU-FDP-Koalition die Personallücke schließen. Wohlfahrtsverbände verzeichnen laut ARD-Magazin „Report München“ bisher aber kaum Anfragen Freiwilliger. So sind nicht nur Aufgaben bedroht, in denen Zivildienstleistende früher unentbehrlich schienen. Es sind die beinhart kalkulierten Sozialausgaben der schwer neu zu organisierenden sozialen Extraleistungen, die leiden: Essen auf Rädern, individuelle Behindertenbetreuung und offene Altenarbeit könnten bald entfallen. Gut 60 Prozent der Zivildienstler des Roten Kreuzes in Bayern leisten Pflege- und Betreuungstätigkeiten „am Menschen“, sagt das Bayerische Rote Kreuz (BRK). Das BRK beschäftigte bisher 1600 Ersatzdienstleistende. Als deren Nachfolger kommen dem Stand aktueller Bewerbungen zufolge 40 Freiwillige in Betracht.

Ein politisches Hin und Her bei den Anreizen zum neuen Dienst verstärkt die Probleme: Nun sollen BFD-Leistende unter 25 Jahren doch Kindergeld bekommen und so mit jungen Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr gleichgestellt werden. Bisher galt: Im BFD entfällt der Kindergeldanspruch. Dafür soll nun das Taschengeld der BFDler, bisher sind maximal 330 Euro geplant, gekürzt werden. Das Nebeneinander von FSJ und Jugendfreiwilligendienst schafft weitere Verwirrung. Die Höhe des Taschengeldes regeln zudem die Einsatzstellen, nicht der Bund. Um die wenigen Freiwilligen zu ködern, könnte für Sozialeinrichtungen so ein gegenseitiger Taschengeldwettbewerb starten.

Diese handwerklichen Fehler der Politik verunsichern Antragsteller. Noch schwerer wiegt der politisch verkündete Bewusstseinswandel: Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) lehnt ein generelles Pflichtjahr für alle „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ab. Verfassungsrechtliche Bedenken seien ein Grund der Ablehnung, vor allem aber die Tatsache, dass ein allgemeiner Pflichtdienst einen „eklatanten Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen“ darstelle.

Diese Generalabsage trifft die Wohlfahrtsverbände. Zu lange haben sie darauf gesetzt, dass die Politik die Wehrpflicht durch eine generelle Dienstpflicht ersetzt. Stattdessen muss die Regierung den neuen freiwilligen Dienst, der ausdrücklich auch Ältere ansprechen soll, wieder begrenzen, um unentgeltlich Tätige nicht zu vergraulen. Gelingt das nicht, gibt es viellicht mehr BFDler, aber weniger Bürger, die ohne Taschen- und Kindergeld Einsatz zeigen. Das Familienministerium plant, jährlich 300 Millionen Euro für den Bundesfreiwilligendienst zur Verfügung zu stellen. Der Zivildienst kostete zuletzt rund 450 Millionen Euro im Jahr. Dessen Abschaffung ist für den Bundesfinanzminister „immer noch ein gutes Geschäft“, so Thomas Niermann vom Paritätischen Gesamtverband. *SV*

Lücken werden mit »Bestandskräften« geschlossen, neue Festanstellungen gibt es dagegen kaum

MELDUNGEN

Auch Ausländer als Notare

Frankfurt/Main – Deutschland, Österreich und vier weitere Staaten der Europäischen Union müssen den Notarberuf auch für EU-Ausländer öffnen. In Deutschland dürfen bisher nur deutsche Staatsangehörige Notar werden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg entschied am Dienstag vergangener Woche, dass dadurch andere EU-Bürger diskriminiert und in ihrer Niederlassungsfreiheit beeinträchtigt würden. Die Tätigkeit des Notars sei nicht unmittelbar mit der Ausübung öffentlicher Gewalt verbunden und damit nicht vom Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit ausgeschlossen. Entscheidend sei einzig, dass Notare nicht einseitig hoheitlich tätig werden, sondern von den Vertragsparteien freiwillig hinzugezogen werden. Das deutsche Recht muss in puncto Staatsangehörigkeitsvorbehalt nun angepasst werden. Unberührt vom Urteil bleibt, dass zum Notar nur zugelassen wird, wer zwei juristische Staatsexamen absolviert hat. Damit ist die EuGH-Entscheidung relevant für Juristen, die in Deutschland studieren, aber nicht Staatsangehörige sind. *CR*

Bund entlastet Kommunen

Berlin – Im Rahmen der Neuregelung der Hartz-IV-Bezüge wurde nicht nur das Bildungspaket für Kinder von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern verabschiedet, sondern auch eine deutliche Entlastung der Kommunen beschlossen. Berlin übernimmt in drei Stufen ab 2012 die Kosten für die Grundsicherung im Alter sowie bei Erwerbsminderung. In drei Schritten von 2012 (45 Prozent) über 2013 (75 Prozent) und 2014 (100 Prozent) ersetzt der Bund den Ländern und Kommunen diese Kosten (siehe Kommentar auf Seite 8). v.G.

Auf Augenhöhe mit Hollywood

Deutsche Filmproduzenten bedrohen US-Hegemonie

Erstmals wagen sich zwei deutsche Firmen aus der Filmbranche an die Produktion von Filmen jenseits der 100-Millionen-Dollar-Grenze. Die Berliner Firma X-Filme und die Münchner Constantin Film haben unter dem Fachpublikum während des zwölftägigen Treffens der Filmbranche auf dem Filmfestival in Cannes für eine Überraschung gesorgt. Wie die „Financial Times Deutschland“ berichtet, ist ihnen der Abschluss der Finanzierung von internationalen Produktionen für jeweils rund 100 Millionen Dollar gelungen.

Bisher galten Filme mit derartigen Produktionskosten als ausschließliches Revier von US-Produzenten. Die Literaturverfilmung „Cloud Atlas“ der Firma X-Filme wird ein Volumen von bis zu 110 Millionen Dollar haben. In der Produktion werden Hollywoodstars wie Halle Berry und Tom Hanks an Drehorten in Berlin, Großbritannien und Spanien mitwirken. Die erst 1994 in Berlin gegründete Film- und Fernsehproduktionsfirma X-Filme war in der Vergangenheit bereits mit Filmen wie „Lola rennt“ und „Good Bye, Lenin!“ kommerziell sehr erfolgreich. Die Münchner Constantin Film („Der Untergang“) wagt sich dagegen an die Produktion eines Historienfilms mit dem Titel „Pompeji“. Der 100 Millionen Dollar teure Film soll in aufwändiger Drei-D-Technik produziert werden. Die Nachricht von den deutschen Großproduktionen trifft die US-Konkurrenten in einer schwierigen Phase. Während der Finanzkrise hat Hollywood mangels Investoren die Produktion von Filmen drosseln müssen und sich auf Produktionen konzentriert, bei denen der Erfolg nahezu garantiert war. Erst in der letzten Zeit scheint sich auch bei den US-Studios das Geschäft wieder zu beleben.

Subvention von US-Produktionen mit deutschem Steuergeld

Erstaunlicherweise hatten in der Vergangenheit gerade deutsche Investoren einen wesentlichen Anteil an der Finanzierung von Großproduktionen von Hollywood. Bis 2004 waren von insgesamt 157 für einen Oscar nominierten Filmen aus US-Produktion allein 46 mit dem Geld deutscher Anleger gedreht worden. Im Zuge eines Steuersparmodells sammelten Medienfonds Kapital ein, um teure Hollywood-Projekte zu finanzieren. Die Investoren konnten die hohen Anfangsverluste aus der Filmproduktion in kurzer Zeit abschreiben und mit ihren Einkünften verrechnen. Üblich war bei diesem Abschreibungsmodell, dass, noch bevor die Filme im Verleih Gewinne schrieben, die Medienfonds mit dem Geld der Investoren bereits wieder aus dem Geschäft ausstiegen. Erst im Jahr 2005 machte der Fiskus einen Strich durch diese Rechnung. Bis dahin hatten deutsche Anleger schätzungsweise mehr als zwölf Milliarden Dollar in die amerikanische Filmindustrie investiert. In den USA wurde dieses Anlagemodell, das zulasten deutscher Steuerzahler die Grundlage zahlreicher Hollywood-Produktionen lieferte, geringschätzig als „stupid german money“ bezeichnet.

In Fachkreisen hat insbesondere die Finanzierung der 110-Millionen-Dollar-Produktion der Berliner X-Filme für Aufmerksamkeit gesorgt. Teilweise wird das Kapital von Investoren aus dem asiatischen Raum bereitgestellt, was als Zeichen der gewachsenen Stärke der hiesigen Filmbranche gewertet wird. Sowohl das Projekt von X-Filme als auch das der Constantin Film werden in der Branche als Bewährungstest für zukünftige Großprojekte gewertet. *N. Hanert*

MELDUNGEN

Wilders droht mit Neuwahlen

Den Haag – In den Niederlanden bahnt sich eine Regierungskrise an. Geert Wilders und seine Freiheitspartei haben klargemacht, dass sie weitere niederländische Griechenland-Hilfen nicht hinnehmen würden: „Davon sehen wir keinen einzigen Cent wieder“, erklärte Wilders in der Zeitung „De Telegraaf“. Die Griechen sollten den Euro verlassen und die Drachme wieder einführen. Nach Umfragen unterstützen 58 Prozent der Niederländer Wilders in dieser Frage. Der Entzug der Unterstützung für das Minderheitenkabinett des rechtsliberalen Mark Rutte würde Neuwahlen bedeuten. Ein Veto zur Griechenland-Hilfe könnte andererseits eine Euro-Krise auslösen. *H.L.*

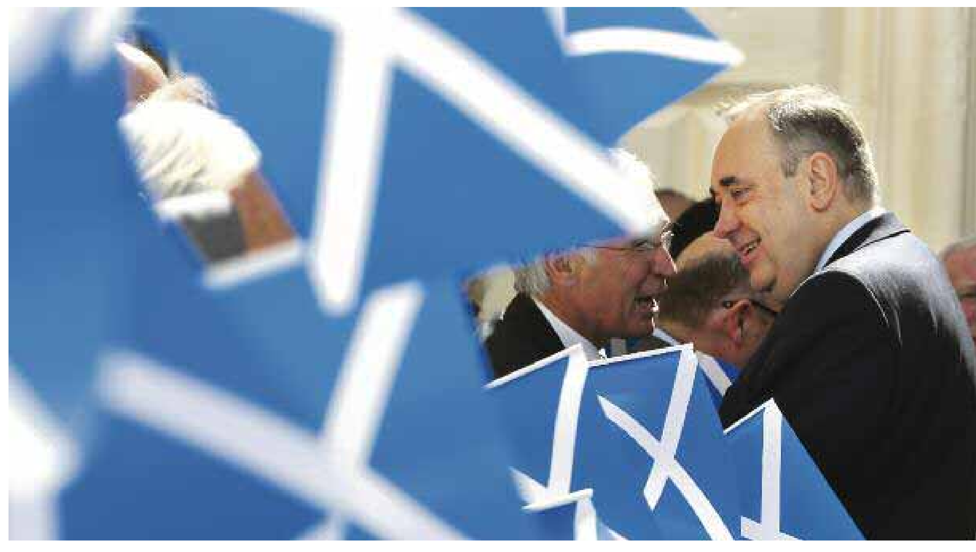
ANC verliert an Zustimmung

Kapstadt – Die südafrikanische Regierungspartei ANC hat bei den jüngsten Kommunalwahlen einen Rückschlag erlitten. Fünf Prozentpunkte gab die Partei von Staatspräsident Jacob Zuma ab. Profitiert hat die größte Oppositionspartei „Democratic Alliance“ (DA) unter der Führung von Helen Zille, der Großnichte des Berliner Malers Heinrich Zille. Sie verbesserte sich von 14 auf 24 Prozent, der ANC fiel von 66 auf 61. Zuwächse konnte die DA vor allem bei der farbigen und der indischstämmigen Minderheit erzielen. Die Zulu-Partei „Inkatha“ von Mangosuthu Buthelezi erreichte vier Prozent. Die 2009 von ANC-Dissidenten gegründete „Cope“ kam auf zwei Prozent. „Die DA ist die einzige Partei, die bei diesen Wahlen zugelegt hat, und der Grund dafür ist, dass die DA die einzige gemischtrassige Partei des Landes ist“, kommentierte Zille den Erfolg. In Kapstadt verteidigte die DA ihre Mehrheit deutlich mit 58 Prozent. *H.L.*

Schottland will sich scheiden lassen

Volksabstimmung könnte nach über 300 Jahren zur Trennung von England führen

Noch gibt sich die Regierung in London gelassen, doch das könnte sich schnell ändern. Nach dem Wahlsieg der Schottland-Partei Anfang Mai steht eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit des nördlichen Teils Britanniens bevor, das berühmt für seine urtümliche Natur, den gelbbraunen Whiskey und seine dickköpfigen Menschen ist.



Sieger in komfortabler Lage: Alex Salmond nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Schottischen National-Partei Bild: getty images

Seit über 300 Jahren (1707) ist das Land zwangsverbandelt mit England und könnte nun die Scheidung einreichen. Alex Salmond, der Parteichef der Schottischen National-Partei (SNP), ist in einer komfortablen Situation. Die letzte Wahl zu den Regional- und Kommunalparlamenten bescherte ihm die absolute Mehrheit im Parlamentsgebäude in Holyrood, das direkt gegenüber dem alten Königspalast der Schotten liegt, in dem heute die englische Königin Elisabeth II. residiert. Wie brenzlig die Situation in Schottland für die ungeliebten Engländer bereits ist, dürfte die Queen schon im September 2010 gespürt haben. Papst Benedikt landete bei seinem historischen Besuch auf den Britischen Inseln nicht etwa in London, sondern im schottischen Edinburgh. Dort wurde er von rund 150000 jubelnden Schotten in Kilt und mit Dudelsäcken begrüßt. Sie hatten einen Nationalfeiertag zu Ehren des hohen Gastes aus Rom ausgerufen, denn zum ersten Mal seit 500 Jahren betrat wieder ein Papst in offizieller Mission britischen Boden. Um den Papst bei diesem offiziellen Staatsbesuch begrüßen zu können, musste sich Königin Elisabeth II. auf den Weg nach Edinburgh machen. Mit reichlich versteinertem Gesicht begrüßte die Königin den fast gleichaltrigen Gast im Königspalast von Holyrood. Man tauschte diplomatische Höflichkeiten aus, aber erst einen Tag später bei dem offiziellen Empfang in London brach das Eis zwischen Königin und Papst.

Seit 1999 tagt in einem neu erbauten Gebäude gegenüber dem Königspalast das Nationalparlament, das den Schotten zumindest eine gewisse Unabhängigkeit sichert. Doch die schottische Bevölkerung ist mit dieser Situation nicht zufrieden, was sich bei der letzten Wahl herauskristallisierte. Der überraschende Wahlsieg der SNP konnte nicht unter „Rechtspopulismus“ verbucht werden,

Schotten sind unzufrieden

denn Parteichef Salmond ist eher linksorientiert und tritt öffentlich auch nicht im Kilt, sondern in einem schwarzen Anzug auf. Er will ein „soziales Schottland“ schaffen.

Ob die Volksabstimmung über die Unabhängigkeit kommen wird, darüber streiten derzeit die Engländer und Schotten. Die SNP versprach, das Votum in den nächsten fünf Jahren durchzuführen. Die Gegner dieses Ansinnens verweisen auf verfassungsrechtliche Hindernisse im „Scotland Act“, der seit 1998 die Befugnisse des Regionalparlamentes festlegt. In diesem Gesetz sind keine Volksabstimmungen vorgesehen. Die britische Regierung will nach Angaben des dafür zuständigen Staatssekretärs, des Liberaldemokraten Michael Moore, dem Referendum aber „keine Hürden in den Weg legen“. Offenbar anderer Meinung ist der konservative Premierminister David Cameron, der „mit jeder Faser seines Körpers“ gegen die Spaltung kämpfen will.

Ob die Abstimmung zum Erfolg wird, ist derzeit noch unsicher. Umfragen zeigen wechselnde Stimmungen. Doch das Blatt könnte sich schnell zu Gunsten der Selbstständigkeit wenden, wenn ein emotionales und ein rationales Argument zum Tragen kommen. Seit dem Freiheitskampf schottischer Clans im 14. Jahrhundert unter dem schottischen Nationalhelden Wallace („Braveheart“) fühlt sich der schottische Nationalstolz gedemütigt. Auch in den folgenden Jahrhunderten unterdrückten die Engländer die Freiheitsbemühungen der Nordländer oft genug auf blutigste und hinterhältigste Weise. Der alte Gegensatz des katholischen Schottland zum

Es geht auch um Rohstoffvorkommen

anglikanischen England reicht letztlich bis in die Gegenwart. Ein symbolträchtiges Datum für die Unabhängigkeit wäre der Jahrestag des legendären schottischen Sieges über die Engländer unter Robert Bruce, der sich im Jahr 2014 zum 700. Mal jährt.

Das rationale Argument liegt in der Nordsee verborgen, genauer gesagt unter dem Meeresboden. Die überaus reichen Vorräte an Gas und Erdöl liegen zu einem wesentlichen Teil auf dem schottischen Gebiet des Meeres. Salmond ist auf diesem Gebiet ein Fachmann, denn er arbeitete vor seinem politischen Wirken bei der Erdölsparte der Royal Bank of Scotland (RBS). Mit der Unabhängigkeit verlöre Schottland zwar gewisse Subventionen aus London, wäre aber durch die Einnahmen aus dem Ölgeschäft mit einem Schlag ein reiches Land, vergleichbar mit Norwegen. Schottland müsste zwar einen Teil der Staatsschulden Großbritanniens mit übernehmen, wäre aber wirtschaftlich solide. Genau diese Perspektive sorgt für Unmut und Widerstand in Westminster, dem britischen Parlament in London. Immerhin hat Salmond bereits versöhnlich versichert, dass er die Queen als repräsentatives Staatsoberhaupt Schottlands behalten will. *Hinrich E. Bues*

Trojanische Pferde des Halbmonds

Islamische Organisationen gewinnen in Österreich immer mehr Einfluss

Wer sind die Muslime in Österreich und wer ist befugt, in ihrem Namen aufzutreten? Dass sich die „Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich“ (IGGiÖ) bisher immer weigerte, die Zahl ihrer Mitglieder zu nennen oder diesen gar die Wahl von Vertretern zu ermöglichen, scheint politisch korrekten Politikern und Medien ziemlich egal zu sein – etwa weil die Anerkennung der IGGiÖ als Religionsgemeinschaft und ihre Gleichstellung mit den Kirchen und der Israelitischen Kultusgemeinde in der Ära Kreisky erfolgt war? Grundlage dafür war ein Gesetz aus dem Jahre 1912, mit dem die Donau-Monarchie, vier Jahre nach der Annexion von Bosnien-Herzegowina, den „Islam nach hanefitischem Ritus“ als Religionsgemeinschaft anerkannte. Die Bosniaken, islamisierte Südslawen, blieben tatsächlich bis zum Ende kaisertreu. Doch die heute etwa 500000 Muslime, rund sechs Prozent der Bevölkerung, stammen fast alle von außerhalb Europas. Und während sie als Gastarbeiter noch kaum Probleme machten, ließ die „Familienzusammenführung“ muslimische Parallelgesellschaften entstehen – gleich mehrere, weil es eben unterschiedliche Bekenntnisse und Nationalitäten gibt.

Ihren Einfluss verdankt die IGGiÖ unter anderem der Nähe zu SPÖ-Kreisen – sowie ursprünglich auch zu der ebenfalls SPÖ-freundlichen Israelitischen Kultusgemeinde, der ja selber an Zuwanderung gelegen ist. Schließlich kann man auf diese Weise naiven Christen,



Aus dem Ausland gefördert: Moscheen in Österreich Bild: R. Mühlanger/dapd

selbst in der katholischen Kirche, auch eine „monotheistische Ökumene“ aufschwatzen – der rot-grüne ORF ist da federführend.

Der Alleinvertretungsanspruch der IGGiÖ, vom Verfassungsgerichtshof 1987 durch Aufhebung der Einschränkung „nach hanefitischem Ritus“ noch gestärkt, wurde von derselben Instanz 2010 aber aufgehoben. Außerdem wurden die recht freizügigen Aleviten anerkannt – doch nur als „Bekenntnisgemeinschaft“, was dem Status eines Vereins entspricht. Die angeblich 60000 Aleviten, meist türkischer Herkunft, lehnen die IGGiÖ ab. „Echte“ Schiiten und andere sind unbedeutend.

Auf vielfache Kritik hin entschloss sich die IGGiÖ, doch Wahlen abzuhalten, die – über Monate verteilt – nun abgeschlossen sind. Angemeldet hatten sich etwa 45000 Personen, von denen 20000 tatsächlich wählen gingen. Schlauerweise hatte man eine Ausrede für die kümmerliche Beteiligung parat, denn die Wähler mussten 40 Euro Kostenbeitrag leisten. Gemutmaßt wird allerdings, dass sich etliche den Urnengang finanzieren ließen.

Erstmals ist ein Türke IGGiÖ-Präsident, denn die türkischen Dachvereine „Islamische Föderation“, „Union islamischer Kulturzentren“ und vor allem Atib haben nun das Sagen. Atib untersteht dem türkischen Staat, Chef ist ein Diplomat der türkischen Botschaft, und alle Imame in den Atib-Gebetshäusern sind türkische Staatsbeamte, die türkisch-nationalistisch agitieren – wie auch Muslime vielfach kritisieren.

Doch trojanische Pferdchen besoldet auch Saudi-Arabien, das ursprünglich Hauptfinanzier der IGGiÖ war und die 1979 eröffnete erste Moschee Österreichs nahe der Wiener UNO-City stiftete. Der saudische Einfluss ist weniger transparent, kommt aber primär Fundamentalisten zugute, unter denen sich gern Personen mit Terror-Nähe einnisten. Nun wollen die Saudis in Wien sogar ein monströses „Zentrum für den Dialog der Religionen“ schaffen. Selbst der Großscheich der Kairoer Al-Azhar-Universität, eine der höchsten sunnitischen Autoritäten, warnt davor, den saudischen Wahhabiten eine solche Plattform zu gewähren. Aber selbst das hindert den Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) offenbar nicht daran, das saudische Vorhaben zu befürworten. *R.G. Kerschhofer*

Wohin soll Eupen?

Zerfall Belgiens beunruhigt Deutschsprachige

Seit der Wahl vom 13. Juni 2010 ist Belgien ohne Zentralregierung. Die sich zuspitzende Staatskrise, die nach Ansicht nicht weniger Beobachter mittelfristig auf die völlige Trennung Flanderns und der Wallonie hinausläuft, verunsichert auch die Deutschen im Land. Im amtlich anerkannten Siedlungsgebiet der „deutschsprachigen Gemeinschaft“, also in den Regionen Eupen und St. Vith mit ihren zusammen rund 70000 Einwohnern, wird immer offener über die Möglichkeiten eines Anschlusses an das Großherzogtum Luxemburg, an das deutsche Bundesland Nordrhein-Westfalen oder die Möglichkeit einer Eigenstaatlichkeit diskutiert. Noch unklarer sind die Perspektiven für die schätzungsweise 14000 Personen, die im nördlich angrenzenden Raum Montzen sowie im südwestlich Luxemburgs gelegenen Areler Land die deutsche Sprache im Alltag verwenden (zwischen 40000 und 50000 verstehen diese).

Als Bewohner des nicht wie Eupen und St. Vith mit einem Sonderstatus versehenen Teils der Wallonie sind ihre Minderheitenrechte nur schwach ausgebaut. Das Französische ist in den sogenannten „altbelgischen“ deutschen Siedlungsgebieten die einzige offiziell zugelassene Sprache. Seit Luxemburg in den 90er-Jahren das „Letzeburgische“ zur eigenständigen Sprache aufgewertet hat, streben viele im moselfränkisch geprägten Areler Land die Anerkennung des Luxemburgischen als zweite offizielle Regionalsprache an. Die sprachlich-kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen dieser im 19. und 20. Jahrhundert stark französisierten Südostecke der wallonischen Provinz Luxemburg zum Großherzogtum sind ähnlich eng wie jene zwischen dem Raum Eupen und der Stadt Aachen. Wie unlängst bekannt wurde, gehen derzeit bei der zuständigen Amtsstelle in Arel im Schnitt täglich 15 Anträge für die luxemburgische Staatsangehörigkeit ein. Das Großherzogtum hatte zum 1. Januar 2009 den Erwerb des Passes deutlich erleichtert, sofern Antragsteller auf mindestens einen „luxemburgischen Vorfahren“ verweisen können. Im Areler Land, das bereits auf dem Wiener Kongress 1815 dem neugebildeten Großherzogtum zugeschlagen worden war und diesem bis zur Gründung Belgiens 1830 angehörte, ist das für zahlreiche Menschen kein Problem. Von daher gibt es gute Gründe für die Annahme, die Neuregelung des luxemburgischen Staatsangehörigkeitsrechts beruhe auch auf der Erkenntnis, dass Belgien keine große Zukunft mehr hat. *Martin Schmidt*

Widersprüchliche Signale

Der deutschen Wirtschaft droht Wachstumsbremse – Zu langes Festhalten an überholter Politik

Ausrücken zum Ingenieursfang in Spanien auf der einen Seite, Festhalten an längst überholten Gesetzen auf der anderen Seite – das Handeln der Bundesregierung scheint angesichts der zu erwartenden Wachstumsbremse aufgrund fehlender Fachkräfte äußerst widersprüchlich.



Ingenieurin bei der Arbeit: Ursula von der Leyen will mit Frauen die Fachkräfte-Lücke schließen. Bild: dpa

Seit Anfang Juni ist die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit zu Informationsveranstaltungen in Madrid und Barcelona ausgerückt, wo sie arbeitslose spanische Ingenieure anlocken will. Deutsche Unternehmen sind mit von der Partie, mit konkreten Jobangeboten in der Tasche stellen sie sich vor. Das Angebot richtet sich an Hochqualifizierte, die ihr Studium bereits abgeschlossen haben. Auszubildende werden nicht gesucht. Das größte Hindernis für mögliche Bewerber sind nach wie vor die fehlenden Sprachkenntnisse. Um den Erwerb der deutschen Sprache müssen sich die Interessenten selber kümmern, ein umfassendes Angebot von Sprachkursen gibt es nicht.

Dass die boomende deutsche Wirtschaft dringend Fachkräfte benötigt, ist hinlänglich bekannt. Dass nicht zuletzt die Zuwanderungspolitik der Bundesrepublik Abschreckungswirkung gerade auf Hochqualifizierte hat, wird deutschen Politikern erst allmählich klar.

Die Chefs mittelständischer Unternehmen zeigen sich zufriedener als 2007, dem Jahr vor der Wirtschaftskrise. 51 Prozent beurteilen die Geschäftslage als „gut“. Diese Tendenz spiegelt sich auch beim Stellenaufbau wider. Jeder vierte Unternehmer möchte zusätzliche Mitarbeiter einstellen. Doch es gibt Grund zur Sorge: Es wird immer schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden, vor allem in den technischen Berufen. Jedes dritte mittelständische Unternehmen befürchtet Einbußen aufgrund des zunehmenden Fachkräftemangels und dass die erwogenen Maßnahmen der Politik zu spät kommen könnten. Bislang hielt die Bundesregierung an einer Abschottungspolitik fest, die der Angst vieler Deutscher geschuldet ist, dass diese von ausländischen Mitbewerbern verdrängt werden könnten. Ein befürchtetes Lohndumping bei Hochqualifizierten wegen niedrigerer Löhne gerade osteuropäischer Fachkräfte stärkte diese Politik. Die Realität zeigt, dass solche Vorbehalte unbegründet sind, denn Lohndumping in akademischen Berufen findet so gut wie nicht statt. Anders sieht es in Branchen aus, in denen nur geringe Qualifikation an die Bewerber gestellt werden, etwa in der Gebäudereinigung oder im Hotelzimmerservice.

Als Talentschmiede für Akademikernachwuchs ist Deutschland bei ausländischen Studierenden äußerst beliebt. Bei den Ingenieurwissenschaften liegt der Anteil der Bildungsausländer bei den Studenten bei etwa 15,4 Prozent. Ein Studium hierzulande ist, abgesehen von geringen Studiengebühren, in einigen Bundesländern kostenlos. Besonders beliebt ist der Studiengang Ingenieurswissenschaften bei jungen Menschen aus China, Russland, Polen, Bulgarien und der Türkei, während bei deutschen Abiturienten technische Berufe weniger hoch im Kurs stehen. Dennoch kehren die meisten Hochschulabsolventen aus dem Ausland nach beendetem Studium Deutschland den Rücken, und dies, obwohl Fachpersonal dringend benötigt wird.

Dies lässt sich leicht anhand der abschreckenden Wirkung gesetzlicher Regelungen erklären: Ein Hochschulabgänger aus einem Nicht-EU-Land hat nach dem Erhalt seines Diploms ein Jahr

> Gesetzliche Regelungen gehen an der Realität vorbei

Zeit, eine Stelle zu finden. Allerdings nur in dem Bereich, den er studiert hat. Darüber hinaus muss das Anfangsgehalt bei 66 000 Euro im Jahr liegen. Doch das ist beim besten Willen nicht zu schaffen. Laut der Internet-Stellenbörse „Stepstone“ werden in Deutschland in der Elektrotechnik, der Autoindustrie, dem Anlagenbau sowie im Maschinen- und Schiffsbau, also überall da, wo Ingenieure eingesetzt werden, Anfangsgehälter zwischen 45 000 und 55 000 Euro gezahlt, mit 66 000 Euro befindet man sich bereits im durchschnittlichen Bereich eines Angestellten mit mehrjähriger Berufserfahrung. Die Folge: Kluge Köpfe verlassen Deutschland. Die Wissenschaftler nennen das „Braindrain“ (das „Abdriften der Gehirne“). Von der steuerfinanzierten Investition in die ausländischen Studenten durch kostenlose Studienplätze profitieren also unsere Nachbarn, vor allem Großbritannien und Skandinavien. Dagegen bleiben die Geringqualifizierten, in der Regel mit ihren zugezogenen Familienmitgliedern, in Deutschland. Millionen arbeitslose Ausländer profitieren dadurch vom staatlichen Sozialsystem.

Laut Umfragen würden 60 Prozent der Deutschen die Zuwanderung Hochqualifizierter begrüßen. Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) stellte in seinem Bericht „Technologiestandort Deutschland 2020“, den er zum deutschen Ingenieurstag am 24. Mai vorstellte, fest: „Wenn wir jetzt nicht handeln, schadet der Ingeniermangel der deutschen Wirtschaft“. Bereits im Jahr 2010 habe der Wertschöpfungsverlust 3,3 Milliarden Euro betragen. Laut VDI fehlten im April rund 69 000 Ingenieure, ein Mangel, der sich ab 2020 noch dramatisch zuspitzen werde, wenn die ersten geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat das Problem erkannt und sieht qualifizierte Zuwanderung als einen Baustein zur Lösung. Deutschland wird die Lücken aus eigener Kraft nicht füllen können, denn die demographische Entwicklung ist nicht umkehrbar. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) könnte die Zahl der Arbeitskräfte bis 2025 von derzeit 44,6 Millionen auf 38,1 Millionen sinken. Zentrale Gruppen für das Schließen der Fachkräftelücke seien Frauen, so von der Leyen. Durch einen Anstieg der Erwerbstätigenquote bei Frauen auf 70 Prozent könnte das Fachkräftepotenzial um rund eine halbe Million bis 1,5 Millionen erhöht werden.

Da dies bei weitem nicht ausreicht, wollen Politiker die Hürden für ausländische Akademiker abbauen, indem als erster Schritt das Eingangsgehalt auf realistische 35 000 bis 40 000 Euro pro Jahr gesenkt wird. Weitere Überlegungen gehen sehen vor, ausländische Hochschulabschlüsse schneller anzuerkennen und dies zumindest auf EU-Ebene schnell umzusetzen. Die deutsche Wirtschaft wird darüber hinaus zusätzliche Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern benötigen, für die diese neuen Regeln dann weiterhin nicht greifen werden.

Manuela Rosenthal-Kappi

KURZ NOTIERT

Deutschland auf Platz eins: Deutschland ist derzeit der beliebteste Investitionsstandort international tätiger Unternehmen in Europa. Dies ergab eine Umfrage der Unternehmensberatung „Ernst Young“ unter 812 weltweit aktiven Unternehmern. Weltweit rangiert Deutschland auf Platz fünf hinter China, Indien, den USA und Brasilien. Positiv werden Infrastruktur, soziales Klima, Lebensqualität und Ausbildung der Arbeitnehmer hervorgehoben, negativ indes die hohen Steuern. Innerhalb Deutschlands errang überraschend Berlin den ersten Platz. *H.H.*

Slowenien nächster Pleitekandidat: Der Chef der slowenischen Notenbank, Marko Kranjec, sieht sein Land als potenziellen nächsten Krisenkandidaten der Eurozone. Er warnte seine Regierung vor einem Szenario nach Art Griechenlands, Portugals und Irlands. „Slowenien sollte sich bewusst sein, dass es nur einen kleinen Schritt von einer kritischen Situation entfernt ist“, sagte das Ratsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) am vergangenen Freitag im slowenischen Portoroz. Sollte die Rentenreform scheitern und der Staat weiter Kredite aufnehmen müssen, drohe eine ähnliche Situation wie in den Ländern mit einer Schuldenkrise. Nach Prognose der EU-Kommission wird die Neuverschuldung in diesem Jahr auf 5,8 Prozent steigen. Analysten bezeichnen die Wirtschaft des Landes als robust. Kritisch sei jedoch der hohe private Schuldenstand sowie die Überalterung der Gesellschaft. *CR*

Inflation verlangsamt sich: Der Preisanstieg in Deutschland hat erstmalig seit neun Monaten an Fahrt verloren. Spitzenökonomen erwarten eine Stabilisierung der Rohstoffpreise auf dem derzeitigen Niveau. Das hätte deutliche Konsequenzen für die Inflation insgesamt. Der rasante Anstieg der Rohstoffpreise war der treibende Faktor hinter der zuletzt anziehenden Inflation. Die Verbraucherpreise hatten im April mit gut 2,4 Prozent den höchsten Teuerungswert seit zweieinhalb Jahren erreicht. *CR*

Angriff aus dem Hinterland

Rotterdam und Antwerpen greifen nach dem Duisburger Hafen

Europas führende Seehäfen haben ein weiteres Ziel im Kampf um weitere Marktanteile gefunden – den Duisburger Rheinhafen. Noch gehört der größte europäische Binnenhafen zu je einem Drittel dem Bund, Nordrhein-Westfalen und der Stadt Duisburg. Der Bund plant allerdings, sich von seinem Anteil an der Hafengesellschaft Duisport zu trennen.

Interesse an diesem Paket haben die Hafengesellschaft Rotterdam, im Eigentum der Stadt Rotterdam und des niederländischen Staates, und die Hafengesellschaft Antwerpen angemeldet. Nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ hat der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) in einem Brief an Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) vor den Folgen eines solchen Einstiegs gewarnt. Die Beteiligung könnte für eine Ladungslenkung zugunsten der niederländischen und belgischen Konkurrenz ausgenutzt werden. Waren für Süd- und Osteuropa könnten statt über Hamburg oder Bremen nach Rotterdam oder Antwerpen umgeleitet werden.

Die Befürchtung ist nicht unbegründet. Noch ist Rotterdam Europas größter Seehafen. Doch der Druck auf die Holländer wächst. Im Segment des Containertransports hat der Hamburger Hafen entscheidende Vorteile, die sich langfristig auswirken werden. Die Containerterminals der Elbstadt liegen wesentlich dichter an den Absatzmärkten in Zentral- und Osteuropa als die der Kon-

> Deutsche Seehäfen fürchten Benachteiligung

kurrenten. Dieser wichtige Vorteil soll sich durch den Aufbau weiterer Terminals für den Umschlag im Binnenland noch verstärken.

Schon im Jahr 2010 hat die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) Pläne zur Errichtung von bis zu zehn weiteren erteilerterminals im Hinterland bekannt gegeben. Diese sollen in verkehrsgünstiger Lage entstehen und mithilfe von Containerzügen in festen Taktzeiten für eine Verbindung mit Hamburg und Bremerhaven sorgen. Ein derartiges Frachtterminal wird auch im fernen Posen zur Anbindung an den osteuropäischen Markt gebaut.

Inwieweit die Pläne durch einen Einstieg von Rotterdam und Antwerpen beim Binnenhafen Duisburg beeinträchtigt wären, ist noch nicht abzuschätzen. Das in die Verhandlungen eingebunden Bundeswirtschaftsministerium unter bisheriger Führung von Rainer Brüderle (FDP) scheint dem Verkauf der Bundesanteile positiv gegenüberzustehen. Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe spricht in seinem Brief an Finanzminister Schäuble indes eindringlich „gegen Beteiligungen der öffentlichen Hand ausländischer Seehäfen am Duisburger Hafen.“

Beobachter halten es in der Tat für fraglich, ob der Übergang der Bundesanteile in das Eigentum der belgischen und niederländischen öffentlichen Hand zu fairen Wettbewerbsbedingungen führen wird. Bereits im Januar hatte die niederländische Tageszeitung „de Volkskrant“ einen Vorgeschmack gegeben, als sie berichtete, dass die potenziellen Miteigentümer planen, die Hafengebühren zugunsten des Gütertransports aus den Niederlanden und Belgien zu beeinflussen. *N. Hanert*

Preisdiktat zu erwarten

Ausländische Konzerne sichern sich Abbaurechte für Ölsände

Deutschland steigt aus, andere steigen ein. Zum Beispiel in heute noch unrentable, dennoch durchaus zukunftsträchtige Energieträger. So versuchen derzeit US-amerikanische, kanadische und chinesische Konzerne, sich in aller Welt langfristige Abbaurechte für so genannte Ölsände zu sichern, auch in Norddeutschland, wo es in Küstennähe geringe Vorkommen gibt. Interesse daran hat der US-Konzern Exxon bekundet, was in Norddeutschland zu kritischen Reaktionen führte. Ökologen warnen vor den landschaftzerstörenden Folgen des Ölsand-Tagebaus, Ökonomen fordern die Wahrung nationaler deutscher Interessen.

Freilich besteht bei näherer Betrachtung kein Anlass zur Aufregung. Die in Deutschland vermuteten Ölsand-Vorkommen sind so bescheiden, dass sie als Alternative zu stillgelegten Kernkraftwerken nicht im entferntesten in Frage kommen und auch die Abhängigkeit von Importöl nicht mindern. Selbst wenn der Rohölpreis sich dauerhaft bei 100 Dollar pro Barrel einpendelt, ist das aus Ölsand gewonnene Petroleum viel zu teuer; erst bei Barrelpreisen oberhalb von 150 Dollar käme die Grenze der Konkurrenzfähigkeit in Sicht.

Lediglich Kanada, das über die weltweit größten Vorhaben verfügt, kann Ölsand halbwegs wirtschaftlich abbauen. Das liegt aber vor allem daran, dass hier der Schutz natürlicher Landschaften bei weitem nicht den

> Zur Aufregung besteht aber noch kein Anlass

Stellenwert hat wie in Europa, insbesondere in Deutschland.

Ölsand ist ein Gemisch aus Kohlenwasserstoffverbindungen, Silikaten, Wasser und Ton, das an oder knapp unter der Erdoberfläche lagert. Im Tagebau benötigt man durchschnittlich zwei Tonnen Ölsand, um ein Barrel Rohöl zu gewinnen. Problematisch ist auch der hohe Wasser- und Energieverbrauch des Produktionsverfahrens; die Ökobilanz spricht eindeutig gegen die Nutzung dieses Energieträgers.

Allerdings ist auch nicht auszuschließen, dass in Zukunft ökologisch und ökonomisch sinnvollere Verfahren entwickelt werden. Dann könnte Ölsand doch noch zu einer konkurrenzfähigen Alternative werden. Insofern zeugen die heutigen Aktivitäten amerikanischer und chinesischer Konzerne (Letztere haben sich kürzlich in Kanada eingekauft) von langfristigem strategischen Denken in der Energiepolitik – ein Aspekt, der in der aufgeregten und angstgeprägten deutschen Anti-Atom-Kampagne der letzten Wochen keine Rolle spielte.

Diese unterschiedliche strategische Ausrichtung zeigte sich zuletzt auch auf einem anderen Feld der Energiepolitik: Exxon hat einen dreistelligen Millionenbetrag lockergemacht, um sich in Nordrhein-Westfalen Förderrechte für Erdgas zu sichern. Sollte sich die Vermutung bewahrheiten, dass tief unter dem Bundesland die größten Vorräte Europas liegen, könnte Deutschland in die mißliche Lage geraten, sein eigenes Erdgas bei den Amerikanern kaufen zu müssen – wer dann den Preis diktiert, dürfte schon heute klar sein.

Hans-Jürgen Mahlitz

Egoismen

Von Jan Heitmann

Als sich die Staaten Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg immer enger zusammenschlossen und schließlich die heutige Europäische Union gründeten, war es unter allen Mitgliedern Konsens, dass sie gemeinsam zum Wohle aller wirken würden. Jeder sollte – seinen Möglichkeiten entsprechend – etwas zum gemeinsamen Erfolg beitragen. Ein vernünftiges, solidarisches Verhältnis von Geben und Nehmen – das hat lange funktioniert. Diese hehre Einstellung sucht man bei den in den vergangenen Jahren in die EU aufgenommenen Staaten vergebens. Von der Knute des Kommunismus befreit, scheinen sie die EU als gute Gelegenheit zu sehen, auf Kosten anderer an die Sonne zu kommen. Egoismus herrscht vor Gemeinsinn. Jüngstes Beispiel: Das Bemühen Polens, das turnusmäßig am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt, auf Biegen und Brechen die Förderung der Schiefergasausbeutung mit EU-Mitteln durchzusetzen. Obwohl diese Technologie ineffizient ist und eine negative Umweltbilanz hat, will Warschau sie von der EU bezahlen lassen und verkauft sie als „gemeinsames europäisches Projekt“. Profitieren würde davon indes nur einer: Nämlich Polen, auf dessen Gebiet sich das Schiefergasvorkommen befindet.

Entlastung

Von Wilhelm von Gottberg

Die Neureglung der Hartz-IV-Bezüge aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ist kein Ruhmesblatt für die schwarz-gelbe Koalition. Lediglich fünf Euro pro Monat mehr wollte die Regierung zugestehen. Unter dem Druck der SPD wurden dann 3,50 Euro drauf gelegt. Vor dem Hintergrund der Inflationsrate – 2,5 Prozent – und der sich christlich nennenden Kanzlerpartei ist das eine erbärmliche Erhöhung. Die Bewertung dieser Politik kann nicht wesentlich positiver ausfallen, wenn man das zusätzlich beschlossene Bildungspaket für Kinder von Geringverdienern und Langzeitarbeitslosen berücksichtigt. Für diese Kinder gibt es kostenlos Lernhilfen und Schulbedarf sowie Gutscheine für die Teilhabe in Kultur, Sport und Freizeit bis zu einer Gesamthöhe von 120 Euro pro Jahr.

Im CDU-Mitgliedermagazin „Profil“ werden diese sozialen Maßnahmen als Meilenstein in der Sozialgeschichte gewürdigt. „Bismarck 2011“ titelt „Profil“. Da wird unterschwellig suggeriert, die Hartz-IV-Erhöhung habe den gleichen Stellenwert wie Bismarcks Sozialgesetzgebung zwischen 1881 und 1889. Starker Tobak. Allerdings wurde im Rahmen der Hartz-IV-Erhöhung auch endlich eine deutliche Entlastung der Kommunen beschlossen. Bis 2014 wird der Bund schrittweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernehmen, für die bisher die Kommunen einzustehen hatten. Dies ist ein wesentlicher Grund für die ständig steigende Verschuldung der Landkreise, Städte und Gemeinden. Diese Entlastung der Kommunen verbessert deutlich ihre Finanzausstattung.

Warten auf Euroshima

Von Hans Heckel

„Wer regiert, verliert.“ Mit dieser eingängigen Formel versucht der im August scheidenden saarländische Ministerpräsident Peter Müller die Krise seiner CDU zu erklären. So plausibel diese These auch klingen mag, historisch ist sie erwiesenermaßen falsch.

Die Union fuhr ihr bestes Ergebnis 1957 ein. Da war sie bereits acht Jahre an der Regierung und errang mit 50,2 Prozent als einzige Partei der deutschen Parlamentsgeschichte seit 1871 die absolute Mehrheit. Die SPD feierten ihren größten Erfolg 1972. In jenem Jahr war sie, erst als Juniorpartner der Großen Koalition, dann als Kanzlerpartei im Bund mit der FDP, bereits sechs Jahre an der Regierung und wurde erstmals seit 1932 wieder stärkste Kraft im Parlament.

Peter Müllers Ansinnen ist es, dem Akzeptanzproblem der Union einen heroischen Anstrich zu geben: Wer sich für Volk und Vaterland aufreibt, der bezieht Prügel. Jene aber, die es sich bequem machen in der Kritikerpose der Opposition, werden gemocht. Ein Blick auf den traurigen Zustand der SPD lehrt, dass Müllers Erklärung nicht bloß historisch, sondern auch aktuell danebengeht.

Die Frage, wie viel Anteil Sigmar Gabriel an der Krise seiner Partei hat, erscheint hier wie die berühmte Frage danach, ob zuerst die Henne oder das Ei dagewesen sei. Die wirren Vorstöße des SPD-Chefs können sowohl als eine Ursache der Krise betrachtet werden wie auch als eines ihrer greifbarsten Symptome. Fest steht: Die SPD geistert nicht minder orientierungslos durch die Gegenwart als Union oder FDP. Sie findet weder ein zündendes Thema noch hat sie eine tragfähige Vorstellung von ihrer Stellung im Wählerspektrum.

> Noch profitieren die Grünen von der Krise aller anderen Parteien

Profitieren von der Malaise aller anderen, selbst der Linkspartei, tun die Grünen. Sie verfügen noch über jenes „Milieu“, welches den anderen Parteien abhanden gekommen ist: Einen festen, wachsenden Wählerstamm, der von einem „Lebensgefühl und einer gewissen Weltanschauung“ zusammengehalten wird.

Fragt sich nur, wie lange dieses Milieu stabil bleibt. Auch für die Grünen dämmert Unheil herauf. Der Euro treibt auf eine Katastrophe zu, die kaum noch abwendbar erscheint. Die Grünen aber haben sich wie keine andere Partei hinter die Einheitswährung gestellt. Wenn sie die Bundesregierung kritisieren, dann nur, weil diese angeblich nicht bereitwillig genug zahlt und garantiert für die Pleiteländer. Die Folgen der Eurokrise aber werden dramatisch und für jeden Deutschen spürbar sein. Da dürfte vielen das grüne „Lebensgefühl“ plötzlich wie eine dekadente Selbsttäuschung erscheinen. Für die Öko- und Euro-Partei könnte sich der Währungskrach so zu einem ähnlichen Desaster auswachsen wie das Durcheinander nach Fukushima für die Union.



Fingerzeig ins Leere statt Richtungsvorgabe: Unter ihrem Chef Sigmar Gabriel geistert die SPD orientierungslos durch die Gegenwart.

Bild: dpa/O. Ditze

Moment mal!

Cui bono, Moody’s?

Von Klaus Rainer Röhl

Die heute in Deutschland aufwachsenden Kinder und Jugendlichen wissen nur noch vage, was links ist. Die meisten von ihnen denken bei „links“ sofort ans Internet. Links ist da die Mehrzahl von „link“, und das ist ein Verweis, ein Fingerzeig zu einem weiteren Internet-Text. Wir Älteren wissen noch sehr genau und aus schmerzlicher Erfahrung, was links ist. Linke sind Anhänger von Utopien über die Wirtschaft und die Gesellschaft, in der wir leben. In der Studentenzeit sind fast alle jungen Menschen irgendwie links oder grünlinks. Später, nach zunächst mühsamem, aber dann doch erträglichem Marsch durch die Institutionen und Ergreifung eines Berufs bleibt wenigstens das links reden. Langer Rede kurzer Sinn – kürzer geht es nicht – die Fernsehsendung „Frontal 21“ im ZDF ist eine ziemlich linke Sendung. Sie ist Propaganda. Ohne je von Lenin mehr zu kennen als eine Zitaten-Sammlung aus Google, handeln die Genossen Journalisten nach dem Spruch des Altmeisters: „Journalismus ist Agitation mit Tatsachen“. Auch die „BILD“ handelt nach diesem Grundprinzip.

Ich nun, in meiner Jugend Empörungs-Kommunist, aber mit nachwachsendem Verstand, weiß Bescheid über linke Propaganda und habe nichts vergessen. Als ich einen Zehn-Minuten-Beitrag von „Frontal 21“ über die Ursachen der Euro-Krise sah, wurde ich sehr stutzig: Hat Karl Marx am Ende doch noch recht? Es ging um die sogenannten Rating-Agenturen in den USA, von denen in letzter Zeit schon manchmal die Rede war, obwohl sie die Öffentlichkeit meiden wie der Teufel das Weihwasser. Und diese Rating-Agenturen (rating = Einschätzung, Bewertung) schätzen von New York aus die Kreditwürdigkeit eines Unternehmens oder Landes ein, ihr Wort in Gottes Ohr. Und die Finanzwelt glaubt ihnen – mehr oder weniger blind. Wenn sie den Daumen nach unten halten, bedeutet es Absturz. Wenn sie ein Land, sagen wir Griechenland oder Portugal, mit der Note BB- einstufen, also mies, oder ganz mies, CC, ist dort Feierabend, Staatsbankrott, ist der Ofen aus. Wenn sich ein Land jedoch innerhalb des Euro-Zone befindet und der Ofen dort also nicht aus sein darf, weil die griechische Währung – ohne die Deutschen groß zu befragen – eines Tages mit der D-Mark zusammengekoppelt wurde und mit vielen anderen europäischen Währungen. So dass der Euro wackelig wird, sobald ein Land pleite ist – deshalb helfen die Euro-Länder den Griechen und Portugiesen mit unvorstellbar riesigen Summen, solange der Vorrat reicht. Aber die Bürger sind sauer. Nicht auf die internationalen Finanzjongleure, sondern auf die Portugiesen und Griechen.

> Sobald ein Land der Euro-Zone pleite ist, wackelt die Währung

In den letzten Monaten wurde in Deutschland, unter Führung der „Bild“, des „Stern“ und des „Focus“ mächtig auf die Griechen geschimpft. Die könnten oder wollten nicht ordentlich arbeiten und wirtschaften, lebten nur auf Pump und verdaddelten unser schönes Geld, und selbst die 110 Milliarden Euro, die sie bekommen haben, reichten nicht mal von Zwölf bis Mitternacht. „Bild“ und die Stammtische waren sich einig: Die viele Sonne, das ewig gute Wetter, die Faulheit und der Schlendrian, klar! Aber was ist mit den Iren? Bei denen regnet es doch ständig.

Etwas stimmt da nicht, und etwas gibt zu denken: Jedes Mal, wenn Griechenland tatsächlich Geld einspart, natürlich nicht bei Onassis und den anderen Milliardären, sondern bei den kleinen Einkommen und Pensionen und Sozialbeiträgen – nur das bringt echt Geld –, wenn das Land, wie Deutschland es schon vor 15 Jahren getan hat, sein Tafelsilber verhökert, große Staatsbetriebe verkauft oder verpachtet, die Steuern erhöht und die auch wirklich eintreibt, jedes Mal, wenn sich ein bisschen aufrappelt und seine Schulden abzahlen und international wieder Geld leihen könnte, kommt ein neues „Rating“ von einer der drei aus dem Dunkel operierenden Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch in den USA, und am gleichen Tag schnellen die Zinsen, also die Kosten für Staatsanleihen, ins Unermessliche, und das Land steht wieder kurz vor dem Staatsbankrott. Merkel und Sarkozy und die anderen europäischen Regierungschefs müssen noch einmal eine Garantie von weiteren Milliarden Euro zusagen. (Nur zur Erinnerung: Eine Milliarde sind 1000 Millionen, in Worten: eintausend, die findet man nicht mehr auf der Straße.) Und das Spiel geht weiter.

Was wird da gespielt, und wer gewinnt bei diesem Spiel? Spekuliert da einer gegen den Euro? Doch jedes Mal, wenn in der Öffentlichkeit solche Fragen gestellt werden, fällt das Wort „Verschwörungstheorie“. Was ist eine Verschwörungstheorie? Eine Wahnidee, die irgendwelche finsteren Mächte für das ganz Elend der Welt verantwortlich macht, einfach und monokausal – in der NS-Zeit waren es die Juden und die Freimaurer, heute sind es die Öl-Konzerne und die „Atomlobby“ und die Lieferanten von „genverseuchten“ Nahrungsmitteln und tödlichen Gurken. Immer ist einer schuld an allem. In der DDR herrschte zeitweise eine solche Misswirtschaft, dass selbst Zwiebeln und Kartoffeln „Schwerpunkt“, das heißt, nicht vorhanden, waren. Und uns ahnungslosen Jugendlichen erzählte ein sächsisch sprechender Parteifunktionär, aus dem Westen kämen Leute mit einem ganzen Koffer voll Kartoffelkäfern, um die Versorgung der DDR mit Kartoffeln zu sabotieren. Ulkig, aber selbst erlebt. Die Grundlage jeder Verschwörungstheorie ist eine bestimmte Wahnvorstellung, eine fixe Idee. Und die ist mit gesundem Menschenverstand leicht zu durchschauen.

> Rating-Agenturen setzen zum Angriff auf Spanien, Italien und Belgien an

Allerdings gibt es auch Nachrichten, die sind so ungeheuerlich, dass man sie glatt für das Produkt einer Verschwörungstheorie halten möchte, und die sind leider wahr. Die Erschießung von Benno Ohnesorge durch einen Polizisten war ein Ereignis, das unabsehbare Folgen für Deutschland hatte, vom Terrorismus bis zur Machtergreifung der 68er als rot-grüne Regierung. Wenn damals einer behauptet hätte, dass der Todesschütze Stasi-Agent sei, hätte man ihn für verrückt erklärt oder eben für einen Verschwörungstheoretiker. Wenn uns beim amerikanischen Einmarsch in den Irak gleich jemand gesagt hätte, dass es gar nicht um die Befreiung des irakischen Volkes, sondern, wie heute in Libyen, schlicht um die riesigen Ölvorräte des Landes ginge, weshalb die Bombenangriffe der Nato seit zwei Monaten schon weit mehr Zivilisten getötet haben als Gaddafis Truppen – hätten wir das damals geglaubt, glauben wir heute unserem Misstrauen? Von den sicheren Dingen das sicherste ist der Zweifel.

Jetzt wurde bekannt, dass die Rating-Agenturen weitere Länder der Euro-Zone aufs Korn genommen haben und jetzt zum Rating – oder soll man doch besser sagen, Angriff? – auf Spanien, Italien und Belgien ansetzen.

Frage: An alle Banker und Journalisten, die sie vertreten, mit und ohne Tatsachen: Ihr sprecht immer davon, dass „die Märkte“ so und so reagieren, Länder einstufen und abstufen. Frage eines lesenden Normalverbrauchers: Wer sind die Märkte eigentlich? Wohnen sie in einem Haus, schlafen sie in einem Bett, haben sie Farbe und Geruch, Telefon und Adresse? Sind es am Ende, verzeiht mir alle diese einfache Frage, die Ratingagenturen selbst, Standard & Poor's, Moody's und Fitch? Was, wenn es einfach Menschen mit Interessen sind und wenn einige Menschen nun das Interesse hätten, den ganzen Euro abzustufen, abzuwerten, kaputtzumachen? Im eigenen spekulativen oder sogar im übergeordneten Interesse? Da nenne ich hier nur mal einen Namen zum Weiter-Recherchieren: Warren Buffet, der drittreichste Mann der Welt, ist der größte Einzelaktionär bei der Rating Agentur Moody's.

Cui bono, Moody's? Fragen wird doch noch erlaubt sein.

Brücken in die Zukunft schlagen

Christian Papendick wurde für sein Engagement zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz ausgezeichnet

Auch über 60 Jahre nach der Vertreibung aus der Heimat sind die Ostpreußen eine große Gemeinschaft, das konnte man bei der Eröffnung des Deutschlandtreffens erfahren. In der Erfurter Messe waren tausende Landsleute zusammengekommen, um sich zu ihrer angestammten Heimat zu bekennen.

Der Anteil Ostpreußens an der deutschen und europäischen Geschichte und Kultur muss endlich wieder stärker in das Bewusstsein aller Menschen gerückt werden, darüber waren sich die Teilnehmer des Deutschlandtreffens einig. Wenn auch Kulturarbeit die Heimat nicht ersetzt, so gibt sie aber Zeugnis von ihr. Zeugnis von der Heimat zu geben, darin sieht auch Christian Papendick seine Aufgabe. Der Königsberger, der heute in Hamburg lebt, wurde während der feierlichen Eröffnung des Deutschlandtreffens von der Landsmannschaft Ostpreußen für

> Gefühl für Farbe und Form schon in die Wiege gelegt

seinen unermüdlichen Einsatz um das kulturelle Erbe seiner Heimat Ostpreußen mit dem Kulturpreis für Publizistik ausgezeichnet. Dank gilt dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, das diese Preisverleihung großzügig unterstützte. In der Laudatio erfuhr man, wie Christian Papendick von einem ostpreußischen Bowke zu einem engagierten Mahner wurde.

„Ein Haus kann nicht als Gebrauchsgegenstand verstanden werden, es muss dem Menschen ein Leben lang den wesentlichen Wert vermitteln, der für das Glück des Einzelnen so unersetzbar ist. Sonst veraltet es ebenso rasch wie irgendein Möbel veralten kann und lässt den Menschen ‚unbehaust'", schrieb Papendick 1974 im *Ostpreußenblatt*. „Ein Mensch soll sich ein Leben lang wohlfühlen in seinem Haus, seiner Wohnung und so bin ich bemüht, ihm eine zweite Haut zu schaffen, in die er nur hineinschlüpfen muss."

Rund 100 Einfamilienhäuser, einige Mietwohnungen, aber auch Inneneinrichtungen, gewerbliche Bauvorhaben und Umbauten hat er als Architekt geschaffen. Mit seinem Atriumhaus oder Gartenhofhaus erregte er schon 1967 auf der Ausstellung „electric 2000" im Hamburger Park „Planten un Blomen" großes Aufsehen. Bei diesen Häusern, die später in die Serie Haus 2000 eingingen, spielte vor allem das Zusammenspiel von Haus und Garten eine wichtige Rolle. Papendick, der auch Garten- und Landschaftsarchitekt ist, legte großen Wert auf die Gestaltung eines Gartens. Da müssen die Farben der Blüten in den gewünschten Gesamteindruck eingepasst, die Blütezeit der einzelnen Pflanzen beachtet, die zu erwartende Größe bedacht werden.

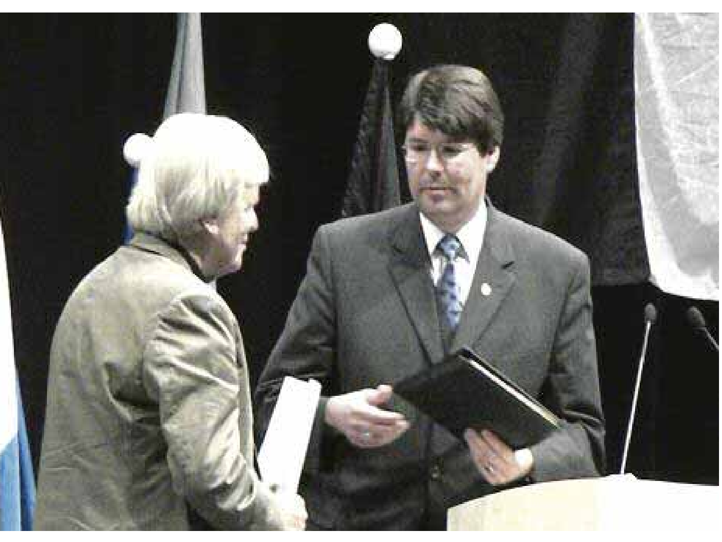
Das Gefühl für Farbe und Form war dem Ostpreußen schon in die Wiege gelegt worden; schließlich wollte er einmal Maler werden und Kunst studieren. Sein Traum vom Künstlerdasein aber ließ sich nicht verwirklichen. Die Zeiten und vor allem der Vater, ein strenger Preuße, waren dagegen. Geblieben sind die Begeisterung für Kunst und Kunstgeschichte, für Geschichte und vor allem das Interesse an seiner Heimat Ostpreußen.

Als Christian Papendick 1926 – übrigens als Neffe der Schriftstellerin und LO-Kulturpreisträgerin Gertrud Papendick – in Königsberg geboren wurde, war die Welt dort noch in Ordnung. In der Hardenbergstraße lebte eine Etage über den Papendicks ein Mann, dessen Tun den Jungen besonders faszinierte. Alfred Partikel, Maler und Lehrer an der Kunstakademie, zeigte ihm den Weg zur Malerei, zur Kunst. Aber erst ein Besuch auf der Kurischen Nehrung 1940 öffnete dem Knaben vollends die Augen. Die Begegnung mit den Bildern Ernst Mollenhauers in Nidden, die Begegnung mit dem Maler selbst weckten Begeisterung, die ein Ventil brauchte. Für fünf Mark hatte sich Christian Papendick eine Pappbox von Agfa gekauft und zunächst Fotos gemacht. „Einige waren sogar brauchbar", sagte er bescheiden. Dann aber sah er die Maler und war nicht mehr zu halten. „Ich nahm mir Pinsel und Farben und setzte mich an den Strand, um zu malen. Einmal kam auch Richard Birnstengel, der seit 1939 ein eigenes Atelier in Nidden hatte, bei mir vorbei, sah mir zu und gab mir einige wohlwollende Ratschläge."

Noch einige Male fuhr die Familie auf die Kurische Nehrung. Christian malte und war begeistert. Weniger begeistert war der Vater; es gab harte Diskussionen. Wie zum Hohn sollte es aber gerade die Malerei sein, die der Familie half, nach dem Krieg zu überleben. Man hatte sich nach der Flucht in Lüneburg wiedergefunden und Christian machte sich bald daran, Aquarelle und Zeichnungen zu Papier zu bringen, die er dann verkaufte. Er zog mit selbst gebastelten Adventskalendern über Land, um von dem Erlös die Familie zu unterstützen. Als er dann das zerstörte Hamburg sah, dachte er bei sich: Eigentlich kannst du auch Architekt werden. Der Wiederaufbau reizte den jungen Ostpreußen.

Nun galt es, die Idee in die Tat umzusetzen. Nach vielen Bemühungen und verschiedenen Anläufen – Papendick musste eine Maurerlehre absolvieren, um die Hochschule besuchen zu können, da er aus Kriegsgründen kein Abitur hatte machen können – wurde er im Herbst 1949 Student der Hochschule für Bildende Künste Hamburg-Lerchenfeld. Sein Diplom legte er 1954 bei Hebebrand ab, einem Schüler von Ernst May. Dieser nahm Papendick dann für anderthalb Jahre in sein Büro für Wiederaufbau bei der Neuen Heimat auf. Ein Glücksfall für den Königsberger, der in May noch heute ein Vorbild sieht. Der Mitarbeit in verschiedenen Architekturbüros folgte schließlich 1960 die Selbstständigkeit – ein erstes größeres Werk war sein eigenes Haus, das er 1958/59 für sich und seine Frau Lisa baute.

Geblieben ist die Liebe zur Kunst, auch wenn Papendick heute nicht mehr malt und zeichnet, sondern wieder zu seinen Ursprüngen zurückgefunden hat. Mit der Kamera (allerdings ist es heute keine Pappbox mehr) hält er wunderschöne Bilder fest – Motive von der Insel Bornholm etwa, aber vor allem von seiner Heimat im nördlichen Ostpreußen. Von seinen Reisen, die für ihn auch eine Begegnung mit der Vergangenheit sind, bringt er faszinierende Fotografien mit. „Ich zeige meine Heimat wie sie ist", so Papendick. „Ich beschönige nichts, ich beweine nichts, ich dokumentiere die Realität. Das ist es, was ich für mein Land tun kann – die Menschen aufmerksam machen."


Stephan Grigat (re.), Sprecher der LO, überreicht den Kulturpreis an Christian Papendick. Bild: Höge

> »Ich beschönige nichts, ich beweine nichts«

Mit seinem Bildband „Die Kurische Nehrung – Landschaft zwischen Traum und Wirklichkeit", erschienen 1996, hat er die Schönheit und die Ursprünglichkeit dieser unvergleichlichen Landschaft im Norden Ostpreußens festgehalten. Mit seinem zweiten Bildband „Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung", erschienen 2009, ist er wie kein Zweiter gegen die Zerstörung der ostpreußischen Kulturdenkmäler angegangen. Mit Ausstellungen seiner eindrucksvollen und erschütternden Fotografien macht er darüber hinaus auf den Verfall und den drohenden endgültigen Verlust wertvoller Bausubstanz aufmerksam.

Papendick gelingt es mit seinen fundierten Texten zu den über tausend Fotografien, den Leser zu fesseln und das Interesse am Land Ostpreußen zu wecken. Wer also nur eine Bilderflut erwartet hat, der wird angenehm überrascht. Diese mit so viel Liebe wie Sachverstand unternommene Bilderreise durch das nördliche Ostpreußen zeigt einmal den Zustand der alten Kulturlandschaft, macht aber auch auf die Chancen aufmerksam, die allen Zerstörungen zum Trotz noch in ihr stecken. Das Buch ist ein dringender Appell auch an die heute dort lebenden Menschen, „das Land zu pflegen und darauf zu achten, dass die letzten dieser kulturhistorischen Denkmäler dringender Sicherungs- und Erhaltungsmaßnahmen bedürfen". Papendick zeigt Möglichkeiten auf, „Brücken zu schlagen zwischen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft dieses Landes, das mitten in Europa liegt". *PAZ*

IN KÜRZE

Schwarz auf weiß

Grafische Arbeiten von Waldemar Rösler, Walter Kröhnke und Louise Rösler sind zur Zeit im Museum Atelierhaus Rösler-Kröhnke in Kühlungsborn zu sehen. Der in Striesen bei Dresden geborene Waldemar Rösler (1882–1916) war Schüler an der Königsberger Kunstakademie und gehörte zum Umkreis von Max Liebermann in der Berliner Secession. Auch als Grafiker machte er sich einen Namen. Kritiker lobten ihn, dass er mit dem lithografischen Stift in Schwarz und Weiß arbeite wie sonst mit dem Pinsel und so eine „ungewöhnliche Illusion von Malerei ohne Farbe" erreiche. Sein Schwiegersohn Walter Kröhnke (1903, vermisst 1944) studierte in Berlin unter anderem bei Karl


Waldemar Rösler: Straße mit Unterführung (Lithografie, 1911) Bild: Kröhnke

Hofer. In der Ausstellung werden dynamische Landschaften gezeigt. „Die grafisch differenziert strukturierten Flächen werden von rhythmischen Linienschwüngen zur Komposition zusammengefasst, wodurch der Eindruck großräumiger Weite entsteht", erläutert die Museumsdirektorin und Tochter des Künstlers, Anka Kröhnke. In Kühlungsborn werden auch Zeichnungen und Druckgrafik ihrer Mutter Louise Rösler (1907–1993) gezeigt. Gemeinhin kennt der Kunstfreund Arbeiten der Malerin Rösler – Bilder, die durch die Farbigkeit nahezu zu explodieren scheinen. Den Schwung ihrer Kompositionen hat sie auch in ihre schwarz-weißen Blätter übernommen, in denen das „kritische Beobachten, die Vermittlung von Lebenserfahrung" als Mittel ihrer Kunst immer noch zu erkennen sind. *os*

Die Ausstellung im Museum Atelierhaus Rösler-Kröhnke, Schlossstraße 4, Kühlungsborn, ist bis zum 14. August freitags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung (038293/15339) zu sehen.

»Junker-Agrariertum« war nicht verantwortlich

Verleihung des Gierschke-Dornburg-Preises an die Japanerin Rikako Schindo

In diesem Jahr wurde die japanische Wissenschaftlerin Rikako Shindo während der feierlichen Eröffnung des Deutschlandtreffens für ihre Dissertation zum Thema „Ostpreußen, Litauen und die Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik. Wirtschaft und Politik im deutschen Osten" mit dem Gierschke-Dornburg-Preis ausgezeichnet. Dieser Preis wird von der Dr.-Herbert-und-Marga-Gierschke-Stiftung mit Sitz in Erfurt für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die sich mit der deutschen Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte in Europa ostwärts der allgemeinen Linie Kiel – Elbe – Saale – Böhmerwald – Triest beschäftigen. Rikako Shindo hat bereits an der Universität Kyoto 1997 ihr wirtschaftswissenschaftliches Studium mit einer Magisterarbeit über die Lage der ostpreußischen Hauptstadt Königsberg vor und nach dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen. Ihre umfangreiche Dissertation von fast 900 Seiten wurde an der Berliner Humboldt-Universität mit „magna cum laude" bewertet. Die archivalischen Quellen zu diesem Forschungsfeld fand sie in verschiedenen Archiven, so auch im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Der erste Teil behandelt die Bestrebungen des Oberpräsidenten zur Erlangung weitgehender Befugnisse als Reaktion auf die Isolierung der nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags zur Exklave gewordenen Provinz Ostpreußen. Im zweiten und dritten Teil werden dann die Folgen der erweiterten Befugnisse des Oberpräsidenten auf die deutschen Beziehungen zu Litauen sowie zur Sowjetunion und die Russlandpolitik des Magistrats von Königsberg eingehend untersucht.

„Erstmals werden hier die deutsch-litauischen Verträge der 1920er Jahre betrachtet", betonte Wolfgang Thüne, Mitglied des Bundesvorstands der Landsmannschaft Ostpreußen, in der Laudatio. „Das betrifft besonders den Deutsch-Litauischen Handelsvertrags vom Juni 1923 sowie das Deutsch-Litauische Binnenschifffahrtsabkommen vom September 1923. Es konnte gezeigt werden, dass dieses Abkommen zunächst geheim gehalten wurde und erst zwei Jahre später im litauischen Gesetzblatt veröffentlicht wurde, und zwar mit Rücksicht auf Polen."

Im Verhältnis zur Sowjetunion ist die Ausgezeichnete besonders auf das Eisenbahnabkommen eingegangen, das im Deutsch-Sowjetischen Handelsvertrag vom Oktober 1925 enthalten war. Dieses war vom deutschen Botschafter und dem sowjetischen Außenminister im Interesse der Reichsbahn und der Handelskammer Königsberg durch mehrere Noten ergänzt worden. Darüber hinaus behandelte Shindo ausführlich den Königsberger Oberbürgermeister Lohmeyer sowie dessen Wirtschafts- und Russlandpolitik in Verbindung mit der Gestaltung der Ostmesse. So hat Lohmeyer am Moskaubesuch des Oberpräsidenten Ernst Siehr 1929 teilgenommen.


Rikako Schindo und ihr Laudator Wolfgang Thüne. Bild: PAZ/Höge

Rikako Shindo sei es gelungen, so Thüne, den Ruf der ostpreußischen Wirtschaft als einer, die hauptsächlich vom „Junker-Agrariertum" bestimmt gewesen sei, zu korrigieren, indem sie andere politische und wirtschaftliche Kräfte berücksichtigte. Bei der Betrachtung der ostpreußischen Gesellschaft habe sie den Blick auf die nach Königsberg entsandten Spitzenbeamten gerichtet sowie auf die ostpreußischen Industrie- und Handelskammern, deren Interessen nicht ohne Weiteres mit denen der Großagrarier übereinstimmten. Die Historikerin lege überzeugend dar, „dass Revanchismus und agrarische Interessenpolitik für das Ende der Republik und die Wiederkehr der nationalen Konfrontation" keineswegs verantwortlich gewesen seien. Dass sich die Königsberger Vorstellungen nicht auf Dauer durchsetzen ließen, habe an der übergreifenden nationalen und internationalen Lage gelegen. „Die Preisträgerin hat mit viel Idealismus eine Forschungsleistung erbracht, mit der sie in überzeugender Weise die Folgen des Versailler Vertrags für das vom Reich getrennte Ostpreußen untersucht." *PAZ*

MELDUNGEN

Engere Zusammenarbeit

Berlin – Die fünf Politikergedenkstiftungen des Bundes präsentieren sich künftig unter dem einheitlichen Motto: „Biografien erzählen – Geschichte entdecken“. Darüber hinaus soll die Zusammenarbeit der Stiftungen intensiviert und ihre politische Bildungsarbeit damit sichtbarer werden. Dafür sind aus dem Etat des Kulturstaatsministers 2010 – zusätzlich zu der jährlichen Förderung – jeder Stiftung einmalig 10 000 Euro für zeitgemäße Internetauftritte bereitgestellt worden. Zudem ist ein gemeinsames Internetportal aller Stiftungen mit 50 000 Euro gefördert worden. Hierzu erklärte Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) bei einer gemeinsamen Veranstaltung der fünf Stiftungen vergangene Woche: „Die Politikergedenkstiftungen des Bundes haben einen festen Platz in der Erinnerungskultur unseres Landes. Bismarck, Ebert, Heuss, Adenauer und Brandt haben grundlegende Weichen gestellt und damit Herausragendes und Bleibendes von nationaler wie internationaler Bedeutung geleistet. An ihr Vermächtnis erinnern die Stiftungen. Alle fünf Häuser laden mit ihren Dauerausstellungen zu einer Zeitreise ein und lassen geschichtliche Entwicklungen erlebbar werden. Damit die Stiftungen mit ihrem Angebot künftig noch stärker an die Öffentlichkeit treten können, hat mein Haus zusätzlich zu der jährlichen Förderung in Höhe von über fünf Millionen Euro weitere finanzielle Mittel für eine verbesserte Internetkommunikation zur Verfügung gestellt.“ Seit 1978 hat der Deutsche Bundestag fünf zur Überparteilichkeit angehaltene Gedenkstiftungen errichtet, die zum Geschäftsbereich des Kulturstaatsministers gehören. Die Stiftungen erinnern mit Willy Brandt und Konrad Adenauer an einen SPD- und einen CDU-Bundeskanzler, mit Theodor Heuss an einen FDP-Bundespräsidenten sowie mit Friedrich Ebert und Otto von Bismarck an einen Sozialdemokraten und einen Konservativen aus der Zeit vor Gründung der Bundesrepublik. Der Parteienproporz der Alt-Bundesrepublik ist also gewahrt. *PAZ*

50 Jahre Huberty & Co.

Köln – Als am 4. Juni 1961 vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) in Köln erstmals die „Sportschau“ ausgestrahlt wurde, spielte sie in der Zuschauergunst noch keine große Rolle, Fußball war noch nicht das Hauptthema der Berichterstattung. Das änderte sich erst 1963 mit der Konzentration der besten deutschen Fußballklubs in der Bundesliga. Bundesliga und „Sportschau“ gehörten seither zusammen wie der Max zum Moritz. Die Moderatoren Ernst Huberty und ab 1982 Heribert Fassbender waren Institutionen. Mancher „Fernsehstar“, der uns heute vertraut vorkommt wie Anne Will oder Reinhold Beckmann waren zunächst dort Moderatoren. Ab 1988 verkaufte die Bundesliga die Senderechte an das Privatfernsehen. In der Folge ging die Popularität der „Sportschau“ kontinuierlich zurück. Seit der Saison 2003/04 ist wieder eine Auswahl der aktuellen Bundesligaspiele in der „Sportschau“ zu sehen. Laut Vertrag darf allerdings erst ab 18.30 Uhr berichtet werden, was die 2. und 3. Liga freut, denn über deren Vereine wird deshalb nun zur besten Sendezeit berichtet. *Hans Lody*

»Nur die Wahrheit macht frei«

Festansprache Erika Steinbachs auf dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Auszügen

Das Deutschlandtreffen der Ostpreußen ist nicht Abschottung und geistige Enge, sondern Offenheit und der Blick über die Grenzen. Damit erinnern sie an millionenfache Schicksale und an die Heimat. Wir erfahren jeden Tag über die Medien von neuen Vertreibungen weltweit. Wir müssen deshalb auch gemeinsam der heutigen jungen Generation den Wert von Heimat vermitteln und alle Menschen dazu aufrufen, Vertreibungen weltweit zu ächten, am Beispiel unseres eigenen Schicksals. Vertreibung war und ist kein legitimes Mittel von Politik, sondern Verbrechen. Millionen Vertriebene mussten vor ihrer Vertreibung Zwangsarbeit leisten. Nicht nur für die Sowjetunion, sondern auch für Polen, die Tschechoslowakei oder Jugoslawien. Mittel-, Ost- und Südosteuropa waren über viele Jahre auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch gigantische Sklavenhalter-Regionen. In ihrem Buch „Atemschaukel“ gibt die Literatur-Nobelpreisträgerin Herta Müller einen beklemmenden Eindruck davon. Die Toten dieser Lager wurden nicht bestattet, sie wurden einfach namenlos verscharrt. Rund zwei Millionen Deutsche haben bei der Flucht oder durch die Vertreibung, in Arbeitslagern oder bei Massakern ihr Leben verloren.

Der polnische Historiker Witold Pronobis hat in einem Vortrag 2009 im Zusammenhang mit den in Marienburg bei Baggerarbeiten entdeckten mehr als 2000 deutschen Opfern darauf hingewiesen. Er stellte fest: „Weitere Orte, an denen sicherlich eine beachtliche Anzahl verstorbener, zu Tode gequälter oder ermordeter deutscher Zivilisten vergraben liegen, sind die zahlreichen Lager und Gefängnisse für Deutsche in den ersten Nachkriegsjahren.“ Er bedauerte, dass es auf diesem Gebiet keine solide Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Historikern gibt. Und er sagte sehr deutlich einen Satz, den man sich insbesondere in Deutschland hinter die Ohren schreiben sollte: „Die Suche nach Versöhnung durch Verschweigen, worauf die Mitglieder der polnisch-deutschen Lehrbuchkommission setzen, ist keine langfristige Lösung.“ Wie wahr!

Die Verantwortung dafür trägt nicht allein Polen, sondern in weit erheblicherem Ausmaß seit Jahr und Tag die deutsche Politik. Peter Glotz hat es sehr drastisch auf den Punkt gebracht, als er schrieb: „Es wird kein politisches Europa geben, solange man einige europäische Völker wie sanfte Irre behandelt, mit denen offen zu diskutieren der Therapie widerspricht.“ In all unseren Nachbarländern werden seit Jahren an vielen Orten Erinnerungsstätten und Tafeln für ermordete Deutsche errichtet. Witold Pronobis stellte auch hierzu sehr richtig fest: „Massengräber ermordeter deutscher Zivilisten oder Stätten ihres Martyriums erleben langsam ein Gedenken. Im Allgemeinen geschieht dies durch die Initiative von Familienmitgliedern der ermordeten Deutschen oder der Organisation des Bundes der Vertriebenen – aber mit Erlaubnis und der stetigen Zusammenarbeit der örtlichen polnischen Gesellschaft oder der Selbstverwaltung. Man errichtet Obelisken oder Denkmäler mit Tafeln, die eine zweisprachige polnisch-deutsche Inschrift tragen.“ Seitens deutscher politischer Repräsentanten werden diese zivilen Gräber- und Gedenkstätten weitestgehend ignoriert.



Hielt der deutschen Politik den Spiegel vor: Erika Steinbach

Bild: PAZ/Höge

Der Goethepreisträger Raymond Aron stellte fest, und in Deutschland muss man wieder und wieder daran erinnern und auch mahnen: „Der Charakter und die Selbstachtung einer Nation zeigen sich darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht.“ Misst man Deutschland an diesem Satz, so kann man nur eines feststellen: Es gibt massiven Nachholbedarf.

Das Leitwort unseres 60. Tages der Heimat 2010 lautete: Durch Wahrheit zum Miteinander. Aber gerade die Wahrheit ist es, die viele in Deutschland wie der Teufel das Weihwasser fürchten. Das gilt nicht nur für unser Schicksal. Die jüngsten Empörungswellen zu anderen Themen wie Zuwanderung zeigen das auf. Nichts kann so schmerzlich sein wie die Wahrheit. Aber in Johannes 8, 32 ist zu lesen: „Nur die Wahrheit macht frei.“

Man muss kein gläubiger Christ sein, um die universelle und zeitlose Gültigkeit dieses oft angeführten schlichten Satzes zu begreifen. Der Königsberger Immanuel Kant sagte: „Die Bibel ist mein edelster Schatz, ohne den ich elend wäre.“

BdV-Präsidentin beklagte fehlenden Mut zur Wahrheit

Die Katastrophe der Vertreibung von fast 15 Millionen Deutschen mit allen nur denkbaren Grausamkeiten und Begleiterscheinungen in der Mitte des 20. Jahrhunderts ist schmerzlicher und unauslöschbarer Teil unserer ganzen Nation. Das müssen wir immer wieder in das öffentliche Bewusstsein rücken.

Die Opfer und ihre Nachfahren haben ein Anrecht darauf, dass ihr Schicksal, dem sie stellvertretend für alle Deutschen hilflos ausgeliefert waren, im nationalen Gedächtnis bewahrt wird. In Mittel- und Ostdeutschland wurde der braune Hitler-Sozialismus durch den Kommunismus stalinistischer Prägung nahtlos abgelöst. Unterdrückung wurde durch Unterdrückung ersetzt. Nicht wenige Konzentrationslager in ganz Mittel-Osteuropa wurden von den neuen Herren sofort weiterverwendet. Elend, Folter, Qual und Tod waren darin auch nach dem Kriegsende unmenschliches Tagesgeschäft. Die deutsche Sprache und die deutsche Kultur wurden in den ehemals deutschen Ostgebieten gnadenlos ausgerottet. Bis in die 50er Jahre waren deutsche Deportierte in Zwangsarbeit geknechtet. Die Sorge, das Gedenken an diesen Teil der Nachkriegszeit, an diesen Teil deutscher und auch europäischer Geschichte erzeuge wiederum neuen Nationalismus, ist nicht begründet, diese Sorge geht in die Irre.

Das Gegenteil ist der Fall. Die menschliche und kulturelle Dramatik dieser Massenvertreibungen lässt sich weder relativieren noch rechtfertigen, noch dauerhaft unterdrücken. Auch nicht unter Hinweis auf „Ursache und Wirkung“, wie es in Deutschland und in manchen unserer Nachbarländer gang und gäbe ist. Eine Entschuldigung derart bewegt sich abseits jeglicher Menschenrechtsnormen. Sie ist latent gespeist aus archaischem Blutrachedenken ....

Menschenrechte nach zweierlei Maß zu bemessen ist paradox in sich. Die Würde eines jeden Menschen ist zu bewahren und darf nicht angetastet werden. Auch für deutsche Vertreibungsopfer gelten natürlich Menschenrechte: unabdingbar, uneinschränkbar, unrelativierbar. Die Brücken zwischen unseren europäischen Völkern werden um so tragfähiger sein, je offener wir den Dialog führen und auch einander zuhören. Wir brauchen das Miteinander und wollen als Vertriebene das Gegeneinander der Völker überwinden helfen. Dazu muss es gemeinsames Anliegen sein, den Schutt der Geschichte beiseitezuräumen und sich des gemeinsamen christlich-abendländischen Fundamentes zu vergewissern, das unsere europäischen Völker miteinander verbindet. Das ist Erbe und Verpflichtung, das Motto drückt es aus. Ich glaube an ein versöhntes Europa, in dem die Völker ohne Zwang und Furcht voreinander leben können. Die Landsmannschaft Ostpreußen mit ihren tausenden Mitgliedern trägt dazu bei. Tagtäglich.

Er machte Baden zum Mittelstaat

Karl Friedrich vereinte die Markgrafschaften – Er selber wurde erst Kurfürst und dann Großherzog

Im Jahre 1535 hatte sich das Territorium Baden aufgespaltet in die Markgrafschaft Baden-Durlach und die Markgrafschaft Baden-Baden. Es handelte sich um Vertreter der damals im Deutschen Reich üblichen Kleinstaaterei. Karl Friedrich wurde am 22. November 1728 in Karlsruhe geboren. Nach dem frühen Tode seines Vaters, des Erbprinzen Friedrich, wurde Karl Friedrich nach dem Ableben seines Großvaters Karl III. Wilhelm Markgraf von Baden-Durlach und übernahm 1746 die Regentschaft. 1751 heiratete er Karoline Luise von Hessen-Darmstadt. Er war viel gereist und verfügte über eine umfassende Bildung. In Bewunderung und Verehrung für Friedrich den Großen fühlte er sich den wohltätigen Regierungsmaximen des aufgeklärten Absolutismus verpflichtet, wodurch ein badisches „Musterländle“ entstand. Als Herrscher über den kleinsten protestantischen Kleinstaat im Südwesten des Deutschen Reiches, der zwischen dem mächtigen französischen Nachbarn und Österreich lag, stand Karl Friedrich mit seinen Sympathien auf Seiten Preußens. Von dessen Sieg im Siebenjährigen Krieg erhoffte er sich eine territoriale Vergrößerung, zu der es jedoch bei dem 1763 auf Schloss Hubertusburg geschlossenen Frieden nicht kam. 1769 machte er in Teilen seines Territoriums den Versuch, die Lehre der Physiokraten umzusetzen. Gemäß dem Physiokratismus ist die Landwirtschaft die Quelle des Nationalreichtums. Karl Friedrich war literarisch aufgeschlossen und hatte als Kosmopolit Kontakt zu deutschen und internationalen Geistesgrößen. Dem Dichter Friedrich Gottlieb Klopstock bezahlte er 1786 dessen Aufenthalt in Karlsruhe.

Bewunderer und Verehrer Friedrichs des Großen

1765 gelang es ihm, einen Erbvertrag abzuschließen, der nach dem Tode des kinderlosen Markgrafen von Baden-Baden August Georg Simpert im Jahre 1771 zur Wiedervereinigung der seit 1535 getrennten Markgrafschaften führte. Karl Friedrich legte beide Markgrafschaften zur Markgrafschaft Baden zusammen, wobei er die Gegensätze zwischen protestantischen und katholischen Bürgern überbrücken konnte. Garantie-Erklärungen der protestantischen Mächte England, Dänemark und Preußen sowie auch Russlands hatten mitgeholfen, die in den unterschiedlichen Konfessionen beider Landesteile liegenden Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. 1783 verfügte der Markgraf die Aufhebung der Leibeigenschaft. Er fühlte sich dem preußischen König verpflichtet und half 1785 bei der Verwirklichung des Fürstenbundes; für seine Verdienste in dieser Sache zeichnete Friedrich II. den badischen Markgrafen 1786 mit dem Hohen Orden vom Schwarzen Adler aus.

In der letzten Periode der langjährigen Regierungszeit Karl Friedrichs nach Ausbruch der Französischen Revolution verband sich Badens Entwicklung zum deutschen Mittelstaat mit dem Aufstieg Napoleons. 1803 wurde der Markgraf Kurfürst, 1806 Großherzog. Karl Friedrich tauschte eifrig Landstriche und konnte so das Territorium Baden auf dem rechten Ufer des Rheins von Überlingen über Freiburg bis Mannheim ausdehnen.

Jürgen Ziechmann



Als Markgraf von Baden-Durlach: Karl Friedrich

Bild: Archiv

»Ostpreußen besitzt eine eigene Geschichte«

Dankrede von Christian Papendick anlässlich der Entgegennahme des diesjährigen Kulturpreises

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ostpreußen, sehr geehrter Herr Grigat!

Diese Auszeichnung in meinem zweiten Berufsleben entgegenzunehmen, ist für mich die Bestätigung, angekommen zu sein mit meinem Engagement für dieses Land, mit dem ich so stark verwurzelt bin. Ich fühle mich geehrt und bedanke mich beim Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen für diese Auszeichnung.

Wie kam ich überhaupt dazu, mich so intensiv mit dem nördlichen Teil Ostpreußens zu befassen? Als ich nach der Wende sofort nach Ostpreußen in die alte Heimat flog, war mein Ziel Nidden! „Warum nicht nach Königsberg – da bist du geboren!“, hörte ich von meiner Frau. Nein, ich hatte Angst vor dem Wiedersehen mit meiner Vaterstadt. Vor meiner einjährigen Soldatenzeit konnte ich durch Verlust meiner durch Bombenangriffe verbrannten Papiere noch zweimal je vier Monate lang die Stadt und das schöne Land bewusster und intensiv kennenlernen.

Einige Jahre vorher, im Sommer 1940, kam ich während der großen Ferien für sechs Wochen das erste Mal auf die Kurische Nehrung in das malerische Fischerdorf Nidden – und war begeistert! Hier entdeckte ich meine künstlerische Begabung und begann zu malen und zu zeichnen. Und noch etwas Wichtiges für mein späteres Leben entdeckte ich damals unbewusst: Ich lernte sehen! Zwei weitere Sommer folgten noch, bis dann die große Katastrophe die Menschen aus dem Land vertrieb. Aus der Malerei führte mich der Weg zur Architektur. Die Bilder der Landschaft und die Begegnung mit den Menschen der Kurischen Nehrung blieben in meiner Seele haften.

Als ich nach 48 Jahren das erste Mal die Nehrung wieder betrat, war der Eindruck überwältigend. Das Land lag da zwischen den Wassern der Ostsee und des Kurischen Haffs wie früher in der Erinnerung. Die Dünen waren etwas flacher geworden, der Wald erschien größer, doch die alten Fischerhäuser zeigten sich in ihrer Farbigkeit wie einst, gepflegt von den Litauern, wenn auch gelegentlich die blühenden Fischergärten fehlten. Und noch etwas ist geblieben: das unvergleichliche Licht, das durch die Reflexion des Wassers und den weiten Himmel mit den grandios dahinziehenden Wolken der Landschaft eine einmalige, unvergleichliche Stimmung verleiht.

Im Jahr 1992 war es noch möglich, ohne große Kontrolle vom litauischen Nidden über die Grenze nach Königsberg zu fahren. Königsberg – diese ehemals prächtige Ordens- und Hansestadt, hat meine jungen Jahre geprägt. Doch als ich sie wiedersah, konnte ich nur entsetzt ausrufen: „Das ist nicht mehr meine Stadt – hier fahre ich nie wieder hin!“ Benommen durch die Straßen wandernd, war der Anblick dieser sozialistischen Betonstadt ein Schock. Das war nun das sogenannte „Arbeiter- und Bauernparadies“. Eine menschenunwürdige Stadt, ohne Konzept, bestehend lediglich aus zwei sich kreuzenden monumentalen Achsen, ohne gestalteten Stadtraum – abweisend, kalt. Betonklötze in grauer Monotonie, die Fassaden schon wieder zerbröselnd.

Das Auge wollte sich irgendwo festhalten an diesen wahllos und quer gestellten Klötzen, suchte vergeblich nach einer gelungenen Form, verlor sich im Nichts, blieb am „Dom Sowjetow“, dem Haus der Räte hängen, das seit Anfang der 80er Jahre immer noch eine Neubauruine war.

Und dann die Armut der Menschen in dieser Stadt, das Leben auf dem großen Markt am ehemaligen Messegelände, und der Schutt, und der Dreck, und der Wodka, und die unfassbaren Zustände in den Toilettenanlagen! Es musste wohl der totale Zusammenbruch des Systems sein, dessen Ausmaß bislang nicht vorstellbar war. Was ist aus dieser Stadt geworden, wo ist sie in Fragmenten noch sichtbar? Und dann der Dom – die mächtige Ruine – allein auf der Kneiphofinsel. Erschütternd die ausgebrannten Mauern aus der Zeit des Deutschen Ordens, heute Sinnbild der untergegangenen Stadt. Doch an der Nordostecke des Domes stand noch, der Feuersbrunst August 1944 entronnen, unberührt vom Geist der fremden Zeit, in der Form eines griechischen Tempels, kühn und schlicht an den Ordensdom herangebaut, das Grabmal des größten Sohnes dieser Stadt – Immanuel Kant.

> »Königsberg – diese ehemals prächtige Ordens- und Hansestadt – hat meine jungen Jahre geprägt«

Das war 1992. Ich musste noch einmal hin, in diese Stadt, kurze Zeit später, im Herbst: Es zog mich wieder zum Dom, und ich staunte. Man begann mit seinem Wiederaufbau. Und jetzt ließ sie mich nicht mehr los, diese Stadt, jetzt fand ich zurück zu meinen Wurzeln, die in dieser Stadt liegen.

1997 entschloss ich mich, auf mehreren Reisen intensiv den russischen Teil Ostpreußens zu erforschen und zu fotografieren. Erschütternde Bilder zeigen ein gespenstisches Szenario: verwilderte, verwucherte Landschaft – seit fünf Jahrzehnten sich selbst überlassen – Ödland, dazwischen Schrott aus der Sowjetzeit, Rost im Kontrast zum frischen Grün, versumpfte, ehemals kultivierte Flächen mit Erlen – und immer wieder Erlen, dann Birken, Weidengestrüpp und umgestürzte Bäume. Die Natur hat sich verselbstständigt. Starke Pflanzen setzen sich durch, andere verkümmern und vergehen. Früher war dieses reiche Land durchsetzt mit weiten Kornfeldern. Doch die Alleen sind geblieben. Im Laufe einer Reise durch das Land kann man sich angewöhnen, immer wieder in Jubel auszubrechen über die für Ostpreußen so typischen Linden, die knorrigen Eichen, den im Herbst so farbigen Ahorn oder die im Frühjahr später ausschlagenden Eschen, die diese Alleen säumen. Doch vergessen wir nicht: Diese Straßen sind von einer tiefen Tragik gezeichnet, denn an ihren Rändern befinden sich die nicht mehr wahrzunehmenden Gräber der in den harten Wintertagen der letzten Monate dieses grausamen Krieges umgekommenen Flüchtlinge. Vollgestopft mit Fahrzeugen jeglicher Art, mit Kriegsgerät, Menschen und Vieh, wurden diese Alleen zu Straßen der Angst, des Leides und des Todes.

Diese schöne Landschaft wurde beherrscht von den Türmen und reich gegliederten Giebeln der zahlreichen Land- und Stadtkirchen. Der künstlerische Wert und die Schönheit vor allem dieser Ordenskirchen beruhen auf den Raumproportionen mit teils herrlichen Sterngewölben, der Bodenhaftigkeit sowie der herben Gesinnung und Geisteshaltung des Deutschen Ordens, die sich auch in den zahlreichen Burgen im Lande zeigte. Diese und die zahlreichen Bauten nachfolgender Jahrhunderte sind großartige Zeugen dieser einzigartigen Kulturlandschaft, die mitten in Europa liegt. Im südlichen, im heute polnischen und im litauischen Teil Ostpreußens – dem sogenannten Memelland – hat man diese Geschichte wahrgenommen, die heute auch Europa ausmacht. Hervorragende Kulturleistungen haben Litauer und Polen durch Wiederaufbau und Restauration erbracht. Sie bekennen sich heute zu Europa und einer gemeinsamen Geschichte.

Man kann es der russischen Bevölkerung nicht auferlegen, sich an der Wahrung der Geschichte dieser Kulturlandschaft zu beteiligen. Diese Bevölkerung wurde aus allen Teilen der damaligen Sowjetunion verschoben. Diese Landschaft war ihnen völlig fremd und mit keinem Bereich ihres großen Landes vergleichbar. Mit einem totalen Neubeginn sollte hier der vollkommene Sozialismus geschaffen werden. Doch die Neusiedler wurden mit dem Land nicht fertig, da sie keinerlei Erfahrungen mit der früher hier vorhandenen Wirtschaftsstruktur hatten.

So wurde alles demontiert, was brauchbar, alles zerstört, was deutsch war. Das historische Gesicht der Städte und Dörfer fiel der Rache zum Opfer. Die Ruinen und der weitere Verfall wurden die Heimat der neuen Bewohner. So wurden die zahlreichen Zeugen der deutschen Kulturgeschichte entstellt, vernichtet oder dem Zerfall überlassen. Doch trotz seiner Verwundungen strahlt das Land immer noch eine herbe Schönheit aus. Durch dieses Land fahrend spürt man immer noch diese besondere Atmosphäre, die den Reiz dieser Landschaft ausmacht – das ist Ostpreußen!

Sichtbar zeigt sich seit mehreren Jahren der Aufbruch in eine bessere Zukunft in Königsberg, dem heutigen Kaliningrad. Der Dom steht wiederaufgebaut als Zeugnis deutschen wie auch europäischen Kulturgutes. Das hervorragend restaurierte Königstor, im neogotischen Tudorstil ein Werk Friedrich August Stülers, birgt in seinen Innenräumen ein Museum für Deutsche Geschichte – man staunt! Restauriert wurden auch die Börse am Pregelufer, das ehemalige Preußische Staatsarchiv und das ehemalige Amtsgericht am Hansaring sowie eine Reihe von Villen aus deutscher Zeit in den Stadtteilen Hufen, Amalienau und Maraunenhof.

So sehr der Aufbruch Königsberg in Teilen erfasst hat, so ist er im Land noch wenig spürbar. Nur in einigen Bereichen keimt zögerlich die Hoffnung, die im Umkreis von Königsberg und im Samland mit seiner großartigen Steilküste und den Ostseestränden sichtbar ist. Im inneren Samland zeigen sich in manchen Dörfern nach wie vor die gleichen Zustände wie im übrigen Land. 66 Jahre nach Kriegsende werden immer noch die Burgen und Kirchen des Deutschen Ordens, wie auch die in nachfolgenden Jahrhunderten errichteten Kulturbauten aus barocker und klassizistischer Zeit, abgerissen oder dem Zerfall überlassen – von den bürgerlichen und bäuerlichen Bauten ganz zu schweigen. Unbeachtet von der Weltöffentlichkeit und der UNESCO geht hier diese wertvolle Kulturlandschaft zugrunde.

Trotz des Wiederaufbaus des Königsberger Doms und bereits genannter Wiederaufbauleistungen in der Stadt, die das Erscheinungsbild durchaus positiv verändert haben, stellen die Restaurierungen und Renovierungen der Kirchen von Neuhausen, Mühlhausen, Friedland, Legitten, Heinrichswalde, des Schlosses Trakehnen sowie weniger weiterer Guts- und Herrenhäuser lediglich kleine Oasen in einer beispiellosen Kulturwüste dar. Abgesehen von den Beschädigungen der wertvollen Fresken der Kirche Arnau nach der nicht nachvollziehbaren Übernahme durch die russisch-orthodoxe Kirche wurde die im Verfall befindliche Ordenskirche in Abschwangen im Herbst 2008 durch Ziegelräuber gebrandschatzt, ist die für die von König Friedrich Wilhelm IV. von Friedrich August Stüler als Model eins zu eins für die Friedenskirche in Potsdam errichtete Kirche in Mehlauken/Liebenfelde endgültig dem Verfall überlassen – trotz Besitzes der russisch-orthodoxen Kirche. Die verfallene Kirche in Argenincken/Argenbrück dient heute als Kuhstall, um nur einige Beispiele zu nennen.

Zu beklagen sind auf der Kurischen Nehrung das durch Protzbauten verschwundene Fischerdorf Pillkoppen, das immer noch verwahrloste Rossitten und das kaum mehr wiederzuerkennende Ostseebad Cranz. Schmerzlich die zerschundenen einst reichen Dörfer in der Elchniederung. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Die Region verliert damit ihre Geschichte – ihre Identität! Nicht nur, dass sie durch das Verschwinden der Denkmäler und historischen Zeugen auch mehr und mehr an Attraktivität für den Tourismus einbüßt, verkommt diese einst durch ihre Menschen und durch den Orden und die Hanse geprägte Landschaft zu einer Kulturwüste. Vergessen wir nicht, dass der Deutsche Orden und spätere Generationen einen Vorposten der westlichen Zivilisation hier im Osten geschaffen haben – beseelt mit westlichem Geist. Als modernstes Staatswesen der damaligen Zeit in Europa schuf er bereits mit einer Migrationspolitik, wie auch in späteren Generationen, gemeinsam mit den in das Land kommenden Menschen und Glaubensflüchtlingen ein Kernland Europas. Dieses Ostpreußen besitzt daher gegenüber allen anderen Landen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation eine ganz eigene Geschichte, die sich in jeder Weise mit den verwandten Kulturen Europas vereinen lässt.

Der aus Litauen stammende Autor, Maler und Fotograf Romanas Borisowas schreibt in der April-Ausgabe der „Königsberger Allgemeinen“ in dem Artikel „Requiem für Albrechtaus“: „ ... diese Bauten sind wie Märtyrer, wie Vermittler westlicher kultureller Werte, die dem kräftigen Stoß der kämpfenden Ideologie standgehalten haben. Sie sind beseelt. Man kann sie hören ... diese Zeugen längst vergangener Leben, die jahrhundertelang als Beispiele für den ganzen osteuropäischen Raum dienten, verschwinden.“ Kaum ein Mensch kümmert sich darum, denkt darüber nach. Ganze Ortschaften sind sich selbst überlassen. „Nur die Plünderer kreisen wie die Geier um sie herum. Bald wird alles vergessen sein. Es vergeht einfach so, weil niemand da ist, der diesem Lauf der Dinge Einhalt gewährt. Sic transit gloria mundi“ – so Romanas Borisowas.

Als großer Hoffnungsträger und positives Beispiel des Wiederaufbaus für das daniederliegende Land zeigt sich heute der Königsberger Dom. Ende Juli 2008 erneut in der Stadt – um 14 Uhr ein Orgelkonzert. Ein bewegender Moment. Erinnerungen tauchen auf, im Juli 1992 stand ich vor der Ruine des Domes. Jetzt hat sich die Hoffnung verwirklicht: Der Dom ist wiederaufgebaut. Der Innenraum wirkt eindrucksvoll durch sein schlichtes Weiß. Der Kirchenraum füllt sich. Die neugeschaffene Orgel zeigt sich nach altem Vorbild im Barockstil. Stille und Konzentration beim Konzertpublikum. Dann der Einsatz, Johann Sebastian Bach, Toccata und Fuge D-Moll, BWV 565. Nach leisen Tönen steigert sich die Musik, zeigt sich die Kraft, die in dieser Orgel steckt. Der junge Organist Artjom Chatschaturow, Studium an der Hochschule für Musik in Moskau und jetzt hier in der Stadt lebend, weist uns, indem er im wiederaufgebauten Königsberger Dom Bach spielt, den Weg über die Musik, der uns vor allem mit der Jugend verbinden kann. Über die Kunst müssen wir die Brücke bauen, um wieder zueinanderzufinden und zu versuchen, gemeinsam das noch gebliebene Erbe der Kultur dieses Landes zu erhalten.

> »Über die Kunst müssen wir die Brücken bauen, um wieder zueinanderzufinden«

Träger des Kulturpreises für Publizistik 2011: Der Architekt, Fotograf und Autor Christian Papendick — Bild: PAZ/Höge

Abschied vom antitotalitären Konsens

Zu: „Abfindung oder Versetzung“ (Nr. 19)

Wie ist es möglich, dass der Vorsitzende des Beirats der Jahn-Behörde, Richard Schröder, sich gegen die Entfernung der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter stellt? Sie als unschuldig bezeichnet! Wo hat dieser Mann während der 40 Jahre „Diktatur des Proletariats“ (eigentlich: Diktatur der Bonzen) gelebt? Es grenzt an Schlamperei in dieser Behörde, wenn nach 20 Jahren darüber noch verhandelt wird, ob und zu welchen Bedingungen die entlassen oder versetzt werden, die uns Opfer herablassend behandelt, bespitzelt, seelisch gequält haben, die Arbeit wegnahmen, hinter Gitter brachten und gesundheitliche Schäden zufügten! Die Opferperspektive muss das letzte Wort haben! Gerechtigkeit ist ohnehin solange nicht hergestellt, wie eine kleine Opferrente nur die bekommen, die ein geringes Einkommen haben oder eine kleine Rente beziehen. Die „Verwalter des Unrechts“ haben sich nach 1989 über ganz Deutschland verteilt, durch ihre Ausbildung gute Posten erlangt und treiben weiter unter dem „Mantel der Demokratie“ ihr Unwesen, denn wer „links“ ist, ist doch unverdächtig in der Bundesrepublik.

Nur ein paar Steinewerfer oder Brandstifter laufen Gefahr auch mal vor dem Staatsanwalt zu landen. Linksgedrehte Anwälte sorgen dann für milde Strafen oder Freispruch. Kämpfen Sie weiter, Herr Jahn. Danke.

Doris Richter, Berlin

Politiker schweigen zu wirklich Wichtigem

Zu: „Der 8. Mai will nicht vergehen“ (Nr. 19)

Als die DDR sich anschickte, an diesem aufgezwungenen Feiertag die Leute wieder an die Arbeit zu schicken, da sprach v. Weizsäcker von „Befreiung“ und von „erzwungener Wanderschaft“. Aber den ständigen amtlichen Demutsgesten setzte dann doch Frau Merkel die Krone auf, als sie vor einem Jahr auch Herrn Putin für die Befreiung dankte und damit auch für die 100 000-fachen Vergewaltigungen durch die Rote Armee. Wenn man Politikern eventuell noch einen „Karriere-Notstand“ zubilligen könnte, so bin ich doch über ein ähnliches Verhalten der Kirchen entsetzt, die laut v. Gottberg die deutsche Schuld „gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren“. Wird hier nicht ein wesentliches Kulturgut der christlichen Lehre über Bord geworfen. Denn auf das religiöse „mea culpa“, folgt doch das christliche „Ego te absolvo“, die Verzeihung. Erschütternd, der tiefe Fall der Kirchen von der unangefochtenen geistigen Führung in den 50er Jahren zu den profillosen Zeitgeist-Surfern und braven Jüngern politischer Korrektheit von heute. Aber wo es wirklich drauf ankommt, da schweigen sie.

So haben sie geschwiegen zur 68er Kulturrevolution. So schweigen sie heute zu dem unerträglichen Schwulen-Kult und dem widernatürlichen Gender-Unfug. Die wenigen, die damals aufstanden, fanden kein Gehör.

Felix Schecke, Hannover

Skandalös

Zu „Mitversicherung zum Nachteil der Deutschen“ (Nr. 20)

Das kann man auch so sehen: Es bräuchte beispielsweise aus jedem türkischen Sippenbeziehungsgeflecht nur ein Ableger in unser Land abkommandiert zu werden, und schon wäre die ganze Türkei zu Lasten der deutschen gesetzlich Versicherten krankenversichert (partiell funktioniert das bereits heute; tendenziell die Wohlhabendsten sind es nicht, auf deren Rücken das passiert). Das provoziert die Frage, wer einen solchen Schwachsinn warum – offenbar in einer Nacht-und-Nebelaktion am Volk vorbei, sonst wäre das früher bekannt geworden – inszeniert hat, und wie lange dieser skandalöse Zustand noch andauern soll.

Dr.-Ing. Hans-Joachim Kucharski M. A., Mülheim



Moskau: Merkel dankt Premier Putin bei der Feier zum 8. Mai für die „Befreiung“. Bild: pa

Kriminalisierung statt Aufarbeitung

Zu: „An Rosa denken“ (Nr. 20)

In Deutschland gab es zwei Diktaturen und es gibt immer wieder die Aufforderung, aus diesen zu lernen. Insbesondere die Generation der 68er warf ihren Eltern mangelnden Widerstand gegen den Nationalsozialismus vor. Auf den Prüfstand kam diese moralische Verurteilung, als die DDR unterging und die Aufarbeitung des begangenen Unrechts beginnen sollte. Spätestens mit der rot-grünen Regierung zeigte sich aber, dass die einst so Empörten sich nicht viel anders als die Kritisierten verhalten. Die Auswirkungen sind ein mit erheblichen Mitteln ausgestatteter „Kampf gegen Rechts“, die bedenkenlose Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Verbänden und Parteien mit Linksextremen oder die Verurteilung neuer Parteien als populistisch, wenn sie sich nicht als links darstellen. Beispiele sind hierfür die Anti-Atomkraft-Demonstrationen, die Darstellung der „Wahren Finnen“ als rechtspopulistisch und die Ausgrenzung Ungarns aufgrund seiner neuen Verfassung. Gefährlich wird es also für diejenigen, die sich für mehr Rechtsstaatlichkeit einsetzen und die Nation als zu bewahrendes Gut verstehen, Getreu Solschenizyns Satz „Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert.“ Meinungsfreiheit wird als die „Freiheit des Andersdenkenden“ gemäß Rosa Luxemburg verstanden: eine Freiheit ausschließlich innerhalb eines sozialistischen Pluralismus. Jede Partei wird jedoch bestreiten, dass Deutschland sich der Demokratie zusehends entfernt.

Ulrich Blode, Langenhagen

Gesunde Lebensweise hilft

Zu: Gesundheit – ein teurer Luxus? (Nr. 18)

Dazu sage ich aus Erfahrung: „Nein“! Gesundheit ist ein Freudenborn und – da wir alle recht unterschiedlich veranlagt sind – mit Herz und natürlichem Verstand – zu erlangen. Wir sind es den Kindern und Jugendlichen schuldig, uns vorbildlich gut zu zeigen. Sie mögen frohgemut sein! Es gilt unter anderem, nicht krankheitsfördernd übergewichtig zu sein! Wer langsam isst, kann gut genießen und maßhalten. Es heißt: Der kürzeste Weg zur Gesundheit ist der Weg in den Garten! Unser großer Dichter Goethe befand einst: „Was hat ein Gärtner zu reisen“! Es zog ihn heimwärts zu seiner ebenfalls mit Liebe gärtnernden Christiane.

Als Hobby-Gärtnerin habe ich viel Freude, keinen Bewegungsmangel, keine Schmerzen, brauche mit 81 Jahren keine Medikamente, kann auf Wanderungen hier in den schönen heimatlichen Gefilden noch gut mithalten. Wir leben doch in einer Welt von herrlich faszinierender Vielfalt. Es macht Freude, im Garten zu graben,das Wachsen und Blühen zu erleben und dann zu ernten. Meine vorherigen Schmerzen – damals wohl wegen zu viel Fleischverzehr mit Übersäuerung ausgelöst – sind schon lange weg. Ich trinke seit 1998 täglich morgens eine Tasse Zinnkraut-Tee – vom großen Naturheiler Kneipp sehr empfohlen. Es sollten laufend Menschen von Heilerfolgen auf verschiedenen Wegen berichten, anregend, zur Ermutigung von Leidenden, die dann nacheifern! Wie viele möchten gesund, froh und munter werden auf Gottes schöner Welt?

Elfriede Hardt, Bad Münder

Wir Deutsche haben einen Hang zum Kriechen

Zu: „Der 8. Mai will nicht vergehen“ (Nr. 19)

Je länger das Kriegsende zurück liegt, desto abenteuerlicher wird die Vergangenheitsbewältigung. Wer aus den Generationen nach der Vergangenheit in Politik, Geschichte und Medien Karriere machen will, hält sich nicht lange mit analytischem Nachdenken auf, sondern bezieht seine Weisheiten aus Berieselungen aus schon darin erfolgreicher zeitgeistiger zweiter Hand.

So wurde das verbreitete „Wissen“ wie ein Gerücht mit Unwahrheiten, Übertreibungen, Verniedlichungen und Dichtungen aufgebläht. Die Umerzogenen werden mit „Ursache und verständlicher Wirkung“ getröstet und der frühere Gegner ist zufrieden, ja, wird belehrt, wenn er etwa selbst beginnt, in der eigenen Vergangenheit nach Untaten gegenüber Deutschen zu forschen.

So wird die Rote Mordarmee in immer mehr Fällen zum Befreier geadelt, alliierte Beiträge zu Kriegsverbrechen werden verschwiegen, Eisenhower per Straßennamen geehrt. Politiker lassen sich dafür auf die Schultern klopfen, langweiligste Schriftsteller haben damit ihren „Durchbruch“ erreicht und gar Nobelpreise bekommen. Da hat sich eine sehr lukrative Industrie entwickelt. Die von den Siegermächten erfundene „re-education“ ist ein Selbstläufer geworden. Diesen Erfolg haben vor 60 Jahren die Berater der von den Siegermächten mit der Umerziehung beauftragten Institutionen sicher nicht so erwartet. Ihre Ziele aber kann man heute nicht laut und oft genug zitieren, um die Berieselten vielleicht einmal zum Nachdenken anzuregen:

Walter Lippmann (USA), Berater Roosevelts und des mit der Umerziehung beauftragten CIA am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg: „Erst wenn die Kriegspropaganda der Sieger Einzug gefunden hat in die Geschichtsbücher der Besiegten und von der nachfolgenden Generation geglaubt wird, kann die Umerziehung als wirklich gelungen angesehen werden.“

Und Sefton Delmer (England), Chefpropagandist im und nach dem Zweiten Weltkrieg, ganz offen: „Die Reeducation bedarf dauernder sorgfältiger Pflege wie ein englischer Rasen, damit kein Unkraut hereinbricht, jenes Unkraut geschichtliche Wahrheit.“ und: „Die Besiegten müssen soweit erzogen werden, dass sie in eilfertiger Bereitschaft gegenüber den Siegern deren Kriegspropaganda übernehmen und nicht mehr merken, dass sie ihr eigenes Nest beschmutzen.“

Hilfreich für die Umerziehung war eine Besonderheit der Deutschen, zu der der ostpreußische Philosoph Kant in seiner „Metaphysik der Sitten“ verächtlich etwa bemerkte: „Die Deutschen haben es mit dem Hang zur Kriecherei unter allen Völkern der Erde (die indischen Kasten vielleicht ausgenommen) am weitesten gebracht“.

Bestimmt hat er einen Unterschied zwischen den Preußen und den Deutschen gesehen. Den gibt es ja wohl auch. Kant riet auch: „Krieche nicht wie ein Wurm, damit du nicht wie ein solcher zertreten wirst“. Darum treten wir doch einfach! Diskutieren ist zwecklos bei von Masochismus und Naivität geprägter Einfältigkeit!

Horst Dietrich, Wiesbaden

Nicht schweigen!

Zu: Letzte Hoffnung Bundestag

Wir Deutsche wollten den Euro nicht. Wir wollten den Lissabon-Vertrag nicht. Und wir wollten die Griechenland- Hilfe schon gar nicht. Doch unsere Regierungen wollten. Sie setzten sich über den Bürgerwillen hinweg. Heute stehen sie vor einem Scherbenhaufen, den sie uneinsichtig-verzweifelt verteidigen. Wir Bürger haben kaum demokratische Möglichkeiten der Einflussnahme, in den Medien finden wir – es gibt Ausnahmen! – nur mäßige Unterstützung. Was bleibt, ist das Gespräch mit unseren Wahlkreis-Abgeordneten. Das müssen wir aber auch suchen! Ihnen schreiben. Briefe oder E-Mails. Ihnen auf jeden Fall unsere Meinung darlegen. Schließlich sind sie von uns gewählt, sie vertreten uns – mindestens bis zur nächsten Bundestagswahl. Können wir mehr tun – für Deutschland, für uns, für die nächsten Generationen?

Lutz Radtke, Bad König

Nach 65 Jahren wiedererkannt

Zu: Spurensuche in Königsberg

Als ich vor fünf Jahren meine als achtjähriges Mädchen erlebte Geschichte über Flucht und Vertreibung aufschrieb, wurde der Wunsch in mir immer stärker, nach einigen Jahren in Kanada und nun wieder zurück in Deutschland, endlich auf Spurensuche in meine Geburtsstadt Königsberg zu reisen.

Gleich am ersten Abend machte ich mich zu Fuß mit meiner Freundin, die auch in Ostpreußen geboren ist, auf die Suche nach dem Haus meiner Großeltern, nicht wissend, ob es überhaupt noch steht. Aus meiner Erinnerung und Erzählungen meiner Eltern wusste ich, dass es die Brehmstraße 4 in der Nähe des Tierparks sein musste. Damals, wenn ich bei den Großeltern übernachten durfte, gruselte es mich manchmal, wenn nachts die unheimlichen Laute aus den Tiergehegen herüberschallten. So klapperten wir alle Querstraßen unter ständigem Nachfragen bei Passanten ab. Da alle Straßennamen nur in kyrillisch waren, erschwerte dies unsere Suche. Doch plötzlich sah ich es schon von Weitem und erkannte es nach 65 Jahren auf Anhieb. Aufgeregt rief ich: „Das ist es!“ Und tatsächlich, da stand es noch, als ob es all die Jahre auf mich gewartet hätte. Rechts und links standen Betonbauten und in der Mitte das alte Königsberger Stadthaus – ziemlich lädiert, der Putz und die schönen Stuckarbeiten abgebröckelt, das Dach aus Blech. Aber es war immer noch da! Ein Wunder, nachdem fast über die Hälfte der Häuser in Königsberg in den Kriegsjahren 1944/45 zerstört worden waren. Mir war ganz seltsam zumute. Am nächsten Tag startete ich den Versuch, mit unserem Chauffeur das Haus in Lauth, in dem ich aufgewachsen bin, zu finden. Leider blieb die Suche ohne Erfolg, sodass ich ziemlich enttäuscht war.

Nach der anschließenden Stadtbesichtigung von Königsberg wurden wir privat von unserem Fahrer zum Grillen in der ehemaligen Holzwiesenstraße eingeladen. Die Verständigung erfolgte mit Händen und Füßen, mal russisch, mal deutsch. Und mit einer halben Flasche Rotwein war dies ein lustiger und wahrlich abenteuerlicher Abend.

Rosemarie Asam, Schondorf/Ammersee

Orthodoxe haben die Macht

Zu: „Der treueste Kumpan des Massenmörders Stalin“ (Nr. 20)

Der Beitrag dürfte auch manchem heutigen Russen aus dem Herzen geschrieben sein. Wir haben bei unseren letzten beiden Aufenthalten in Königsberg mehrfach mit jungen Russen gesprochen, die sich dafür schämten, dass ihre Stadt immer noch den Namen jenes Mannes trägt, der nach Stalin der nächstgrößte Verbrecher des Regimes war, wie uns unverhohlen gesagt wurde.

Bei den Umbenennungsaktionen der Jahre 1991 und 1992 erhielten zahlreiche russische Städte ihre alten Namen zurück: So wurde aus Leningrad wieder St. Petersburg, aus Swerdlowsk wieder Jekaterinburg und aus Gorki erneut Nischni Nowgorod, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber es gab auch die Stadt Kalinin (zirka 140 Kilometer nordwestlich von Moskau), die 1931 nach Stalins „treuestem Kumpan“ benannt worden war und die 1991 ihren alten Namen Twer zurückerhielt. Als danach auch der Name „Kaliningrad“ zur Disposition stand, gab es zwar Diskussionen, bei denen mehrere mögliche Namen vorgeschlagen wurden, aber schon kurze Zeit später ließ die Regierung in Moskau verlautbaren, dass vorerst keine weiteren Städte umbenannt werden sollten, was damals in manchen Kreisen zu der Vermutung führte, man wolle damit vor allem die Diskussion um eine mögliche Wiederbelebung des Namens „Königsberg“ beenden. An dieser Situation, die einer Art „Lex Kaliningrad“ gleichkam, hat sich bis heute nichts geändert, obwohl die Gedankenspiele keineswegs verstummt sind. Alle Überlegungen – und auch das hörten wir in Königsberg immer wieder – sind stets am übermächtigen Einfluss der Kriegsveteranen gescheitert. Die einzige Institution, die diesen die Stirn bieten kann, ist wohl die orthodoxe Kirche. Wenn es ihr bald gelingen sollte, für einen geplanten Kirchenbau zunächst die Beseitigung des Kalinin-Denkmals vor dem Bahnhof in die Wege zu leiten, wird eine Umbenennung der Stadt selbst vermutlich eine zwangsläufige Folge bleiben.

Wolfgang Reith, Neuss

Beweise gefragt

Zu: Sarrazins „Deutschland schafft sich ab“

Mit Erscheinen von Sarrazins Buch setzte sogleich in den Medien eine harsche Kritik an dem Bestseller ein, allen voran Bundeskanzlerin Merkel, die sich ein Urteil erlaubte, ohne das Buch selbst gelesen zu haben. Sarrazin saugt sich seine Darstellung aber nicht aus den Fingern. Er zieht amtliche Statistiken des Bundes und der Länder heran, Zahlen, die allen zugänglich sind; desgleichen wissenschaftliche Studien zahlreicher Autoren. Somit ergeben sich zumindest zwei Forderungen an seine Kritiker. Sie müssten ihm nachweisen, dass entweder seine Zahlen falsch sind, was, weil sie amtlich sind, wohl nicht zu erreichen wäre, oder dass er die Zahlen falsch ausgewertet habe.

Dieter Dziobaka, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 4. Juni 2011

Dreiaußenministertreffen in Königsberg

Deutsch-russisch-polnische Gespräche über Verteidigung, Energiesicherheit und Visaerleichterungen

Sieben Jahre ist es her, dass der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer der russischen Exklave einen Besuch abstattete. Nun kam erstmals Bundesaußenminister Guido Westerwelle mit seinen Amtskollegen Sergej Lawrow aus Russland und Radoslaw Sikorski aus Polen in der Pregelmetropole zusammen. Begleitet wurden die Minister jeweils von einer großen Delegation und Journalisten.

Erster Programmpunkt war ein Termin der Außenminister mit Gouverneur Nikolaj Zukanow. Der Gebietschef berichtete den Ministern von den wichtigsten Entwicklungen im Gebiet. Der Gouverneur nannte das Baltische Atomkraftwerk, das der Exklave einerseits Unabhängigkeit in der Energieversorgung sichern soll und andererseits Einnahmen durch Stromexport. Als drückendes Problem bezeichnete Zukanow die derzeitige Visaregelung, die nicht nur privat Reisenden, sondern auch Geschäftsleuten das Leben erschwert. Er appellierte an die Minister, sich für eine baldige Erleichterung einzusetzen. Die Regionalregierung würde es begrüßen, wenn die Visaregelung sowohl für Heimatbesucher als auch für Bewohner des Gebiets, die russische Staatsbürger sind, erleichtert würde, so seine Botschaft.

Gespräch mit Studenten in der Kant-Universität

Nach dieser Einführung begaben sich die Gäste zum „Mahnmal der 1200 Gardisten“ zur Kranzniederlegung. Der offizielle Teil des Außenminister-Treffens fand im Kulturzentrum „Fischerbörse“, das zum Komplex „Fischdorf“ gehört, statt. Hinter verschlossenen Türen tauschten die Minister Meinungen zu aktuellen Fragen der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union aus, erörterten den Stand der Zusammenarbeit in internationalen und regionalen Organisationen, planten den weiteren Ausbau der Dreiländer-Beziehung. Dabei standen vor allem die Themen Sicherheit Europas und Abrüstung bei gleichzeitiger Garantie der strategischen Stabilität auf der Tagesordnung.

Das wichtigste Thema war für die russische Seite jedoch die Visafrage. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand die schon länger diskutierte Notwendigkeit eines kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und Russland. Die bereits ausgearbeitete polnisch-russische Vereinbarung über einen kleinen Grenzverkehr umfasst das gesamte grenznahe Gebiet der Exklave und einen vergleichbar großen Teil Polens.



Trugen sich ins Gästebuch der Universität ein: Guido Westerwelle und Sergej Lawrow (sitzend von links) Bild: Tschernyschew

Nach dem offiziellen Teil gaben Lawrow, Westerwelle und Sikorski eine Pressekonferenz, auf der sie über die bisherigen Ergebnisse ihres Treffens sprachen. Lawrow sagte, dass „Deutschland einer der wichtigsten strategischen Partner in der globalen Politik“ sei. Beide Seiten hätten vereinbart, zusätzliche Initiativen zur Entwicklung des Königsberger Gebiets anzustoßen. Einen besonderen Platz habe hier die Aufgabe, einen rechtlichen Rahmen für den kleinen Grenzverkehr zu schaffen. Die von Russland und Polen ausgearbeitete Vereinbarung bedürfe nun noch der Zustimmung Brüssels. Er sprach Westerwelle Dank für die Unterstützung aus, die Deutschland russischen Appellen an die EU-Kommission ständig erweise. Mit Blick auf die Zukunft vertrat Lawrow die Ansicht: „Wir haben Grund zu der Annahme, dass in nächster Zukunft, in einigen Monaten, dieser Prozess (die Lösung der bürokratischen Formalitäten auf dem Weg zur Vereinbarung eines kleinen Grenzverkehrs) erfolgreich vollzogen wird.“ Er fügte hinzu, dass es Russland und Europa gelungen sei, sich in der Visafrage aufeinander zu zubewegen.

Westerwelle betonte, dass Deutschland sich für die Idee des grenzfreien Verkehrs für Bewohner grenznaher Regionen Russlands und der EU einsetzen werde. Er sagte: „Wir unterstützen den visafreien Verkehr mit den Nachbarn der EU. Wir werden unseren Einfluss in der Europäischen Union geltend machen, damit das Projekt des visafreien Verkehrs eine Chance hat.“

Anschließend trafen die Außenminister sich mit Studenten und Lehrenden der Kant-Universität. Es war das erste Mal, dass die Universität hohen Besuch von gleich drei Außenministern erhielt. Vor den Studenten sagte Lawrow, dass das stattfindende Treffen Signalwirkung für die Entwicklung der Partnerschaft zwischen Russland, Deutschland und Polen haben müsse. Westerwelle sprach über die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit für den Erhalt des Friedens und die Entwicklung internationaler Beziehungen. Er sagte, Königsberg sei ein „Ort, an dem Deutschland und Russland schicksalhaft miteinander verbunden“ seien.

Die Studenten interessierten sich vor allem für eine weitere Annäherung der Länder bei der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und die Erweiterung ihrer Mobilität durch die Möglichkeit, ein Schengen-Visum mit längerer Frist zu erhalten. Auch Investitionen im Königsberger Gebiet waren Diskussionsgegenstand.

Ein Student schlug sogar vor, Königsberg in die Liste der Städte aufzunehmen, an denen 2013 Richard-Wagner-Festspiele stattfinden sollen. Sikorski und Westerwelle versprachen, darüber nachzudenken. Fast die Hälfte der Fragen kam von deutschen Studenten oder Koordinatoren deutscher Bildungsprogramme im Königsberger Gebiet. Das überraschte die Minister, zeugt dies doch vom Erfolg der Bildungs- und Kulturbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Das Treffen hat gezeigt, dass es zwischen den Ländern mehr Verbindendes als Trennendes gibt. Westerwelle unterstrich, dass die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Kultur im Ausland zu den wichtigsten Ausrichtungen der deutschen Außenpolitik zählten. Er hoffe, dass das nächste trilaterale Treffen in der Bundesrepublik stattfinden werde. Zum Abschluss trugen die drei Politiker sich ins Gästebuch der Universität ein. *Jurij Tschernyschew*

Auf den Spuren der Amtsvorgänger

Hochmeister des Deutschen Ordens besuchte auf Einladung des Rektors der Allensteiner Universität das südliche Ostpreußen

Bruno Platter, der 65. Hochmeister des Deutschen Ordens, hat mit Ostpreußen den Wirkungsbereich seiner Vorgänger aufgesucht. Die Visite des Hochmeisters und des Historikers Udo Arnold erfolgte auf Einladung des Rektors der Allensteiner Universität, Józef Górniewicz. Geplant war eine Vortragsreihe für die Lehrkräfte sowie die Studentinnen und Studenten der Geisteswissenschaftlichen Fakultät, insbesondere für die der Studiengänge Germanistik, Geschichte und Internationale Beziehungen, über die Geschichte und gegenwärtige Tätigkeit des Ordens.

Bezüglich der historischen Ereignisse im Deutschordensstaat herrschen in Polen nach wie vor die von der nationalistischen Ideologie des 19. Jahrhunderts geprägten Vorstellungen und Klischees vor. Die vorgebliche Grausamkeit des Ordens hatte sich vor allem auf Grund des Schaffens solcher Schriftsteller wie Adam Mickiewicz und Henryk Sienkiewicz sowie des berühmten Historiengemäldes von Jan Matejko tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert. Die Nachkriegsrezeption der Ordenszeit wurde zusätzlich durch den anlässlich des 550. Jahrestages der Niederlage des Deutschen Ordens gedrehten Films „Die Kreuzritter“ von Alexander Ford geprägt.

Um dieses negative Bild zu entkräften, fokussierte Platter seine ganze Aufmerksamkeit auf die in Polen fast unbekannte Geschichte des Ordens in der Zeit nach der Auflösung des Ordensstaates nach dem Vertrag von Krakau aus dem Jahre 1525 und die damit verbundene Mildtätigkeitsarbeit des Ordens. Während seines auf dem Allensteiner Schloss gehaltenen und von vielen Interessierten wie auch offiziellen Vertretern der lokalen Behörden gut besuchten Vortrags betonte Platter sowohl die dunklen als auch die hellen Seiten im jahrhundertelangen Bestehen des Ordens. Zu den schwierigsten Momenten zählte er das Napoleonische Zeitalter wie auch die NS-Zeit, als der Orden nach dem Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich sofort verboten wurde. Eine tragische Zeit bedeutete für den Orden auch die kommunistische Herrschaft im Ostblock. In Jugoslawien und in Tschechien seien damals mehrere Ordensbrüder, vornehmlich von den Partisanen Titos, ermordet worden. Diese unbekannten Tatsachen machten einen großen Eindruck auf die Anwesenden.

»Die Kreuzritter lassen sich lieben«

Doch die im wunderschönen Copernicus-Saal des Allensteiner Schlosses versammelten Hörerinnen und Hörer waren vor allem an der Gegenwart des Ordens interessiert. In einer Gesprächsrunde nach den Auftritten beider Vortragenden hatten viele zahlreiche Fragen zu dem jetzigen Wirkungskreis und dem Aufgabenbereich des Ordens. Es wurden auch Fragen nach der aktuellen Brüderzahl und der eventuellen Aufhebung des Zölibats im Mönchswesen gestellt. Da bereits vier Mönche aus Polen in den Deutschen Orden aufgenommen worden sind, musste die heikle Frage kommen. Das amtierende Oberhaupt aus dem entfernten Hochmeistersitz in Wien wurde mit Bedacht gefragt, ob seinerseits Pläne bestünden, die karitative Aktivität des Ordens demnächst auf Polen auszuweiten. Nachdem alle höchst gespannten Gäste den Atem gehalten hatten, wurde lediglich eine diplomatische, also keine eindeutige Antwort erteilt.

Abschließend pointierte der Direktor des Allensteiner Schlossmuseums, Janusz Cyganski, das Treffen mit einem Witz über die Überholtheit der früheren Zwistigkeiten zwischen Polen und Deutschen und formulierte dabei eine kühne Schlussfeststellung: „Die Kreuzritter lassen sich lieben“, worauf der ehrwürdige Gast dem Andrang der vielen Autogrammjäger, nahezu wie ehemals Ulrich von Jungingen auf dem Schlachtfelde, erlag. Zum Glück trug Platter keinen sichtbaren Schaden davon.

Dritter Besuch Ostpreußens binnen eines Jahres

Am darauffolgenden Tag begab er sich auf die Weiterfahrt nach Lyck, wo er an einer Tagung des dortigern Stadtrates teilnahm. Auf seinem Reiseprogramm standen noch Besuche im Städtchen Rößel und im Jesuitenkloster Heiligelinde, wo ein Konzert auf der berühmten Orgel die Rundreise des Hochmeisters krönte.

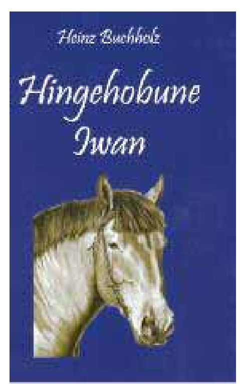
Platters Besuch im südlichen Ostpreußen war bereits der dritte binnen eines Jahres. Bereits 2010 war er zweimal eingeladen worden: erstmals zur Einweihung eines Denkmals zu Ehren des Bischofs Anselm in Balden und das zweite Mal anlässlich der Feierlichkeiten zum 600. Jahrestag der Tannenbergschlacht. Bei den Jubiläumsfeierlichkeiten nahm Bischof Platter neben dem polnischen Staatspräsidenten Bronisław Komorowski und der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė an der alljährlichen Darstellung der Schlacht in Grünfelde teil. Er wurde anschließend zu einem feierlichen Festessen im Großen Remter auf der Marienburg, dem ehemaligen Hochmeistersitz, geladen. Für das Gelingen dieser Aufenthalte leisteten vor allem zwei Ermländer, Herbert Monkowski und Edward Cyfus, große Dienste. Es sei daran erinnert, dass dies nicht der erste Nachkriegsbesuch eines Hochmeisters in dieser Region gewesen war, denn schon in den 1990er Jahren hatte Platters Vorgänger im Amt, Arnold Othmar Wieland, Allenstein besucht. Dazwischen lag allerdings eine mehrjährige Pause. *Grzegorz Supady*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das Deutschlandtreffen in Erfurt ist vorbei und es wird für manche Teilnehmer noch lange in Erinnerung bleiben, vor allem dann, wenn es zu unerwarteten Begegnungen geführt hat. Im Augenblick bin ich dabei, den „Familienbriefkasten" zu sichten und was sich da an wichtigen Mitteilungen an unsere Ostpreußische Familie ergeben hat, wird sich in den nächsten Folgen zeigen. Vielleicht haben sich wieder neue Freundschaften bilden können wie auf jedem Heimattreffen, so wie zwischen den beiden Königsbergerinnen **Anne Rekkaro** und **Brunhilde Krüger** vor vier Jahren. Auch wenn sie räumlich getrennt sind – die eine lebt in Estland, die andere in Hamburg –, pflegen sie einen regen Gedankenaustausch. Gemeinsam haben sie auch ihre Heimatstadt besucht und die Häuser gefunden, in denen sie geboren wurden. Anne, deren Mutter im Spätherbst 1946 in Königsberg verhungerte, nachdem sie einer Estin ihr Töchterchen mit der Bitte um Fürsorge übergeben hatte, versteht es auf bewundernswerte Weise, ihr Geburtsland mit ihrem baltischen Lebensraum zu verbinden, in dem sie in der Geborgenheit ihrer estnischen Familie aufwachsen konnte. Das beweist sie mit der von ihr sich selbst gestellten Aufgabe, das Schicksal ihrer verlorenen Heimat den Esten näherzubringen und zwar in Form von Büchern, die es auf dokumentarische Art beinhalten und die sie ins Estnische übersetzt. Als erstes Buch wählte sie „Iwan, das Panjepferd" von Heinz Buchholz, das ihr besonders geeignet erschien, und machte sich vor zwei Jahren an die Arbeit. Nun hat sie es geschafft, das Buch ist in guter Aufmachung erschienen – davon konnte ich mich überzeugen, denn ich bekam eines der ersten Exemplare übersandt und bedanke mich sehr dafür. Obgleich die Auflage klein ist – für ein Volk von 1,5 Millionen genügt es, meint die Übersetzerin – hat es bereits großes Interesse erweckt. Anne Rekkaro berichtet darüber:

„In der Stadt Rapla gab es am 27. April eine feierliche Präsentation des Buches mit Musik von Absolventinnen der örtlichen Musikschule, Vorlesung aus dem Buch und meinen Vortrag. Das Publikum war sehr miterlebend, stellte viele Fragen, wollte immer mehr wissen über die Flucht und Vertreibung nach dem Kriege. Viele junge Zuhörer wussten gar nicht, wo Ostpreußen lag und waren erstaunt, dass es gar nicht so weit von Estland ist. Natürlich musste ich auch erzählen, dass ich selber eine Ostpreußin bin und dass man mich 1946 in Königsberg vor dem Hungertod gerettet hat. Danach suchten viele ihre Taschentücher heraus.

Der Titel des Buches lautet allerdings etwas anders als im Original. Er lautet ‚Iwan, das Seelenpferd', denn das Wort ‚Panjepferd' lässt sich nicht ins Estnische übertragen, nur erklären. Und ich kann Ihnen schwören, wenn mir der Herrgott noch einige Jahre und Gesundheit schenkt, ich noch manches Buch übersetzen werde, das von unserer geliebten und vor dem Krieg so wunderschönen Heimat Ostpreußen und ihrem Schicksal spricht. Man soll auch hier in Estland alles erfahren, was mit uns geschehen ist."



„Iwan, das Seelenpferd"

Dass sie nicht auf taube Ohren stoßen wird, weiß Anne Rekkaro. Vor allem, wenn es um die Deportation von Frauen und Männern nach Sibirien geht, denn die haben auch die Esten erleiden müssen. Im April 1941 wurden von den Russen über 10000 und 1949 über 20000 Esten in Viehwagen nach Sibirien in die Verbannung geschickt.

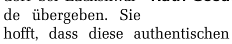
So hat sich Frau Rekkaro schon das nächste Objekt für ihren Plan ausgewählt. Bereits im Januar hatte sie mich gebeten, eine Verbindung zu Frau **Hannelore Müller** herzustellen, der Mitautorin des Buches „Frauen in Königsberg 1945–1948", da ihre Bemühungen, die mit diesem Vorhaben verbundenen Formalitäten zu erledigen, bis dahin keinen Erfolg gehabt hatten. Und nun kommt Frau **Brunhilde Krüger** in Hamburg ins Spiel. Da es mir nicht möglich ist, einen ausführlichen Schriftwechsel mit Frau Rekkaro zu führen, bat ich ihre Hamburger Freundin, die Verbindung zu übernehmen. So teilte mir Frau Müller mit, dass sie sich an Frau Krüger gewandt und ihr erklärt hatte, dass sie ihre Autorenrechte an die „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen" in Bonn abgetreten habe. Diese Institution hatte Frau Rekkaro aber bereits angeschrieben, jedoch keine Antwort erhalten. Bis heute nicht, trotz erneuter Briefe und E-Mails, wie sie mir jetzt mitteilte! Daran, dass zwei der Autorinnen – **Erna Ewert** und **Marga Pollmann** – nicht mehr leben, kann es nicht liegen, da die Rechte jetzt bei der Kulturstiftung liegen. So verzögert sich leider das neue Vorhaben, das die völkerverbindende Kulturarbeit so bereichern würde. Anne Rekkaro lässt sich aber nicht entmutigen, sie hat ein weiteres Buch im Visier: „Ich sah Königsberg sterben" von **Hans Deichelmann**. Hoffentlich ergeben sich da nicht Schwierigkeiten. Es ist nicht leicht, von einem kleinen Ort in Estland aus alle Auskünfte einzuholen.

Für ein anderes Objekt hat Brunhilde Krüger die Vermittlung übernommen. Auch in ihm werden die Schicksale der eltern- und heimatlosen Kinder behandelt, von denen einige bis heute ihre Herkunft nicht klären können. Diese aus dem nie durchleuchteten Dunkel der Vergangenheit kommenden Lebensläufe haben Frau Krüger schon als Kind beeindruckt, als die ersten Suchmeldungen erschienen. Mit Schrecken wurde ihr bewusst, dass auch sie auf der Flucht von ihrer Mutter hätte getrennt werden können. Dass sie verloren gegangen wäre, denn wie sollte sie als Dreijährige ihre Herkunft verständlich erklären? Dieser Albtraum verfolgt sie noch heute, da hilft auch das Beutelchen nicht, das sie wie eine Ikone hütet. Vor ein paar Jahren fand sie es bei ihrer Mutter und sie fragte nach der Bedeutung dieses unscheinbaren Stofftäschchens, die ihr die Mutter auf einem Zettel erklärte: „Dieses Täschchen habe ich am 30. Januar 1945 auf unserer Zwischenstation in Ketschendorf bei Berlin genäht, als wir von dort weiter flohen, weil der Russe näher kam. Brunhilde bekam es um den Hals gehängt, denn darin waren auf einem Zettel ihre Personalien, die ihrer Mutter und die Anschrift in Hameln, wohin wir fahren wollten." Davor aber lagen zehn Tage Flucht von Riesenburg, wohin die Mutter mit Tochter und Sohn von Königsberg nach den Bombenangriffen gezogen war. „Was hätte in diesen Horror-Tagen nicht alles mit uns passieren können?", fragt sich Brunhilde Krüger noch heute. „Immer dieser Film im Kopf ..."

Hätte der kleine Junge, den der Flüchtlingsstrom in das polnische Arbeitslager Potulice schwemmte, solch ein Beutelchen um den Hals getragen, würde er heute nicht mehr nach seiner Herkunft suchen müssen. Das namenlose Kind von einst, längst im Rentenalter, erkannte sich auf einem Foto wieder, das wir vor zweieinhalb Jahren veröffentlichten. Sein Sohn informierte uns darüber und wir berichteten in Folge 17 über diese späte Resonanz. Und auch diese Veröffentlichung hatte Folgen: Herr **Dirk Oelmann** aus Oranienburg teilte uns mit, dass sein Schwiegervater **Horst Kreft** auch in dem Lager gewesen sei. Er lebte bis 1945 mit seiner Mutter **Maria** Kreft und den Großeltern in Schulitz bei Bromberg. Der Großvater **Albert Siegried Voigt** hatte ein eigenes Schiff auf der Weichsel. Im Januar 1945 wurde die Familie in das Lager Kaltwasser im Stadtgebiet von Bromberg eingewiesen. Der achtjährige Horst musste bei einem Bauern arbeiten. Seine Großmutter wurde bei einem nächtlichen Gang zur Toilette erschossen. Als das Lager Kaltwasser im Winter 1946 geräumt wurde, kamen die noch Arbeitsfähigen in das 15 Kilometer entfernte Lager Potulice. Frau Kreft und ihr Sohn wurden im Januar 1947 entlassen, sie kamen mit einem Flüchtlingstransport nach Bernau. Aber bereits nach drei Wochen verstarb die Mutter in Birkenwerder bei Berlin. Nach ärztlichem Befund hatte sie ein Herzleiden, das sich im Lager verschlimmerte, so dass sie an den Folgen der Haft verstarb. In den Lagern Kaltwasser und Potulice müssen sich sehr viele Ostpreußen und Westpreußen, die auf der Flucht in Gefangenschaft gerieten, befunden haben, vorwiegend Frauen, Kinder und alte Menschen. Kräftige und arbeitsfähige Männer und Kinder kamen zu polnischen Bauern wie eben auch der achtjährige Horst. Jetzt beschäftigt Herrn Oelmann die Frage, wie es Frau Kreft gelang, ihren Sohn auf der Ausreise mitzunehmen. Wer war auf dem Transport dabei, der von Bromberg über Frankfurt an der Oder nach Bernau fuhr, wo er am 14. Januar 1947 ankam? (Dirk Oelmann, Bernauer Straße 61 in 16515 Oranienburg, E-Mail: Dirk69oe@aol.com)

Sicher wird dies nicht die letzte Zuschrift zu dem Lager Potulice sein – die auf unserer Familienseite veröffentlichten Fragen und Wünsche ziehen oft lange Bahnen. Gut drei Jahre zurück liegt auch die von Frau **Waltraud Huty** gestellte Frage nach den Toten auf dem Friedhof von Luckenwalde bei Berlin, auf dem vor allem Flüchtlinge aus Mohrungen begraben liegen. Sie wollte wissen, warum so viele Vertriebene aus dem Oberland unter den Toten waren. Die in Luckenwalde Geborene hat als 13-Jährige das Kriegsende und den Flüchtlingsstrom miterlebt und diese schwere Zeit nie vergessen. Jetzt teilte sie mir mit, dass die Veröffentlichung erfolgreich sei, sie erhielt mehrere Anrufe, den letzten noch vor kurzer Zeit. Frau Huty hat alle Unterlagen gesammelt und sie einem Heimatforscher aus Woltersdorf bei Luckenwalde übergeben. Sie hofft, dass diese authentischen Auskünfte von Zeitzeugen dort in guten Händen sind und für die Nachwelt erhalten bleiben.




Ruth Geede Bild: Pawlik

Das will auch Herr **Heinrich Ehlert** aus Arnsberg, der von der Kreisgemeinschaft Rößel mit der Aufgabe betraut wurde, ein Bildarchiv aufzubauen. Was sich zuerst als schwierig erwies, denn die von ihm gestarteten Aufrufe in den Heimatbriefen an die ermländischen Leser, ihm Ansichtskarten und Fotos zur Verfügung zu stellen, hatten nur mäßigen Erfolg, aber Herr Ehlert ließ sich nicht entmutigen. Vor allem durch persönliche Kontakte gelang es ihm, nach und nach Material für seine Arbeit zusammenzutragen. So konnte er bereits 250 Ansichten von den Städten des Kreises Rößel, rund 100 davon aus Bischofsburg und Umgebung, ins Bildarchiv Ostpreußen einstellen. Leider ist das immer noch zu wenig und so wandte er sich aufgrund der von ihm angebotenen Bischofsburger Fotos von 1920 an mich mit dem Anliegen, unsere Leser zu bitten, geeignete Bilddokumente aus ihrem Besitz dem Bildarchiv Ostpreußen zur Verfügung zu stellen. Herr Ehlert sucht Ansichtskarten und Fotos von vor 1945 vor allem aus dem Kreis Rößel, aber auch aus dem gesamten Ermland und ganz Ostpreußen. Die übersandten Aufnahmen bleiben im Besitz der Eigentümer, Herr Ehlert benötigt das Material nur leihweise und sendet es nach der Auswertung wieder an die Absender zurück. Eine schonende Behandlung wird garantiert. Der Archivar hofft auf rege Beteiligung, wir auch. (Heinrich Ehlert, Alter Soestweg 65 in 59821 Arnsberg, Telefon 02931/6071.)

Ungenau oder sogar irreführend können die Eintragungen in Urkunden sein, wenn es sich um Vertriebenenschicksale handelt. Diese Erfahrung machte auch Herr **Helmut Herrmann**, den die Aufklärungsversuche von Frau **Simone Gerlach** über die unbekannte Herkunft ihres Vaters, die wir in Folge 6 veröffentlichten, sehr bewegte. Herr Herrmann meint, dass der Herkunftsort von Frau Gerlachs Vater – dem „Findelkind mit dem Schild um den Hals" aus dem Auffanglager Grimmen – im südlichen Ostpreußen liegen könnte, und gab Frau Gerlach einige Hinweise. Die Urkunden aus den Sammellagern müssten kritisch gelesen werden wie überhaupt alle zur Zeit der Flucht ausgestellten Dokumente. Herr Herrmann beweist das mit einem Beispiel aus der eigenen Familie: Im Todesfall seiner Tante hieß es in der Sterbeurkunde aus Schwerin, sie sei in Genthin bei Arnstadt geboren. Tatsächlich war ihr Geburtsort Rentinen bei Allenstein. Papiere besaß die Verstorbene offensichtlich nicht und die Angaben sind wohl bei der Einlieferung der Kranken durch Befragung unter wahrscheinlich katastrophalen Verhältnissen entstanden.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Wie des Sturms auf den Annaberg gedacht wurde

Vor 90 Jahren war der Wallfahrtsort im Kreis Groß Strehlitz Schauplatz blutiger Kampfhandlungen zwischen Deutschen und Polen

Polens Staatspräsident Bronislaw Komorowski (PO) wurde von Schulmädchen in weiß-roter Couleur umjubelt. Von der Basilika, in der die Bischöfe von Oppeln und Kattowitz gemeinsam eine Heilige Messe unter den Augen der Mutter Anna zelebriert hatten, schritt der Präsident nebst zahlreichen Würdenträgern bergab durch den beschaulichen Ort. Mit ihnen setzte sich ein Treck aus Statisten in Bewegung, kostümiert in den Kleidern polnischer Aufständischer und deutscher Selbstschutzkämpfer.

Abseits des sakralen Gipfels ragt seit 1955 das „Denkmal der aufständischen Tat" in den Himmel, das unverkennbar den ideologischen Geist der frühen Volksrepublik in sich trägt. „Ein Ort, der sowohl durch Gebet, als auch durch Blut geheiligt wurde", wie Komorowski eingangs bemerkte. In seiner Ansprache glorifizierte er die polnischen Aufständischen. Ihr Blut sei es gewesen, so der Präsident, das Schlesien „zurückbrachte und für immer mit Polen zusammenschweißte". So einseitig fiel dann auch die Bewertung der Beteiligten aus: „Für diesen Traum von einem polnischen Schlesien haben viele ihr Leben gelassen. Vor ihren Träumen, vor ihrem Opfer senken wir alle heute unser Haupt. Wir huldigen ihnen zum 90. Jahrestag des siegreichen Aufstandes". Den deutschen Opfern hingegen schenkte Komorowski lediglich eine nüchterne Fußnote: „Jedoch achten wir auch die Wahl jener, die auf der anderen Seite der Bemühungen standen."

Polens Präsident glorifizierte die polnischen Kämpfer

Bernard Gaida, der heute an der Spitze der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen steht, nahm die Worte seines Staatsoberhauptes als Herausforderung an, „sich ausdrücklich zum Deutschtum zu bekennen". Seinem Augenmerk galt allerdings eine Gegenveranstaltung am Nachmittag. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit versammelte sich eine kleine Abordnung am Friedhof im schützenden Schatten des Klosters, wo in benachbarten Gräbern die deutschen und polnischen Opfer ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Das deutsche Grab besitzt besonderen Symbolcharakter. Angelegt als Massengrab deutscher Wehrmachtssoldaten in den letzten Kriegsmonaten 1944/45, nahm es in der Nachkriegszeit die von den neuen Machthabern an anderer Stelle unerwünschte Asche der deutschen Selbstschutzkämpfer auf. Die heutige Form des Massengrabes ist das Verdienst der in St. Annaberg heimischen Ortsgruppe des Deutschen Freundschaftskreises (DFK). Nach jahrzehntelanger Pflege unter widrigen Umständen konnte im Jahr 2004 endlich mit Spenden der Bonner AGMO e.V. ein würdiges Grabmal mit einem hochragenden Kreuz errichtet werden.

Der deutsche Botschafter in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch, reiste nach dem offiziellen Festakt ab und war bei der Kranzniederlegung am deutschen Grab nicht mehr zugegen. Bei seiner Ansprache, vorgetragen in fehlerfreiem Polnisch, stellte er sich jedoch hinter die Heimatverbliebenen: „In Schlesien ist in den zurückliegenden Monaten eine breite Diskussion darüber geführt worden, wie die historischen Ereignisse vor 90 Jahren gesehen und wie ihrer gedacht werden sollte. Wenn diese Diskussion erneut geführt werden sollte, so wünsche ich uns allen, dass sie zu einem Ergebnis führt, mit dem sich alle einverstanden erklären können."

Deutscher Botschafter fehlte bei deutscher Gegenveranstaltung

Damit griff er noch einmal jene Kontroverse auf, die im vergangenen Herbst die Selbstverwaltungswahlen in der Woiwodschaft Oppeln überschattete und beinahe zum Bruch der dortigen Koalition geführt hätte. Norbert Rasch, einflussreicher DFK-Funktionär und Sejmik-Abgeordneter, wandte sich in einem Schreiben an Marschall Józef Sebesta (PO), den Koalitionspartner der Deutschen. Rasch bemängelte, dass „durch die bisher angewandte Form des Gedenkens ein Teil der Bevölkerung des Oppelner Landes, für den die Aufstände eine völlig andere Aussage und Bedeutung haben, ausgeschlossen wird". Die angebliche aufständische Tat demaskierte er als einen „militärischen Angriff auf die territoriale Integrität eines souveränen Staates". Die Feuertaufe bescherte ihm Sympathiepunkte, auch wenn sich die Deutschen nur bedingt in einer Erklärung des Sejmik wiederfinden konnten. Norbert Rasch jedenfalls, der am 11. Mai seinen 40. Geburtstag feierte, ging aus dem Schlagabtausch gestärkt hervor. Bei der jüngsten Bezirksversammlung am 7. Mai schenkten ihm 110 von 125 Delegierten das Vertrauen. *O.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Neumann, Kurt, aus Lötzen, jetzt Moltkestraße 17, 73312 Geislingen/Steige, am 2. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Holldack, Else, geb. **Meier**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Schweriner Straße 15, 21614 Buxtehude, am 8. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Hinz, Herbert, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Am Lusbühl 16, 79110 Freiburg, am 12. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Greiner, Frida, geb. **Kloss**, aus Ortelsburg, jetzt Am Knill 58, 22147 Hamburg, am 7. Juni

Wagner, Frieda, geb. **Rogge**, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Forstmeisterweg 2 A, 21493 Schwarzenbek, am 12. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ahres, Dora, geb. **Kudszus**, aus Sensburg, jetzt An den Schulwiesen 4, 63263 Neu-Isenburg, am 6. Juni

Kaukel, Martha, geb. **Jedamzik**, aus Lyck, General-Busse-Straße 1, jetzt Friedrich-Loeffler-Straße 34, 17489 Greifswald, am 6. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Seidel, Heinz, aus Lyck, jetzt Clemens-Cassel-Straße 2, 29223 Celle, am 6. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Rotdornring 1, 26725 Emden, am 7. Juni

Kamm, Waltraut, geb. **Meyer**, aus Königsberg, jetzt Seniorenresidenz Reinbek, Bogenstraße 2, 21465 Reinbek, am 9. Juni

Krolzik, Martha, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Dr.-Heinrich-Jasper-Straße 3 A, 37581 Bad Gandersheim, am 8. Juni

Lubowitz, Martha, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Blumenthaler Straße 80, Seniorenzentrum, 28709 Schwanewede, am 12. Juni

Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Wiesenstraße 35, 32052 Herford, am 6. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Roehr, Erna, geb. **Bobrowski**, aus Treuburg, jetzt Am Alten Weiher 17, 41460 Neuss, am 8. Juni

Stadie, Herta, geb. **Burscheid**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Johannesstraße 7, 35390 Gießen, am 6. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Heilmann, Erna, geb. **Trotte**, aus Ebenrode, jetzt Ahrensbergstraße 18, 34131 Kassel, am 9. Juni

Kaukel, Otto, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Auf dem Driesch 31, 52249 Eschweiler, am 12. Juni

Lang, Liselotte, geb. **Becker**, aus Lyck, jetzt Max-Josef-Park 3, 82319 Starnberg, am 9. Juni

Scholz, Herta, geb. **Klose**, aus Seemen, Kreis Osterode, jetzt Försterstraße 4, 48149 Münster, am 6. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Godau, Herta, geb. **Erwied**, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Kirchweg 38, 21365 Adendorf, am 8. Juni

Johann, Hildegard, aus Cranz, Kreis Samland, jetzt Mittelfeld 25, 21339 Lüneburg, am 6. Juni

Kallnischkies, Hedwig, geb. **Böttcher**, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, jetzt Pfälzer Straße 6, 65428 Rüsselsheim, am 7. Juni

Reincke, Grete, geb. **Summek**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Bismarckstraße 16, Seniorenwohnanlage Wiesenhof, 35279 Neustadt, am 11. Juni

Rosenberg, Johannes, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 11, 16835 Rüthnick, am 6. Juni

Wedler, Richard, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, jetzt Hans-Reyhing-Straße 4, 72762 Reutlingen, am 10. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Giesler, Hans, aus Danzig-Langfuhr, jetzt Rablinghauser Landstraße 51 A/108, 28197 Bremen, am 2. Juni

Groll, Elfriede, geb. **Wald**, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Lagemannstraße 22, Wh. 27, 57258 Freudenberg, am 11. Juni

Heidrich, Elfriede, geb. **Dudda**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Happurger Straße 2 B, 91224 Pommelsbrunn, am 6. Juni

Heinrich, Helene, geb. **Christochowitz**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Samadona 42, 07183 Costa de la Calma/Mallorca, Spanien, am 6. Juni

Ruddat, Hilde, geb. **Timsries**, aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Hermannsbergstraße 11, 51709 Marienheide, am 9. Juni

Scharnat, Heinz, aus Lyck, jetzt Scharnitzer Weg 9, 86163 Augsburg, am 10. Juni

Wenzel, Ottilie, geb. **Becker**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Hammerstraße 41, 45966 Gladbeck, am 8. Juni

Wronowski, Elisabeth, geb. **Trox**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Honkenbergstraße 72, 44628 Herne, am 11. Juni

Ziegler, Irmgard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, jetzt Leuschnerstraße 83 D, 21031 Hamburg, am 9. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boriß, Anna, geb. **Niedzella**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Saarstraße 25, 41199 Mönchengladbach, am 7. Juni

Fligge, Heinz, aus Drugehnen, Kreis Samland, jetzt Solquellstraße 70, 13467 Berlin, am 10. Juni

Geisler, Maria, geb. **Sylla**, aus Lötzen, jetzt Gimborner Weg 16, 51061 Köln, am 2. Juni

Gorriahn, Irmgard, geb. **Stamm**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 123, jetzt Brunnenplatz 1, 31812 Bad Pyrmont, am 8. Juni

Klee, Erich, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Fuhrenkamp 2, 29575 Altenmedingen, am 6. Juni

Kolb, Elfriede, geb. **Dudszus**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt Frühlingstraße 5/306, 91560 Heilsbronn, am 11. Juni

Müller, Eva, aus Insterburg, jetzt Erich-Klabunde-Straße 105, 34121 Kassel, am 7. Juni

Natschke, Else, geb. **Jezierski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Dorfstraße 91, 02956 Daubitz, am 9. Juni

Podszus, Georg, aus Wittingen, Kreis Lyck, jetzt Bahnstraße 28, 85716 Lohhof, am 12. Juni

Wölky, Erna, geb. **Finke**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Am Heiligen Grabe 6, 38640 Goslar, am 12. Juni

Wörner, Edith, geb. **Dangeleit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Marktplatz 32, 72250 Freudenstadt, am 10. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartz, Gerda, geb. **Baran**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, jetzt Distelweg 4, 21360 Vögelsen, am 7. Juni

Budweg, Ingrid, geb. **Podlesch**, aus Pfaffendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Edelfalter 13, 41564 Kaarst, am 8. Juni

Czabania, Lieselotte, geb. **Hasenpusch**, aus Lyck, Morgenstraße 34, jetzt Heinrich-Heine-Straße 4, 21335 Lüneburg, am 10. Juni

Freyer, Meta, geb. **Nock**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Pfarrer-Lind-Straße 19, 86444 Affing, am 8. Juni

Froese, Waltraut, geb. **Smorra**, aus Urbanken, Kreis Treuburg, jetzt Alsterfeld 10, 46049 Oberhausen, am 10. Juni

Geruhn, Siegfried, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, jetzt Deichreihe 16, 25573 Beidenfleth, am 9. Juni

Gienap, Erna, geb. **Sombray**, aus Froben, Kreis Neidenburg, jetzt Holzwickeder Straße 41, 59427 Unna, am 7. Juni

Gwiasda, Hans, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Brandenburgallee 12, 16321 Bernau, am 12. Juni

Haase, Lieselotte, geb. **Neufeld**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Feuerbachring 6, 38448 Wolfsburg, am 6. Juni

Hallwaß, Martha, geb. **Rattay**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Bickernstraße 158, 45889 Gelsenkirchen, am 10. Juni

Hansen, Ruth, geb. **Torkler**, aus Wehlau, jetzt 34 Dunstable Road, Southampton, am 7. Juni

Ilbertz, Herta, geb. **Reichert**, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Albert-Schweitzer-Straße 16, 47829 Krefeld, am 7. Juni

Isenburg, Lieselotte, geb. **Olk**, aus Geislingen, Kreis Ortelsburg, jetzt An der Heidschlah 17, 57413 Finnentrop, am 12. Juni

Kalkan, Gertrud, geb. **Heimert**, aus Ebenrode, jetzt Schurkamp 26, 48163 Münster, am 6. Juni

Konietzka, Johannes, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Bad Zwestener Straße 10, 99898 Finsterbergen, am 8. Juni

Platzeck, Renate, geb. **Wessel**, aus Saltnicken, Kreis Samland, jetzt Hemsener Weg 82, 29640 Schneverdingen, am 10. Juni

Schediwey, Gerda, geb. **Konstantin**, aus Rodental, Kreis Lötzen, jetzt Neptunstraße 9, 45277 Essen, am 10. Juni

Schröder, Elisabeth, geb. **Stobbe**, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, jetzt Sandkamp 9, 25826 Sankt-Peter-Ording, am 11. Juni

Strube, Dorothea, geb. **Kropp**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, jetzt Hellriegelstraße 14, 06406 Bernburg, am 9. Juni

Thiede, Erika, geb. **Hoffmann**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Bi de Möhl 31, 25336 Elmshorn, am 8. Juni

Tölg, Gertrud, geb. **Priebe**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, jetzt Overberger Straße 37, 59192 Bergkamen, am 10. Juni

Witt, Ilse, geb. **Fabian**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Riesdahl 23, 21502 Geesthacht, am 7. Juni

Wittig, Martha, geb. **Pechbrenner**, aus Jaugehnen, Kreis Samland, jetzt Adolf-Menzel-Straße 14, 04157 Leipzig, am 7. Juni

Wolfeneck, Elisabeth, geb. **Schwan**, aus Rosignaiten, Kreis Samland, jetzt Lessingstraße 15, 24536 Neumünster, am 12. Juni

Wollny, Gretel, geb. **Schulz**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Regenpfeiferweg 5, 25761 Büsum, am 7. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augustin, Heinz, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, jetzt Robert-Havermann-Straße 25, 19061 Schwerin, am 8. Juni

Bartkowski, Paul, aus Neidenburg, jetzt Stettiner Straße 7 A, 27793 Wildeshausen, am 10. Juni

Berg, Fritjof, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Lantziusstraße 24, 24114 Kiel, am 9. Juni

Chlebusch, Heinrich, aus Wiesegrund, Kreis Lyck, jetzt Simon-Cellarius-Straße 2, 04639 Gößnitz, am 9. Juni

Erbsland, Gerda, geb. **Bock**, aus Peterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Rosenstraße 16, 79576 Weil am Rhein, am 12. Juni

Feyerabend, Ilse, geb. **Schäfer**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Blumenstraße 67, 47057 Duisburg, am 7. Juni

Gailus, Gerhard, aus Schleppen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Karl-Marx-Allee 44, 10178 Berlin, am 8. Juni

Hecht, Hans Dieter, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, jetzt Schulstraße 4, 19288 Techentin, am 6. Juni

Heilmann, Herta, geb. **Schulz**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, jetzt Kleine Hainstraße 6, 61137 Schöneck, am 10. Juni

Höfert, Gertrud, geb. **Mallwitz**, aus Gerhardshöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Buckweg 2, 97947 Grünsfeld-Hausen, am 9. Juni

Höhn, Brigitte, geb. **Pape**, aus Lyck, jetzt Hauptstraße 5, 97355 Kleinlangheim, am 7. Juni

Janke, Christoph, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, jetzt Helgolandring 17, 45149 Essen, am 7. Juni

Lau, Helmuth, aus Bieskobnikken, Kreis Samland, jetzt 27446 Selsingen, am 7. Juni

Matull, Waltraut, geb. **Gembalies**, aus Markau, Kreis Treuburg, jetzt Löxterstraße 15, 31535 Neustadt, am 6. Juni

Michalzik, Irmhild, geb. **Haut**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, jetzt Alte Ratzeburger Landstraße 22, 23843 Bad Oldesloe, am 12. Juni

Mick, Margarete, geb. **Knieschewski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schönaustraße 20, 40625 Düsseldorf, am 10. Juni

Moldzio, Rudolf, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Feldgarten 12, 59063 Hamm, am 7. Juni

Pabst, Christel, geb. **Schimmelpfennig**, aus Klein Ottenhagen, Kreis Königsberg, jetzt Schilfbreite 62, 39120 Magdeburg, am 12. Juni

Rekowski, Siegfried, aus Weidicken, Kreis Lötzen, jetzt Biesterbergweg 24, 32657 Lemgo, am 4. Juni

Sager, Waltraut, geb. **Dangeleit**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt An der Au 2, 24983 Handewitt, am 11. Juni

Sakautzki, Herbert, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Goethestraße 13, 17126 Jarmen, am 9. Juni

Sauter, Ruth, geb. **Janzen**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Geranienweg 2, 71706 Markgröningen, am 8. Juni

Scharfe, Hildegard, geb. **Czieslick**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Amsterdamer Straße 5, 67069 Ludwigshafen, am 7. Juni

Scherotzki, Erich, aus Thomken, Kreis Lyck, jetzt Dedinghauser Weg 43, 59557 Lippstadt, am 11. Juni

Schubien, Elfriede, geb. **Schweda**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Stammstraße 56, 44623 Herne, am 11. Juni

Seewald, Elfriede, geb. **Szemkat**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, jetzt Lichstedt 27, 07407 Rudolstadt, am 8. Juni

Sontopski, Elfriede, geb. **Rast**, aus Gilgenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Weingartsberg 107, 51143 Köln, am 6. Juni

Thür, Anneliese, geb. **Petscheleit**, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Fruerlunder Straße 4, 24943 Flensburg, am 11. Juni

Wirth, Margot, geb. **Rieckewald**, aus Lyck, jetzt Umgehungsstraße 12, 06408 Baalberge, am 8. Juni



Schenk, Klaus, aus Karkeln, und Frau Marichen, geb. **Kastin**, aus Wesel, am 8. Juni



Tanke, Hans, und Frau Marie, geb. **Nielsen**, aus Ebersbach, Kreis Preußisch Holland, jetzt Waldweg 2, 24969 Großenwiehe, am 10. Juni

TERMINE DER LO

Jahr 2011

- **10.–13. Juni:** Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
- **16. Juli:** Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
- **23.–25. September:** Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
- **10.–16. Oktober:** Werkwoche in Bad Pyrmont
- **15.–16. Oktober:** 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
- **28.–30. Oktober:** Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
- **5.–6. November:** OLV in Bad Pyrmont
- **7.–11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Störtebeker-Festspiele Rügen

Störtebeker jagt den Templerschatz. Um den sagenhaften Schatz der Templer ranken sich noch heute unzählige Mythen und Legenden. Eine bisher unbekannte Version bietet in diesem Sommer die Ostseeinsel Rügen. Die Störtebeker-Festspiele zeigen in ihrem neuen Stück „Der Schatz der Templer“, wo und wie der berühmtberüchtigte Freibeuter der nordischen Meere, Klaus Störtebeker, mit seinen Likedeelern in ihrer Gier nach Gold und Geld dem unermesslichen Schatz der Templer nachjagen. Man verknotete die Störtebeker- und Templer-Legende miteinander und bringt sie ab 18. Juni auf dieser einzigartigen Naturbühne am Großen Jasmunder Bodden zur Aufführung als großes Spektakel, in dem geraubt, gekapert, gebrandschatzt, gekämpft und auch geliebt wird. Auskunft – Kartenverkauf: Störtebeker-Festspiele, Am Bodden 100, 18528 Ralswiek, Telefon (03838) 31100, Fax (03838) 313192, www.stoertebeker.de, info@stoertebeker.de. *G.F.*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 4. Juni, 22.35 Uhr, 3sat: Faszination Bergfilm – Himmelhoch und abgrundtief. Dokumentation.

SONNABEND, 4. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Der Raketenmann. Wernher von Braun und der Traum vom Mond.

SONNABEND, 4. Juni, 21.05 Uhr, Arte: Verrat in Triest – Josef Ressel und die Erfindung der Schiffsschraube.

SONNTAG, 5. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

DIENSTAG, 7. Juni, 14.15 Uhr, 3sat: Schlaflos in St. Petersburg. Ein Streifzug durch die „Weißen Nächte“.

DIENSTAG, 7. Juni, 20.15 Uhr, N24: Die Afghanistan-Falle. Kämpfen und Sterben am Hindukusch.

MITTWOCH, 8. Juni, 12.30 Uhr, 3sat: Wie uns der Computer über den Kopf wuchs.

MITTWOCH, 8. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Himmelsstürmerinnen. Deutsche Fliegerinnen – Ihre Rekorde und Tragödien.

MITTWOCH, 8. Juni, 23.35 Uhr, MDR: Hunger auf Leben. Das Leben der DDR-Schriftstellerin Brigitte Reimann.

DONNERSTAG, 9. Juni, 0.50 Uhr, ZDF: Aufgetischt und abserviert. Die Tricks der Lebensmittelindustrie.

DONNERSTAG, 9. Juni, 17.30 Uhr, 3sat: Der Turmbau zu Brüssel. Europas Selbstbetrug.

DONNERSTAG, 9. Juni, 20.15 Uhr, Phoenix: Helden ohne Heimat – Kriegsheimkehrer 1945.

DONNERSTAG, 9. Juni, 23.30 Uhr, RBB: Rubljovka. Straße zur Glückseligkeit. Dokumentation.

FREITAG, 10. Februar, 15.15 Uhr, 3sat: Bulgarien – Vom Schwarzen Meer in die Rhodopen.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 21. Juni, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, kleiner Saal: Treffen der Frauengruppe mit Uta Lüttich. Das Thema ist „Bedeutende Ostpreußen“.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

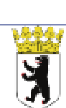
Ingolstadt – Sonnabend, 19. Juni, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen der Gruppe.

Landshut – Dienstag, 21. Juni, 14 Uhr, Biergarten an der Isar auf der „Insel“: Treffen der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Treffen zum Ostpreußischen Sängerkreis. Informationen bei Dr. Gerhard Graf, Ofenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

München Nord/Süd – Freitag, 17. Juni, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Zusammenkunft der Frauengruppe.

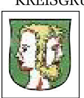
Weißenberg-Gunzenhausen – Freitag, 17. Juni, 19 Uhr, Gasthaus Engelstuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen: Gemeinsames Abendessen mit anschließendem Vortrag „Der Deutsche Orden“ von Studiendirektor im Ruhestand Josef Hüttl.



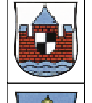
Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

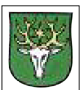
KREISGRUPPE



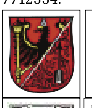
Lyck – Sonnabend, 4. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengl, Telefon (030) 5245479.

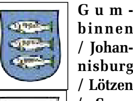


Tilsit-Ragnit/Tilsit-Stadt – Sonnabend, 4. Juni, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Tilsit-Ragnit bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881, für Tilsit-Stadt bei Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Wehlau – Sonntag, 5. Juni, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.





Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Donnerstag, 9. Juni, 14 Uhr, Kladower Schmiede, Gutsstraße 1-3, Eingang zur Schmiede: Ritterfelddamm, S- und U-Bahn bis Spandau, dann mit dem Bus 135 zur Gutsstraße: Grill-Nachmittag. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Kirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

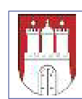


Bartenstein – Sonnabend, 25. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

FRAUENGRUPPE



Mittwoch, 8. Juni, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Referat über Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

Landesgruppe – Freitag, 17. Juni: Jahresausflug nach Ribnitz-Damgarten zum Bernstein-Museum. Abfahrt ist um 8.30 Uhr bei der Tankstelle gegenüber dem Dammtorbahnhof. Teilnahme und Mittagessen können bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076 (auch Anrufbeantworter) angemeldet werden. Gäste sind herzlich willkommen. Die Gruppe fährt auch weiter nach Rostock und Wismar und zurück nach Hamburg. Die Kosten betragen 35 Euro inklusive Mittagessen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahnstation Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. Juni, 15 Uhr, ETV-Stuben, Bundesstraße/Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel (U-Bahn Christuskirche): Sommertreff. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Osterode – Sonnabend, 25 Juni, 12.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: Es ist Grillzeit. Die Gruppe lädt ein zum gegrillten Geflügelsteak, Holzfällersteak, Thüringer Bratwurst. Dazu gibt es verschiedene Salate und Grillsoßen. Der Preis beträgt 15 Euro. Anmeldungen bitte bis zum 17. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Hessen

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus: Treffen vor der Sommerpause. Nach der Kaffeetafel wird vom Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt berichtet. Im Juli macht die Gruppe Sommerpause und trifft sich danach wieder am 13. August.

Gießen – Seit über 60 Jahren hat die Kreisgruppe in ihren Monatsversammlungen der verlorenen Heimat in Vorträgen, Wort und Bild die Treue gehalten. Mit Mitgliedern und Freunden wurden die Stätten der Eltern und der Jugendzeit besucht und in Bildern festgehalten. Nunmehr hat der Freundeskreis einen Sprung nach Osten in den Orient getätigt: Indien, das Land der Maharadschas war das Ziel. Viktor Kastenmayer hat in seinem Dia-Vortrag die Schönheiten und auch die Sonderheiten dieses Landes den Mitgliedern vermittelt. Die Paläste in Delhi und Bombay, die Tempel in Rajapur und Elephanta, das Observatorium in Jodpur geben dem Land ein eigenes Gepräge. Auf der Straße lebt gleichzeitig die heilige Kuh. Kamel- und Elefantenwanderungen sind die große Touristenattraktion. Sonderbar anmutend sind die Leichenverbrennungsplätze am Ganges und andernorts. Die Vorsitzende Erika Schmidt dankte dem Referenten Viktor Kastenmayer. Er gab einen Einblick in andere Welten, Kulturen und deren Menschen.

Hanau – Das Frühlingsfest war mit 30 Personen gut besucht. An zwei langen Tischen, geschmückt mit Maiengrün und Maiglöckchen hatten alle Gäste Platz gefunden. Sie wurden von Kulturreferent Kurt Andreas herzlich begrüßt. Nach Kaffee und Kuchen spielte Lm. Gerhard Schulz auf seinem Schifferklavier „Der Mai ist gekommen“ und alle sangen kräftig mit. Es folgten noch viele Frühlings- und Volkslieder aus Ostpreußen. Zwischendurch wurden lustige Geschichten wie „Die Domnauer und der Kürbis“ zu Gehör gebracht. Dorle Wein erzählte von einem lustigen Zoobesuch und einem Sonntagsbad in Cranz, Lieselotte Schneider vom Frühlingsgeschehen und der Begegnung mit dem Glück. Elfriede Happel trug das Gedicht „Frühling lässt sein blaues Band …“ vor. Ewald Okrafka erinnerte an das große Ostpreußentreffen, das am 28. und 29. Mai in Erfurt stattfand. Kurt Andreas erklärte und übersetzte ostpreußische Begriffe. Mit dem Lied „Es dunkelt schon in der Heide“ endete dieser schöne gemütliche Nachmittag.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Hildesheim – Donnerstag, 9. Juni, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Mitgliederversammlung. Juni-Thema ist „Schule in Ostpreußen“.

Osnabrück – Freitag, 17. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (0211) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 15. Juni, Erkerzimmer der Stadthalle Godesberg: Stammtisch der Gruppe.

Bielefeld – Donnerstag, 16. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt.

Düsseldorf – Mittwoch, 15. Juni bis Montag, 20. Juni: Fahrt in die Altmark. Veranstalter: Hartmut Stelzer, Vorsitzender LM Düsseldorf/Wesel, Telefon (0281) 5755, und (0160) 3885338. – Mittwoch, 15. Juni, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorffsaal/1. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter der Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 16. Juni, GHH/Raum 312/412: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Sonnabend, 18. Juni, 10 Uhr: Wanderung zum OS Museum Hösel „Adel in Schlesien“.

Ennepetal – Donnerstag, 16. Juni, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Heringsstipp und Kartoffeln.

Essen – Freitag, 17. Juni, Gaststätte Sternquelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen: Treffen der Gruppe. Im Juli und August sind Ferien!

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Information bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Donnerstag, 16. Juni, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9: Treffen der Frauengruppe. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

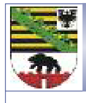
Witten – Montag, 20. Juni, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Ostpreußische Kaffeetafel, Tanz und Musik.



Rheinland-Pfalz

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 22. Juni, 13.30 Uhr, Haltestelle „Botanischer Garten“ (Buslinie 6): Besuch des Botanischen Gartens der Universität Mainz mit Einkehr. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



Sachsen-Anhalt

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Montag, 20. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: Sommerfest.

Magdeburg – Donnerstag, 17. Juni, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises. – Sonntag, 19. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Himmelfahrt und Pfingsten.



Schleswig-Holstein

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

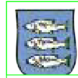
Flensburg – Freitag, 24. Juni, 13.30 Uhr: Ausflug nach Gelting in Angeln, Kaffeerunde im Café Gelting-Mole, Besichtigung St. Katharinenkirche, Rundgang in Hof und Garten von Schloss Gelting.

Mölln – Am Nachmittag des 25. Mai sahen Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen im Quellenhof Mölln einen Multivisions-DVD-Film über die Landschaften Ermland, Oberland und Masuren. Der Film ging am Anfang auf die Geschichte ein und berichtete in seinem Kommentar ausführlich über den Deutschen Ritterorden und zeigte außer der eindrucksvollen Marienburg auch andere Bauwerke des Ordens. Elbing, Allenstein und Frauenburg, wo Copernicus gewirkt hatte, zeigen heute ein anderes Gesicht. Auffallend sind die vielen Kirchen aus deutscher Zeit, so zum Beispiel die Barockkirche Heilige Linde mit ihrem für diese Gegend ungewöhnlichen Baustil. Die Landschaft Masurens mit ihren über 3000 Seen bezauberte durch ihre Schönheit. In Kleinort sahen die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Masuren in Neumünster – Sonnabend, 18. Juni im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster: Ab 10 Uhr sind die fünf Ausstellungsräume des Lötzener Heimatmuseums in der Brachenfelder Straße 23 (unweit Rathaus) geöffnet. Um 15.15 Uhr wird im Veranstaltungsraum die zweite Sonderausstellung dieses Jahres eröffnet, die Fotoausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Es werden über 40 großformatige, unübertrefflich schöne und eindrucksvolle Landschaftsbilder des polnischen Fotografen Mieczyslaw Wieliczko (Allenstein) gezeigt. Diese Ausstellung, die erstmals 2008 im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu sehen war, wird bis Ende Oktober in Neumünster im Lötzener Heimatmuseum bleiben. – Um 16.15 Uhr stellt Ute Eichler auf unterhaltsame Weise ihre Funde von „Bernstein in literarischen Werken des 20. und 21. Jahrhunderts“ vor. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist – wie immer – frei.



MOHRUNGEN

Kreisvertreter: Wolfgang Warnat, Silcherstraße 5, 35415 Pohlheim, Telefon (06403) 6099009, Fax (06403) 6099007, E-Mail: wwarnat39@web.de. Geschäftsführer: Lothar Gräf, Dr-Siekermann-Weg 28, 58256 Ennepetal, Telefon (02333) 5766, (02333) 5570, E-Mail: Lothar.Graef@live.de. MHN-Änderungen: Marlene Wölk, Nachtigallenweg 3, 38820 Halberstadt. Stellvertretende Kreisvertreterin: Gisela Harder, Telefon und Fax (040) 7373220; Ingrid Tkacz, Telefon und Fax (04122) 55079.

Herbert Preuß verstorben. Mit großer Bestürzung haben wir vom Ableben unseres Landsmannes Herbert Preuß (Henryk Pruszkowski) erfahren. Er verstarb am 1. Mai 2011 in Morag (Mohrungen). Im Namen der Kreisgemeinschaft Mohrungen haben wir der Witwe unser Beileid ausgesprochen. Bereits seit 1989/1990 stand er an der Spitze der Deutschen Minderheit in Mohrungen. Später übernahm er dann Arbeiten im Auftrag des Kreistages der Kreisgemeinschaft. Bis zuletzt war er in den Mohrunger Stuben, im „Alten Rathaus“, die der Kreisgemeinschaft von der Stadt Morag zur Verfügung gestellt wurden, tätig. Aber auch schon vorher war er Ansprechpartner der ehemaligen Ostpreußen, die ihre Heimat bereisten. Soweit es ihm möglich war, stand er den Besuchern, aber vor allem auch den Mitgliedern des Kreistages und Kreisausschusses zur Verfügung. Sein Wissen über unsere Heimat wurde von uns gesucht und in Anspruch genommen. Es wird nicht einfach sein, diese Lücke, wenn überhaupt, zu schließen. Wir haben einen Freund verloren. Am Freitag, dem 1. April 2011, hatte ich letztmalig Gelegenheit, ihn an seiner Wirkungsstätte zu besuchen. Wir sprachen zirka zwei Stunden über Mohrungen (Morag) und generell über seine Beziehungen zu den Polen und der Deutschen Minderheit. Er machte insgesamt einen zufriedenen, stabilen Eindruck. Leider waren wir aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage, an seinem Begräbnis teilzunehmen, wofür wir Frau Pruszkowska um Verständnis gebeten haben. Wir werden aber sobald als möglich mit einer Abordnung nach Mohrungen reisen, an seinem Grab seiner gedenken und dort ein Grabgebinde mit Aufschrift niederlegen. Wir empfinden aufrichtige Trauer.

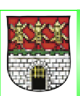
Lothar Gräf



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Der Pfingstheimatbrief Nr. 136 ist inzwischen fertiggestellt und in Druck gegeben worden. Diese Ausgabe enthält neben vielen interessanten Themen auch einen Hinweis auf das diesjährige Heimattreffen am Sonntag, dem 11. September im RuhrCongress Bochum, wozu der Kreisvertreter herzlich einlädt. Alle Landsleute und Freunde der Kreisgemeinschaft, die in der Versandliste erfasst sind, erhalten den Heimatbrief noch vor Pfingsten. Wer den Heimatbrief noch nicht erhält, ihn aber bekommen möchte, teile bitte seine Anschrift dem Schriftleiter Jürgen Kowalek, Bromberger Straße 26, 28816 Stuhr, mit. Ein Exemplar wird dann umgehend zugesandt. Eine größere Anzahl der Weihnachtsausgabe des Heimatbriefes konnte leider auch diesmal nicht zugestellt werden, da sich die Anschriften der Landsleute geändert hatten. Alle Bezieher werden deshalb erneut dringend gebeten, Adressenänderungen und sonstige Personenstandsänderungen sofort dem Mitgliederdatenverwalter Hans-Ulrich Pokraska, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, mitzuteilen. Sie vermeiden dadurch Zustellungsveränderungen und kostenaufwendige Nachforschungen und Nachsendungen.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Karl Lothar Conrad verstorben. Am 15. Mai 2011 verstarb in einem Hospital im fernen Cape Town/Süd-Afrika, nach kurzer, schwerer Krankheit, im stolzen Alter von 93 Jahren, unser Landsmann Karl Lothar Conrad. Conrad wurde am 17. März 1918 im Hause seiner Großeltern, Aschmies und Eva Dumschat, in der Gerberstrasse 5 in Lasdehnen, geboren. In Lasdehnen besuchte er auch die Volksschule und danach die höhere Knaben- und Mädchenschule. In der Lasdehner Kirche wurde Lothar Conrad von Pfarrer Erich Sack konfirmiert. Dort erwachte auch seine Liebe für das Orgel spielen. Mit 16 Jahren reiste Conrad nach Groningen / Holland zu seinen dort weilenden Eltern. Von dort emigrierte die Familie nach Südafrika, wo sie im Januar 1936 ankam. Seit der Zeit hat Conrad stets an seine geliebte ostpreußische Heimat gedacht. Die Kreisgemeinschaft bekam vor knapp zwei Jahren Kontakt zu Conrad und übersandte wunschgemäß die zehn zuletzt herausgegebenen Heimatbriefe nach Südafrika. Conrad muss sie wohl verschlungen haben, wie er berichtete. Sein Interesse für die Heimat lebte nochmals auf und so schrieb er neben seiner Lebensgeschichte auch seine Erinnerungen aus Lasdehnen auf, die wir im Heimatbrief 49/2010 veröffentlichten und dort ab Seite 96 nachgelesen werden können. Die Kreisgemeinschaft Schlossberg wird Lothar Conrad ein ehrendes Andenken bewahren. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Leslie, die, auch an schwerer Krankheit leidend, die letzten Stunden bei ihm weilte.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Ausstellung – Mit der Herausgabe der Broschüre „Es begann in Tilsit“ hat die Stadtgemeinschaft begonnen, über das Leben und Schicksal Tilsiter Juden zu berichten und eine Wissenslücke zu schließen. Diesem Ziel dient auch die Ausstellung „Juden in Tilsit“, die vom 4. – 26. August 2011 im Kieler Rathaus präsentiert wird. Die Ausstellung, die bereits im Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museum gezeigt wurde, gibt wissenswerte Einblicke in die Geschichte der jüdischen Bevölkerung Ostpreußens und ihre Rolle in Wirtschaft und Kultur.

Sommerfreizeit

Seniorenurlaub im Ostheim Bad Pyrmont

Vom 4. bis 18. Juli 2011 bietet das Ostheim wieder die Sommerfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands“ ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfußpfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Die Stadt Bad Pyrmont und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 6. Juli Frauenchor Froher Liederkranz im Kurpark, ab 14. Juli beginnen wieder die Vorstellungen der Pyrmonter Theater Companie auf der Schlossinsel, die in diesem Jahr den „Eingebildeten Kranken“ von Molière zeigen wird, und vom 15. bis 17. Juli findet das Oldtimer Treffen der 18. ADAC-Niedersachsen-Classics im Kurpark statt. Am letzten Abend feiern wird gemeinsam Abschied gefeiert, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Schönster Kurpark Deutschlands

Diese 14-tägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 658 Euro und im Doppelzimmer pro Person 567 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension, die Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluß 20. Juni 2011), bitte nur schriftlich an: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281)9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de *PAZ*

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Gäste das Geburtshaus von Ernst Wiechert, dem Dichter dieser waldreichen Landschaft. Neben vielen anderen Orten gab es auch Bilder von Lyck, der Geburtsstadt von Siegfried Lenz. Dieser umfangreiche Film mit den Bildern aus neuer Zeit war sehr informativ und sehenswert.

Pinneberg – Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr: Reisespiele und Singen. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon (04101) 62667 oder bei Frau Kieselbach, Telefon (04101) 73473. Im Juli und August ist Sommerpause!

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

»Ostpreußen lebt«

Rede des Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat auf der Großkundgebung am 29. Mai in Erfurt

Frau Staatsekretärin, verehrte Abgeordnete aus Bundestag und Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Ostpreußen!

Ich heiße Sie alle auf der Großveranstaltung des Deutschlandtreffens der Ostpreußen in Erfurt sehr herzlich willkommen. Als Vertreterin der Thüringischen Landesregierung begrüße ich Frau Staatssekretärin Dr. Marion Eich-Born; für den Bund der Vertriebenen begrüße ich unsere heutige Festrednerin und Präsidentin des BdV, Erika Steinbach.

Für den Verband der Europäischen Flüchtlinge und Vertriebenen begrüße ich den Generalsekretär und den Präsidenten der Generalversammlung, Dr. Massimiliano Lacota und Wilhelm v. Gottberg. Aus dem Deutschen Bundestag begrüße ich Frau Abgeordnete Antje Tillmann. Aus dem Thüringischen Landtag begrüße ich die Abgeordneten Christina Tasch und Manfred Grob.

Für das Bayerische Sozialministerium begrüße ich Ministerialdirigent Hansel. Ich heiße die Vertreter der befreundeten Landsmannschaften und des BdV in unseren Reihen herzlich willkommen. Als Vertreter der heimatverbliebenen deutschen Landsleute aus Ostpreußen begrüße ich den Präsidenten des Verbandes Deutscher Vereinigungen in Ermland und Masuren, Heinrich Hoch. Als Vertreter der Kirchen begrüße ich den Vorsitzenden der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen, Probst Erhard Wolfram, und die deutschen Seelsorger aus Ostpreußen, Domherr André Schmeier aus Allenstein und Pfarrer Dawid Banach für Treuburg und Goldap.

Leider hat der Oberbürgermeister der Stadt Erfurt auf unsere Einladung nicht reagiert und auch keinen offiziellen Vertreter der Landeshauptstadt Erfurt geschickt.

Ich freue mich deshalb, heute den Vorsitzenden der CDU-Ratsfraktion Erfurt, Michael Panse, begrüßen zu können, der Erfurt auch gestern bei der Kulturpreisverleihung vertreten hat.

Ich begrüße besonders herzlich die Angehörigen der früheren deutschen Wehrmacht. Dies ist mir ein besonderes Anliegen. Deutsche Soldaten haben unter Einsatz ihres Lebens die Flucht hunderttausender Ostpreußen ermöglicht und dafür tausendfach ihr eigenes Leben hingegeben. Deutschland schuldet Ihnen Dank, Ostpreußen steht in Ihrer Schuld. Sie sind uns herzlich willkommen!

Ostpreußen lebt.

Ostpreußen hat im Laufe der Zeit viele Umwälzungen erlebt – und es hat 1945 nicht aufgehört zu bestehen. Ostpreußen ist vielschichtig. Es ist Geschichte, Heimat, Platz unserer Wurzeln, Natur, Lebensfreude, Ort unserer Träume, Wünsche und Sehnsüchte – untrennbar mit unserem Schicksal verbunden.

Wir bekennen uns zu Ostpreußen! Ostpreußen ist uns Erbe und Auftrag. Ostpreußen ist Zukunft!

Wenn ich von „wir“ spreche, spreche ich von den zur Landsmannschaft Ostpreußen zusammengeschlossenen Menschen aus Ostpreußen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen ist von Flüchtlingen und Vertriebenen als Verband von Schicksalsgefährten zur Bündelung von Interessen und Durchsetzung gemeinsamer Ziele gegründet worden. Manches ist erreicht worden, vieles ist auch nicht erreicht worden, wesentliches ist durch Zeitablauf unerreichbar geworden. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird immer der Interessenverband der geflüchteten und vertriebenen Ostpreußen sein und bleiben. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich weiter beharrlich, unvermindert und vom politischen Gegenwind unbeeindruckt für die Rechte der Ostpreußen einsetzen.

Aber die Landsmannschaft Ostpreußen ist mehr. Die Landsmannschaft Ostpreußen ist schon heute ein Verband aller, die sich für Ostpreußen interessieren und einsetzen. Die Landsmannschaft Ostpreußen hat mit der Wahl eines Sprechers, der 19 Jahre nach der Vertreibung geboren ist, dokumentiert, dass sie über die Lebenszeit der Angehörigen der Erlebnisgeneration hinaus existieren und wirken will – und wird.

Wir verstehen uns als Dachverband aller, die sich in die Entwicklung und Zukunft Ostpreußens einbringen wollen. Als konkrete Ziele der Landsmannschaft Ostpreußen sind zunächst zu nennen:

Die Gerechtigkeitslücken für die Angehörigen der Erlebnisgeneration müssen geschlossen werden! Ostpreußen muss als Teil des historischen Deutschlands im Bewusstsein des Deutschen Volkes verankert werden. Die deutsche Kultur Ostpreußens ist zu bewahren und weiter zu entwickeln. Der Bestand der Deutschen Volksgruppe ist zu sichern. Der Zusammenhalt der Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Nachkommen (der sogenannten Bekenntnisgeneration), der an Ostpreußen Interessierten und der Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und die gemeinsame Identität als Ostpreußen müssen gestärkt werden.

Die Entwicklung Ostpreußens als lebenswerte Region Europas – auch für deutsche Bewohner!

Zuvörderst müssen die Gerechtigkeitslücken für die Angehörigen der Erlebnisgeneration geschlossen werden. Das Vertreibungsunrecht mit allen damit zusammenhängenden Fragen ist nicht ansatzweise abschließend geheilt oder in erreichbarer Weise gelindert. Zu nennen sind hier in erster Linie vielschichtige Fragen des Rentenrechts, Entschädigungs- und Eigentumsfragen.

Wichtiger Bestandteil des Aufgabenkanons der Landsmannschaft Ostpreußen ist es, Ostpreußen als Teil des historischen Deutschlands und sein Schicksal im Bewusstsein des Deutschen Volkes zu verankern.

Außer uns tut das niemand.

Ostpreußen ist mehr als 700 Jahre ein ganz oder überwiegend deutsches Land gewesen.

Diese objektiv unbestreitbare, aber dennoch zuweilen von interessierter Seite bezweifelte Tatsache droht in Vergessenheit zu geraten. Das Wissen der mittleren und jüngeren Generation über den Deutschen Osten und seine Geschichte ist erschreckend schwach, was vor allem daran liegt, dass er zielgerichtet totgeschwiegen worden ist und in den Schulbüchern kaum noch vorkommt.

Es ist an uns zu vermitteln, dass die 700-jährige deutsche Kultur Ostpreußens die kulturelle Entwicklung Gesamtdeutschlands nachhaltig geprägt hat. Es sei nur an Copernicus, Kant, Herder, Wiechert erinnert, daran, dass 1525 Ostpreußen das erste Fürstentum Europas mit Evangelischer Religion und Landeskirche war.

Die Abtrennung Ostpreußens und der Deutschen Ostprovinzen insgesamt von Deutschland war ein eindeutiger schwerer Bruch des geltenden Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der betroffenen Bevölkerung.

Die Vertreibung als solche und die damit zusammenhängenden Taten waren unverjährbare und in ihrer Dimension in der Neuzeit einzigartige Verbrechen. Daran ändern auch vorhergehende Verbrechen Deutscher nichts. Die Erinnerung daran und das Wissen darüber verblassen.

Versäumnisse hat es hier auch in den Reihen der Ostpreußen gegeben: Nicht nur, dass es nur wenigen gelungen ist, Kinder und Enkel für die Landsmannschaft zu interessieren und sie in die landsmannschaftliche Arbeit einzubinden; viel schlimmer ist, dass auch dort das schlichte Wissen um die Vergangenheit nicht weitergegeben worden ist. Aber nur wer weiß wo er herkommt, kann verantwortlich bestimmen, wohin er gehen will.

Hier gibt es Nachholbedarf. Wir haben das erkannt!

Es ist nicht damit getan, an das Vergangene zu erinnern. Die ostpreußische Kultur muss weiterentwickelt werden.

Der Bestand der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen ist zu sichern. Diese deutsche Volksgruppe in Ostpreußen ist in mehrfacher Hinsicht Bindeglied. Sie ist Bindeglied zwischen uns Ostpreußen im Bundesgebiet und den Ostpreußen in der Heimat. Sie ist auch Bindeglied zwischen der heutigen polnischen Mehrheitsbevölkerung und den Angehörigen und Nachkommen der früheren deutschen Mehrheitsbevölkerung.

Sie ist unverzichtbar, oder wie es in moderner Formulierung lautet: Alternativlos. Wir werden unsere Landleute in Ostpreußen verstärkt unterstützen, ihre Identität zu bewahren und fortzuentwickeln und gleichzeitig Lebensperspektiven in Ostpreußen zu entwickeln und zu leben.

In unserer Gesellschaft ist zu beklagen, dass Zusammengehörigkeits- und Verantwortungsgefühl, das Für-einander-einstehen-Wollen, gelinde gesagt, abnimmt. Hingegen nimmt die Durchsetzung von Einzelinteressen an Bedeutung zu. Leider gilt das auch für die Ostpreußen. Aber nur gemeinsam sind wir stark. Wir müssen daher [also] den Zusammenhalt der Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Nachkommen und der Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen und unsere gemeinsame Identität als Ostpreußen stärken.

Wir sind nur dann alle Ostpreußen, wenn wir uns als Ostpreußen fühlen und das im täglichen Leben auch zum Ausdruck bringen. Wir müssen und wir werden Ausgrenzungen entgegenwirken, und zwar Ausgrenzungen in beide Richtungen.

Man verliert seine ostpreußische Identität nicht dadurch, dass man in das Bundesgebiet vertrieben worden oder dahin ausgewandert ist, auch nicht dadurch, dass man als Deutscher und als Ostpreuße in der Heimat geblieben ist und dort gemeinsam mit der polnischen Mehrheitsbevölkerung lebt.

Man verliert seine ostpreußische Identität aber, wenn man sich nicht mehr als Ostpreuße fühlt, wenn man das Ostpreußisch-Sein nicht mehr als wesentlich für seine eigene Identität empfindet, wenn man sich mehr als Westdeutscher oder als Pole fühlt denn als Ostpreuße. Das ist der Anfang vom Ende!

Meine Damen und Herren, das Gesetz stellt für die [gesetzliche] Eigenschaft der „Deutschen Volkszugehörigkeit“ in erster Linie auf das Bekenntnis und erst in zweiter Linie auf das Bekenntnis bestätigende objektive Tatsachen ab. So müssen wir es mit unserem „Ostpreuße-Sein“ auch halten: Wesentlich ist das aus dem Willen fließende Bekenntnis zur Zugehörigkeit zur [deutsch-]ostpreußischen Volksgruppe! Wesentlich ist dabei nicht das, was uns trennt, sondern was uns eint!

Ostpreußen ist – jedenfalls soweit es die zur EU gehörenden Teile betrifft – Teil des lebendigen Europa. Die Angleichung an die europäischen Lebensverhältnisse ist in atemberaubendem Tempo abgeschlossen worden.

Ostpreußen ist wieder eine lebenswerte Region.


Am Rednerpult: Stephan Grigat Bild: PAZ/Höge

In einer Zeit, in der Freizügigkeit innerhalb EU-Europas selbstverständlich ist, wächst auch der Grad der Verflechtungen zwischen dem Bundesgebiet und Ostpreußen. Ostpreußen ist verstärkt auch für junge Menschen als Lebensmittelpunkt eine interessante Region.

Lassen Sie uns darüber sprechen, wie wir unsere eben skizzierten Ziele erreichen und verwirklichen wollen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich ungebrochen für die Ostpreußen, die der Erlebnisgeneration angehören, einsetzen. Insbesondere ist im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Wahrnehmung das Bewusstsein für die Sonderopfer-Rolle der vertriebenen Ostdeutschen zu schaffen.

Die Vertreibung wird häufig mit den in deutschem Namen begangenen Verbrechen des NS-Regimes begründet, gerechtfertigt oder entschuldigt. Abgesehen davon, dass das Verbrechen der Vertreibung weder zu rechtfertigen noch zu entschuldigen ist, ist offenkundig, dass die Ostpreußen in Königsberg, Gumbinnen oder Allenstein nicht mehr Schuld an NS-Herrschaft und Krieg hatten als die Westfalen in Münster, die Bayern in Augsburg oder die Thüringer in Erfurt.

Sie haben aber in unvergleichlich größerem Maß an den Folgen und im Verhältnis zum übrigen Deutschland unendlich viel mehr gelitten. Deutschland hat insgesamt etwa neun Prozent seiner Bevölkerung infolge des Zweiten Weltkrieges verloren, Ostpreußen 25 Prozent.

Plünderungen, Vergewaltigungen und Ermordung von Flüchtlingen und Überrollten kamen in nennenswertem Umfang nur in den deutschen Ostgebieten vor. Es ist bezeichnend, dass Bundesaußenminister Westerwelle diese Woche in Königsberg die gefallenen Eroberer der Roten Armee ehrte, die nach zehntausenden zählenden deutschen Opfer Königsbergs im Jahr 1945 aber unerwähnt und unbeachtet lässt. Ich halte das für einen beschämenden Auswuchs.

Diese Tatsachen müssen in Gedächtnis und Bewusstsein unseres Volkers zurückgebracht werden. Es ist traurig, dass offensichtlich selbst einzelne Mitglieder der Bundesregierung Nachhilfe zu benötigen scheinen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich dafür einsetzen, dass die Eigentumsfrage in zufriedenstellender Form gelöst werden kann. Die bisherige Herangehensweise, den vertriebenen Deutschen nichts zu geben, vielmehr jeglichen Anspruch als nicht existent, unbegründet, ja friedensgefährdend hinzustellen, muss ein Ende haben.

Der Ehrlichkeit halber wird man aber feststellen müssen, dass dies im Wesentlichen innerstaatliche Fragen sind. Unser Gegenüber in dieser Frage ist die deutsche Bundesregierung! Denn einerseits ist versäumt worden, zum gebotenen Zeitpunkt die Rechte Deutscher Bürger gegenüber den Vertragspartnern des Zwei-plus-vier-Vertrages sowie Polen, Litauen und Russland einzubringen. Nunmehr dürfen die Nachbarn des wiedervereinigten Deutschlands mit guten Argumenten davon ausgehen, dass diese Fragen zwischenstaatlich nicht mehr aufgeworfen werden und damit als abgeschlossen zu betrachten sind. Und andererseits kann man nicht erwarten, von fremden Staaten mehr zu erhalten, als die Deutsche Regierung selbst in Mitteldeutschland zu geben bereit gewesen ist.

Wir werden es nicht länger hinnehmen, dass die Bundesregierung den enteigneten Vertriebenen gegenüber auf die Vertreiberstaaten hinweist beziehungsweise sogar an diese verweist, selbst aber diesen gegenüber entweder erklärt, es gebe keine Ansprüche (so Schröder) oder die Thematik nicht anspricht, wenn es geboten ist, wie insbesondere beim Abschluss mehrseitiger internationaler Verträge wie dem Zwei-plus-vier-Vertrag und den EU-Verträgen.

Die Regierungen Osteuropas haben nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen die Lage so vorgefunden, wie sie ist. Sie können mit erheblicher Berechtigung sagen, dass einerseits die Deutschen ihre Bodenreform-Opfer auch nicht entschädigt und andererseits bei zwischenstaatlichen Verträgen, zuletzt beim EU-Beitritt, diese Frage nicht angesprochen und damit den Rechtsschein der endgültigen Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse gesetzt haben. Hieran wird man sich festhalten lassen müssen. Die Bundesregierungen haben das Thema in Kenntnis der Zusammenhänge auf die osteuropäischen Staaten geschoben, um den deutschen Staatssäckel zu schonen.

Ein weiterer Effekt dieser Politik war, dass ein Stachel zwischen die Vertriebenen und die Nachkriegsbevölkerung in der Heimat gelegt und die Vertriebenen zum Störenfried gestempelt und in die Ecke gestellt werden konnten.

Wir werden den Finger in die Wunde zu legen wissen!

Und wir werden es nicht mehr zulassen, dass wir und die heutige Mehrheitsbevölkerung Ostpreußens gegeneinander in Stellung gebracht werden.

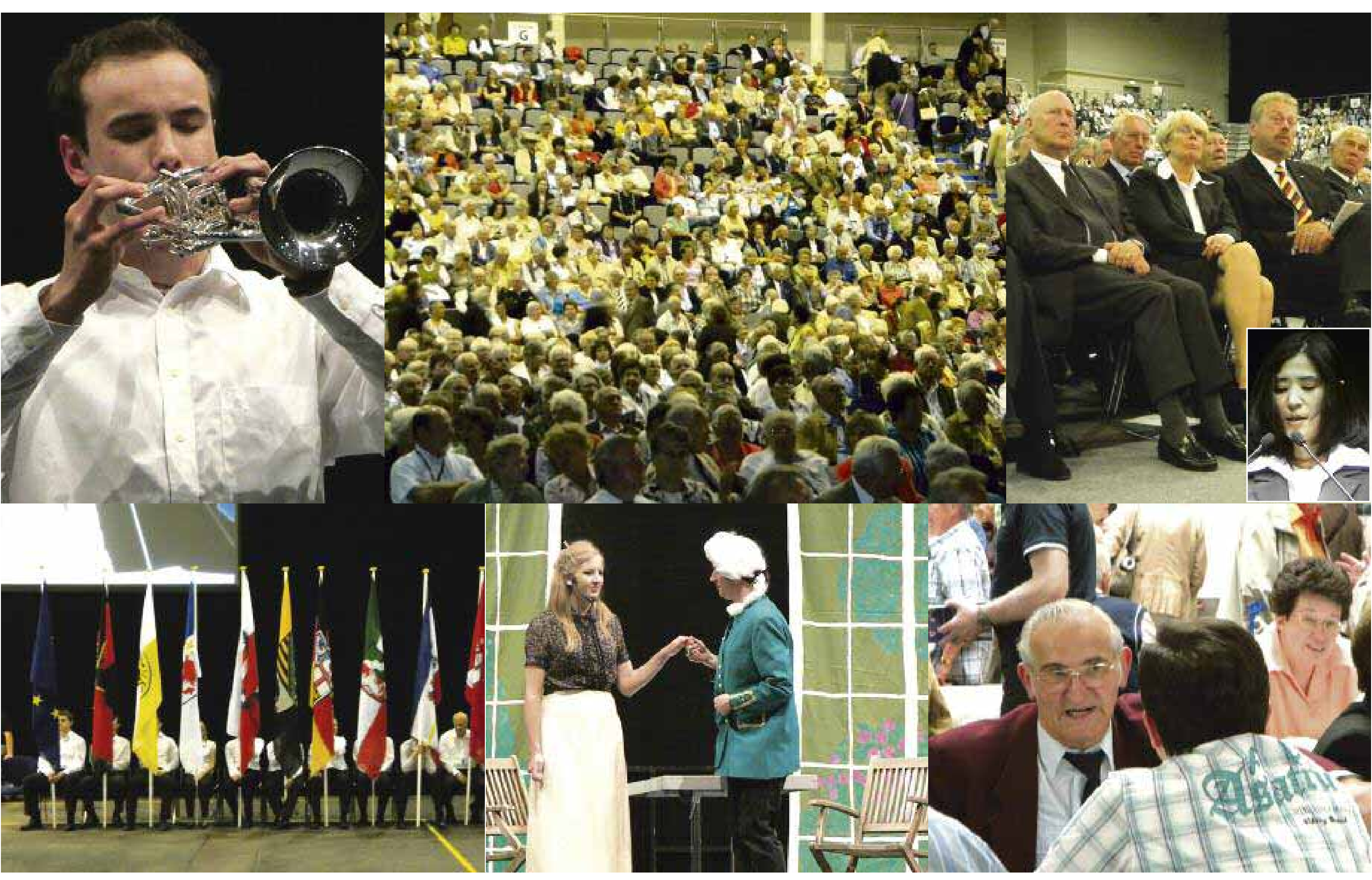
Die heutigen Bewohner Ostpreußens in zweiter und dritter Generation haben die Situation nicht herbeigeführt oder zu verantworten. Sie sind dort überwiegend schon hineingeboren worden.

Wir haben gute Beziehungen zu den Menschen in Ostpreußen, bei denen wir für unsere Anliegen häufig mehr Verständnis finden als bei Bundesbürgern. Diese Beziehungen, Bindungen und Freundschaften werden wir pflegen und weiterentwickeln.

Rede des Sprechers
Fortsetzung auf Seite 19

Impressionen vom Deutschlandtreffen

Festreden, Musik, kulturelle Veranstaltungen, kunsthandwerkliche Ausstellungen – ein buntes Programm bot für jeden etwas



Rede des Sprechers

Fortsetzung von Seite 18

Wir werden uns nicht länger als Schreckgespenst der Ursache einer neuen Vertreibung hinstellen lassen.

Eine realistische Lösungsmöglichkeit für die Erlebnisgeneration wäre die Schaffung von besonderen Rentenansprüchen für Vertreibungsopfer. In diesen Zusammenhang gehören auch andere Rentenfragen. Es macht nämlich einen Unterschied, ob Sie Ostdeutscher sind oder nicht, wenn Sie Ihre Rente im Ausland genießen wollen: Für rentenversicherungsrechtliche Zeiten, die vor 1945 im Reichsgebiet östlich von Oder und Neiße zurückgelegt worden sind, erhalten Sie heute Rente nur innerhalb der EU. Für rentenversicherungsrechtliche Zeiten, die vor 1945 vollständig im heutigen Bundesgebiet erarbeitet worden sind, erhalten Sie hingegen eine Rente, die Sie in aller Welt genießen können? Ist das gerecht? Natürlich ist das höchst ungerecht, aber es ist Gesetz!

Es gibt Opfer von Zwangsarbeit, die dafür Rente erhalten. Es gibt Opfer von Zwangsarbeit, die keine Rente dafür erhalten. Diejenigen, die Rente bekommen, sind Deutsche, die von Stalin verschleppt und in Russland oder Sibirien Zwangsarbeit verrichten mussten. Wir werden uns für Gerechtigkeit, für eine Rente auch für Deutsche Zwangsarbeiter einsetzen.

Diejenigen, die keine Rente bekommen, sind Deutsche, die von Stalin verschleppt und in Russland oder Sibirien Zwangsarbeit verrichten mussten. Wir werden uns für Gerechtigkeit, für eine Rente auch für Deutsche Zwangsarbeiter einsetzen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen hat bereits viel für die Verankerung Ostpreußens im Gedächtnis der Leute getan. Sie hat die Ostpreußische Kulturstiftung OKS gegründet. Deren Einrichtungen, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, sind die Eckpfeiler der Bewahrung des historischen Ostpreußens im Bewusstsein des Deutschen Volkes und der Welt. Diese Einrichtungen dienen nicht den Eigeninteressen der Landsmannschaft Ostpreußen oder der Ostpreußen, sondern der Einbindung des geschichtlichen Ostpreußens in das Gedächtnis und Bewusstsein des Deutschen Volkes und der Welt.

Der Bestand und der Ausbau beider Einrichtungen gehören zum Kernbestand Ostpreußens. Die satzungsmäßige Mitwirkung des Bundes und der Länder Bayern und Niedersachsen darf nicht nachlassen. Die Erhaltung des Kulturgutes der deutschen Ostprovinzen ist vor allem auch staatliche Aufgabe, niedergelegt in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) und im Interesse des ganzen deutschen Volkes. Die staatlichen Stellen daran zu erinnern und zur stetigen Mitwirkung zu bewegen ist unsere Aufgabe.

Dieser Aufgabe stellen wir uns in stetiger Anstrengung und in vielen Gesprächen. Unser Patenland Bayern kommt dieser Verpflichtung in beispielhafter Weise nach. Ich bitte Sie, Herr Hansel, der bayerischen Staatsregierung den besonderen Dank der Ostpreußen auszurichten.

Wer schreibt, bleibt.

Erlebnisberichte von Zeitzeugen werden uns in absehbarer Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen. Was in gedruckter Auflage erschienen oder in Internetportalen veröffentlichet ist, ist nicht mehr von der Welt zu tilgen.

Die Landsmannschaft Ostpreußen und ihre Untergliederungen werden der Nachwelt auf diese Weise das Wissen über Ostpreußen erhalten und zugänglich machen. Neben vielen Büchern und unserem großen Internet-Ostpreußen-Portal möchte ich an dieser Stelle das von der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufene Bildarchiv Ostpreußen nennen, das in einzigartiger Weise mehrere zehntausend und täglich mehr werdende Bilder des historischen Ostpreußens zusammengestellt hat und auf Dauer der ganzen Welt zugänglich macht.

Wir haben gestern der Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises und des Gierschke-Dornburg-Preises beiwohnen dürfen. Solche Preise sind wichtige Stützpfeiler der Fortentwicklung ostpreußischer Kultur. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten.

Die Forderung nach einem Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung ist keine neue Forderung, gleichwohl eine richtige und notwendige.

Wir werden nachdrücklich an dieser Forderung festhalten.

Die Liste der staatlichen Gedenktage in Deutschland ist lang. Es gibt zum Beispiel den 27. Januar: Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, 8. Mai: Tag der Befreiung – Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, 10. Mai: Tag des freien Buches, 23. Mai: Tag des Grundgesetzes, 17. Juni: Nationaler Gedenktag in Deutschland zum Aufstand des 17. Juni, 20. Juli: Fehlgeschlagenes Attentat auf Adolf Hitler 1944, 28. August: Tag der Russlanddeutschen, 6. Oktober: deutsch-amerikanischer Tag, 19. Dezember: Gedenktag für die ermordeten Sinti und Roma. Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nur für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung gibt es keinen staatlichen Gedenktag. Ein zentrales Denkmal übrigens auch nicht!

Zur Zeit befindet sich ein Antrag auf Einrichtung eines solchen Gedenktages in den parlamentarischen Beratungen des Deutschen Bundestages. Wir bitten die anwesenden Mitglieder des Deutschen Bundestages, sich weiter für ein positives Ergebnis einzusetzen.

Kernaufgabe landsmannschaftlicher Arbeit ist die Fortentwicklung der staatlichen Bundesstiftung Flucht Vertreibung Versöhnung. Am Zustandekommen dieser Stiftung und an der Mitwirkungsmöglichkeit der Vertriebenenverbände in ihr kommt der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, das Hauptverdienst zu. Nicht nur die Ostpreußen, nicht nur die Vertriebenen, nein, ganz Deutschland schuldet Ihnen, Frau Steinbach, für diese Leistung Dank und Anerkennung. Wenngleich das die veröffentlichte Meinung noch nicht erkannt hat, die Ostpreußen haben es – ich sage Ihnen an dieser Stelle namens der Ostpreußen herzlichen Dank!

Ich weiß, dass es zuweilen harsch geäußerte Kritik an der Stiftung gibt. Dabei gibt es zweierlei zu bedenken: Erstens befinden sich Konzeption und Aufbau der Ausstellung noch im Entstehen; wir werden diesen Prozess konstruktiv begleiten. Am Ende wird es ein Ergebnis geben. Dieses Ergebnis wird dann zu bewerten sein.

Zweitens ist diese Stiftung in jedem Fall das nachhaltigste, was wir kommenden Generationen zu diesem Themenkomplex mit auf den Weg geben können. Wir dürfen und werden diese Chance nicht vertun.

Die Landsmannschaft Ostpreußen wird sich in stärkerem Maße als bisher den Angehörigen der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen zuwenden.

Ziel muss, wo möglich und gewünscht, eine Schul- und Berufsausbildung in deutscher Sprache sein. Ziel muss weiter sein, auch der nachwachsenden Generation übergreifend – ob aus Ostpreußen oder aus dem Bundesgebiet – eine Lebensperspektive in Ostpreußen zu geben. Leben und arbeiten für Deutsche in Ostpreußen – innerhalb EU-Europas eine theoretische Selbstverständlichkeit – muss auch praktische Realität, Selbstverständlichkeit werden.

Besonderes Augenmerk verdient die organisatorische Struktur der landsmannschaftlichen Arbeit in Ostpreußen. Wiederholt hat es gewisse Verwerfungen gegeben. Die Landsmannschaft Ostpreußen möchte sich auch insoweit mehr einbringen als bisher.

Die Strukturen der Deutschen in Ostpreußen sind vielschichtig, unsere Verbindungen in Ostpreußen müssen es auch sein. Auch zu diesem Zweck eröffnen wir nächste Woche unser Verbindungsbüro in Allenstein, und zwar direkt unterhalb der Burg.

Ostpreußen lebt und entwickelt sich weiter. Wir wollen an seiner Entwicklung mitwirken und teilhaben! Wir wollen und werden den Anschluss behalten, wir wollen und werden uns in der Heimatprovinz engagieren und mitgestalten.

Dazu bedarf es der Zusammenarbeit mit dem heutigen Ostpreußen, denn ohne oder gar gegen die heutige Mehrheitsbevölkerung ist kein sinnvolles Arbeiten möglich. Und diese Zusammenarbeit ist nicht nur möglich, sie ist beiderseitig gewünscht!

Denn Ostpreußen ist in seinen EU-Teilen heute zwar ein Land, das von seiner Ur-Bevölkerung getrennt, aber ansonsten frei ist.

Die Vertreter der heutigen Mehrheitsbevölkerung suchen Kontakte zur angestammten Bevölkerung, die sie brauchen, wenn sie Bezüge zu Geschichte und Kultur der jetzt von ihnen bewohnten Landstriche entwickeln wollen. Nur die wenigsten heute dort lebenden Menschen haben einen Großelternteil, der dort schon gelebt hat. Ohne uns gibt es keinen Zugang zur Vergangenheit Ostpreußens – und die Menschen wissen das.

Beide Seiten sind bei verständiger Würdigung auf Zusammenarbeit angewiesen. Wir werden diese Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe, suchen, pflegen und ausbauen. Die meisten Kreisgemeinschaften haben bereits gute und belastbare Beziehungen zu den heutigen Behörden aufgebaut. Darauf kann aufgebaut werden. Auch auf höheren Ebenen sind vielversprechende Anfänge gemacht worden.

Ein erfolgreiches Konzept sind unsere Kommunalpolitischen Kongresse. Diese Reihe wird am ersten Oktoberwochenende mit dem 8. Kongress in Allenstein fortgesetzt. In Zukunft werden wir zu noch mehr gemeinsamen Projekten kommen müssen. Wir werden die Träger Ostpreußischer Kultur fördern. Ein Beispiel dafür, wie man das macht, ist der gestern an Herrn Papendick verliehene ostpreußische Kulturpreis.

Wir werden auch viele andere kleine Kulturprojekte in Ostpreußen und im Bundesgebiet fördern. Und wir werden weiter kulturelle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten an die nächste Generation weitergeben – beispielsweise im Rahmen von Werkwochen. Die ostpreußische Kultur und Tradition, die in uns und durch uns lebt, erinnert täglich aufs Neue daran:

Bedenke, Ostpreußen, dass Du nicht sterblich bist.

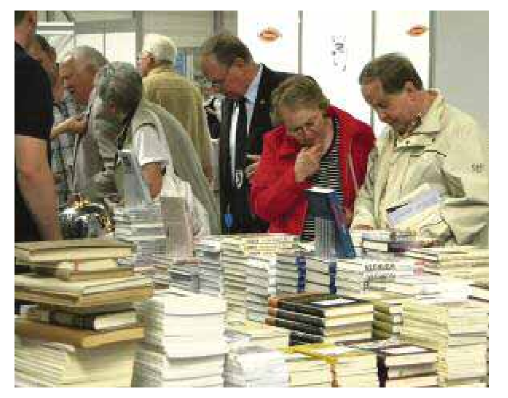
Wiedersehen macht Freude

Beim Plachandern, Schabbern und Informationsaustausch an Ständen und Tischen trafen sich Freunde und Bekannte

Beim diesjährigen Deutschlandtreffen der Ostpreußen am Wochenende 28./29. Mai in Erfurt hatten die Teilnehmer, die aus allen Teilen der Bundesrepublik und zum Teil auch aus Übersee angereist waren, nicht nur in den Messehallen Gelegenheit, Schönes und Traditionelles zu entdecken und zu betrachten, denn auch die Stadt Erfurt hatte neben historischen Gebäuden wie dem Dom, dem Orgelkonzert in der St. Severikirche, der Citadelle Peterberg, der Krämerbrücke viel Kulturelles zu bieten. Viele Teilnehmer schlossen sich zu Reisegruppen zusammen, die das Deutschlandtreffen zum Anlass zu einer Studienreise nach Thüringen nahmen.







An beiden Tagen des Treffens waren die Hallen gut besucht. Bei der Großkundgebung am Sonntag musste sogar die Bestuhlung aufgestockt werden. Für Stephan Grigat war es eine Premiere: Zum ersten Mal sprach der im November vergangenen Jahres neu gewählte Sprecher auf einem Deutschlandtreffen. Er erhielt begeisterten Beifall wie auch die Rede der BdV-Präsidentin Erika Steinbach.
Die Aussteller in Halle 2 lockten zahlreiche Besucher an, die in den Programm-Pausen an die Stände der Aussteller strömten. Wie bei jedem Deutschlandtreffen zogen besonders Bücher und Bernstein viele in ihren Bann. Außergewöhnliche Gegenstände aus Bernstein wie ein handgefertigtes Schachspiel oder Tierfiguren, die aus größeren Steinen gefertigt worden waren, erweckten Interesse und Staunen beim Betrachter. Daneben nutzte jeder Besucher die Gelegenheit zu Gesprächen, entweder an den Tischen und Ständen der Kreisgemeinschaften oder mit den Mitarbeitern der *PAZ*, von Museen und Vereinen. Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung!









Wo das Einhorn auf den Teddy trifft

Bei einem Besuch im Steiff-Museum und in der Teddybärklinik begegnet man Kinderträumen

Seit Jahrzehnten begeistern sich nicht nur Kinder an den plüschigen Tieren mit dem Knopf im Ohr. Ein Besuch im Steiff-Museum entführt in ihre wunderbare Welt.

Es ist früh am Morgen, und die Bürgersteige in Giengen, der kleinen Stadt an der Brenz, sind noch hochgeklappt. Links und rechts der Hauptstraße schmiegt sich ein üppig mit Blumen geschmücktes Fachwerkhaus an das nächste. Eine fast biedermeierliche Idylle, in der die Zeit stehen geblieben zu sein scheint. Hier wurde 1847 Margarete Steiff geboren, die mit ihren kuscheligen Stofftieren einst Weltruhm erlangte. Doch das Kultobjekt ist bis auf den heutigen Tag der Teddybär.

Um Punkt 10 Uhr heißt es: Hereinspaziert in die märchenhafte Welt der Margarete Steiff. Der moderne Rundbau des Museums

> Das Museum ist bis zum Rand gefüllt mit Kuscheltieren

am Fuße der Altstadt ist fast bis zum Dach angefüllt mit Steifftieren aller Art und Couleur. Im Eingangsbereich begrüßt ein riesiger Braunbär – Schulterhöhe zwei Meter plus – die Besucher. Er ist so lebensecht, dass Kinder nicht selten einen Schreck bekommen. Doch sie beruhigen sich sofort beim Anblick der Affen, Giraffen, Elefanten und anderer Kreaturen, die sich gleich nebenan inmitten leuchtender Frühlingsblumen und seidener Schmetterlinge tummeln.

Die weitläufigen Ausstellungsräume gleichen einer Arche Noah, in der so ziemlich alles versammelt ist, was die Schöpfung jemals hervorgebracht hat. Selbst ein Exemplar des fabelhaften Einhorns ist hier vertreten. Sein Horn sieht zwar spitz und gefährlich aus, erweist sich beim Anfassen jedoch als ganz weich, ebenso wie die langen Krallen der Bären. Zum Verlieben sind die Schaukeltiere! Wer bekäme da nicht Lust, sich auf den Rücken eines Elefanten oder Tigers zu schwingen und auf den Kufen durch die imaginäre Welt des Dschungels zu schaukeln.

Steifftiere sind unverwechselbar. Der Natur täuschend ähnlich nachgebildet und aus bestem Material immer noch von Hand hergestellt, ist jedes ein Unikat.



Teddybärklinik: Hier werden Wünsche erfüllt und Kuscheltiere repariert. Bilder: Buhr

Deshalb lieben Kinder diese Kuscheltiere und ziehen sie anderen Produkten auch dann noch vor, wenn das Original schon x-mal durch die Waschmaschine gegangen und somit bereits recht fadenscheinig geworden ist. Doch was geschieht, wenn Teddy sein rechtes Auge oder gar ein Ohr verloren hat? Keine Panik. Es gibt Abhilfe. Denn die Teddybärklinik im Nachbarhaus repariert den Schaden in kürzester Zeit.

Der Rundgang durch das Museum – drei Ebenen mit einer Ausstellungsfläche von insgesamt 2400 Quadratmetern – beginnt mit der Einführung in die Geschichte der Firma Steiff. Der Besucher erfährt zunächst von den bescheidenen Anfängen des Unternehmens. Eine sanfte Stimme führt ihn durch die gemütliche Nähstube der Margarete Steiff, in der sich wie von magischer Hand berührt Schränke und Kästen öffnen, begleitet vom monotonen Geklapper einer Nähmaschine.

Die Karriere der durch eine Polioerkrankung halbseitig gelähmten jungen Frau begann mit der Herstellung von Nadelkissen in Form des „Elefäntle“. Auf dem Fuße folgte Meister Petz, durch den das zarte Fräulein sich zu einer wahrhaft „bärenstarken“ Persönlichkeit verwandelte und bald weltberühmt wurde. Und schon ist man mittendrin in einer atemberaubenden Geschichte.

Mit dem Lift gelangt der Besucher in luftige Höhen. Dort trifft er auf den Bären Knopf und seine Freundin Frieda, die von einer Wolke aus die Erde inspizieren. Sie sind gerade auf der Suche nach 3000 Steiff-Bären, die bei einem Schiffsunglück auf hoher See verloren gingen. Das Publikum ist aufgerufen, sich an der detektivischen Suche zu beteiligen. Der Erfolg bleibt nicht aus. Denn schließlich findet man die Teddys vollzählig und wohlbehalten auf allen fünf Kontinenten wieder. Darin steckt eine Botschaft: Die Steiff-Bären haben die Herzen der Menschen auf der ganzen Welt erobert und wissen daher nach einer geglückten Rettung aus der Seenot, wohin sie gehören.

Nach dieser Erkenntnis wartet ein weiteres Abenteuer auf Jung und Alt. Der mit 2000 Ausstellungsstücken größte Kuschelzoo der Welt will besichtigt und ausprobiert werden. Im Gegensatz zu den meisten Museen heißt es hier statt „Berühren verboten“ „Bitte alles anfassen!“ Da sitzen sogar Erwachsene auf dem Rücken eines festlich geschmückten Indischen Elefanten, zupfen kleine Jungen an den langen Ohren von Meister Lampe. Ein paar Schritte weiter kann der Besucher einer Näherin bei der Herstellung eines Teddys über die Schulter blicken, können Kinder sich aus zugeschnittenen Teilen ihr eigenes Kuscheltier erschaffen.

In der Teddybärklinik herrscht Hochbetrieb. Frau Beck, eine würdige Nachfolgerin von Margarate Steiff, „operiert“ gerade einen stark lädierten Bären, den ein besorgter Vater aus Boston per Luftpost geschickt hat. Kein Thema. Teddy bekommt eine neue Füllung und der abgerissene linke Arm wird von Expertenhand wieder angenäht.

Auch maßgeschneiderte Bestellungen werden von der Firma Steiff umgehend erledigt. Ein Ehepaar in Schweden will seinem Sohn zum Schulanfang einen Teddy im Matrosenanzug mit bunter Schultüte schenken. Nichts leichter als das. Auftrag ausgeführt, Teddy gut verpackt und ab geht die Post in Richtung Göteborg. Steiff macht Kinder in aller Welt glücklich. Und das schon seit 125 Jahren.

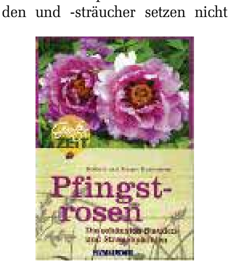
Uta Buhr

Das Steiff-Museum, Margarete-Steiff-Platz 1, Giengen, ist von April bis Oktober täglich von 9.30 Uhr bis 19 Uhr, November bis März von 10 Uhr bis 18 Uhr geöffnet, Eintritt 8/5 Euro.

In Kürze

Prächtige Pfingstrosen

Sie sind traditionsreich und modern, stehen in der Staudenrabatte, im Stein- oder im Bambusgarten und sind herrliche Schnittblumen: die Pfingstrosen oder Päonien. Sie zählen zu den ältesten Kulturpflanzen, die der Gärtner kennt. Als imposante Blütenstauden und -sträucher setzen nicht



nur die unzähligen Sorten, sondern auch die Wildarten ab dem späten Frühjahr im Garten ihre Akzente. Dabei sind sie vergleichsweise pflegeleichte und ausgesprochen langlebige Gartenpflanzen. Einen Standortwechsel verzeihen sie allerdings nicht so schnell. Es dauert dann mit der Blüte wieder einige Jahre. Sehr zur Enttäuschung der Hobbygärtner. Ein Ratgeber von Barbara und Jürgen Knickmann vermittelt Wissenswertes zu Standort, Pflege, Pflanzenschutz und Nachbarpflanzen. Erstaunlich, wie viele verschiedene Sorten von Pfingstrosen es gibt – altbewährte aber auch neu entwickelte. Auch gehen die Autoren der Frage nach, woher Pfingstrosen ursprünglich stammen, und schildern kenntnisreich die über 2000 Jahre währende Zuchtgeschichte sowie die botanischen Grundlagen.

os

***Barbara und Jürgen Knickmann: „Pfingstrosen – Die schönsten Stauden- und Strauchpäonien“**, Cadmos Verlag, Schwarzenbek 2011, 80 Seiten, farbige Abbildungen, broschiert, 10,95 Euro*

Therapeuten mit Kamm und Schere

Friseure wissen oft viel mehr über den Kunden als der Ehepartner – Vornehmlich ältere Kunden klagen ihnen ihr Leid

Noch bevor der Ehemann erfährt, dass seine Frau sich scheiden lassen will, weiß es oft schon der Friseur. Bei Liebeskummer, beruflichen Schwierigkeiten oder anderen Problemen sind sie fast immer involviert, die Therapeuten mit Kamm und Schere.

Martina Heel kennt von vielen ihrer Kunden die persönlichen Sorgen, hört zu, muntert auf. Die Friseurin färbt, legt und schneidet seit mehr als 35 Jahren Haare. Im vorletzten Jahr übernahm sie einen Salon im Hamburger Stadtteil Winterhude. 70 Stammkunden hat sie hier mittlerweile. „Pro Tag sind es immer so zehn Leute, die zu mir kommen“, sagt die 48-Jährige. „Man erfährt sehr viel aus dem Leben der Kunden, während man schneidet oder wickelt.“ Jedoch redet Heel nicht darüber. „Diese Geheimnisse bleiben im Salon“, sagt sie. Auf die Frage, ob es wahr ist, dass der Friseur oft mehr weiß als der eigene Partner oder die eigene Partnerin, antwortet sie: „Ja, das stimmt“, und lacht dabei.

Schweigepflicht gilt auch für Angelika Dietz, die mit im „Salon Heel“ arbeitet: „Ich weiß zum Beispiel, welcher Ehemann nie aufräumt“, sagt die 57-Jährige. Über Themen wie Geld und Partnerschaft unterhält sie sich aber nur mit Kunden, die sie schon lange kennt. Mit denen, die sie das erste Mal vor sich sitzen hat, spricht sie „über banale Dinge wie Urlaub und das Wetter“.

Die Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte, dass knapp 80 Prozent aller Kunden ihrem Salon treu sind. Manfred Schmidt ist einer von ihnen: „Der Friseur muss für jeden Kunden den individuellen Stil finden“, sagt er, „er muss auf ihn eingehen können.“ Wenn er im „Salon Heel“ Platz nimmt, unterhält er sich gerne über aktuelle Themen. „Ich finde es gut, wenn ich mich über die Finanzkrise oder die Sportergebnisse austauschen kann.“

Insbesondere zu ihren älteren Kunden haben Friseure ein sehr persönliches Verhältnis. Oftmals erzählen die ihrem Friseur, was nicht einmal die Ehepartner oder engsten Familienmitglieder erfahren. Welche Dinge dem Friseur tatsächlich anvertraut werden und wie eng deren Verhältnis zu ihren Kunden ist, haben jetzt amerikanische Forscher untersucht. Hierzu befragten sie die Inhaber und Mitarbeiter von 40 Friseursalons aus der Umgebung der Universitätsstadt Columbus. Es zeigte sich, dass viele Kunden in der Altersgruppe über 60 Jahre ihren Friseur wie einen nahestehenden Menschen betrachten. Mehr als 80 Prozent der Befragten gaben an, dass ihre älteren Kunden ihnen tatsächlich sehr persönliche Probleme offenbaren und 85 Prozent der Befragten meinten, dass ihr Verhältnis zu den Kunden „eng“ oder „sehr eng“ sei. Die Familie und Gesundheitsthemen waren nach Auskunft der Befragten die vorherrschenden Themen der alten Menschen.

„Der Friseur hat den großen Vorteil, bemerken zu können, wenn seine älteren Kunden beginnen, an Depressionen oder Demenz zu leiden, oder sich selbst stark vernachlässigen“, sagt Keith Anderson von der Ohio State University. „Ohne allzu viel jenseits von deren Arbeitsfeld erwarten zu wollen, könnten wir ihnen dennoch zeigen, wie sie mit älteren Menschen sprechen sollten, wenn diese die Hilfe von sozialen Diensten in Anspruch nehmen müssten“, meint Anderson.

Etwa die Hälfte der Befragten gab an, gerne an einem Lehrgang teilnehmen zu wollen, der sie mit den verschiedenen psychosozialen Einrichtungen und Therapiemöglichkeiten vertraut machen würde. So könnten sie Kunden, die offensichtlich Hilfe benötigen, an solche Einrichtungen verweisen.

Die Idee kommt auch im „Salon Heel“ an. Die Inhaberin weiß um die manchmal desolate psychische Situation der älteren Leute, die zu ihr kommen, insbesondere die der Alleinstehenden: „Mir fällt immer häufiger auf, dass diejenigen, die keinen Partner mehr haben, unter ihrer Einsamkeit leiden. Die Kinder sind oftmals weit weg und können sich nicht kümmern, Freunde oder Verwandte sind teilweise auch nicht mehr so fit. Wem soll denn da auffallen, wenn die älteren Menschen Hilfe brauchen?“, meint sie.

Heel selbst bezeichnet sich als eine „leidenschaftliche Friseurin“, die in ihrem Beruf aufgeht. Dass sie jetzt auch immer mehr soziale Funktion hat, macht die Tätigkeit um einiges interessanter, aber auch schwieriger: „Man muss aufpassen, dass man nicht zu viel mit nach Hause nimmt, wenn man jemanden lange kennt und ein persönliches Verhältnis aufgebaut hat“, gibt sie zu bedenken. Die

> Immer ein offenes Ohr für die Kunden

Idee, die derzeit in Ohio verfolgt wird, findet sie gut. Und auch Mitarbeiterin Dietz kann sich vorstellen, entsprechende Hilfestellung zu geben: „Wenn ich weiß, wohin man sich mit bestimmten Problemen wenden kann, gebe ich das gerne an die Kunden weiter.“ Dennoch immer für ihre Kunden ein offenes Ohr zu haben ist für sie selbstverständlich: „Wir sind Therapeuten mit Kamm und Schere“, sagt sie augenzwinkernd.

Corinna Weinert



Im Friseursalon: Mehr als nur verwöhnen lassen Bild: Friday-Fotolia



Nächte ohne Bomben

Familienrundbrief im Krieg

Eine „Bolona“, eine bombenlose Nacht, wünschten sich die Deutschen angesichts der andauernden alliierten Luftangriffe, wenn sie sich während des Zweiten Weltkrieges schrieben oder auseinandergingen. Nichts anderes, als verschont zu bleiben, wünschten sich auch die Familienmitglieder des in Kiel stationierten Admiralarztes Heinrich Nöldeke (1896–1955). In seiner Familie herrscht bis heute ein besonderer Zusammenhalt, der durch einen als Verein eingetragenen Familienbund seinen besonderen Ausdruck findet.

Während des Krieges riefen die sieben Kinder des Karl Nöldeke (1857–1926) aus dessen zwei Ehen, geboren zwischen 1884 und 1908, einen Familienrundbrief ins Leben. In den Kriegswirren, welche die Familie in alle Himmelsrichtungen zerstreuten, sollten so der Kontakt zwischen den Familienmitgliedern gehalten sowie Informationen über die Erlebnisse und das Schicksal der Briefeschreiber im Kriegseinsatz und in der Heimat weitergegeben werden.

Die Briefe unterscheiden sich, abhängig vom Bildungsgrad der Verfasser, hinsichtlich der Ausdrucksfähigkeit, im Stil und in der Rechtschreibung. Je nach Beruf und Begabung für eine interessante Berichterstattung wechseln persönliche und dienstliche Erlebnisse sich ab. Dies gilt nicht nur für die beteiligten Soldaten wie den Admiralarzt, der häufig auch von seiner dienstlichen Tätigkeit berichtet, sondern beispielsweise auch für einen leitenden Kaufmann, der beruflich in das osteuropäische Ausland, Schweden und die besetzten Länder reisen muss, und der kritisch berichtet.

Glückliche Umstände ermöglichten es dem 1926 geborenen Herausgeber Hartmut Nöldeke, diese Briefe zu bewahren und als Zeitzeugnisse zu veröffentlichen. Alle Briefe sind, bis auf die aus den letzten Wochen des Krieges, deren Schicksal ungewiss bleibt, erhalten. Sie werden in dem Band vollständig wiedergegeben, wenn sie über unwichtige Einzelheiten oder Rückblicke hinausgehen und wenn sie in irgendeiner Form Erwähnenswertes zum Inhalt haben. Nur in diesem Sinne hat der Herausgeber Kürzungen, die markiert sind, vorgenommen. Dabei ist er mit großer Umsicht vorgegangen. Eine Übersicht über die an dem Rundbrief beteiligten Familienangehörigen mit deren wichtigsten Lebensdaten erleichtert das Verständnis des Textes und ermöglicht die Einordnung der einzelnen Briefe als historische Quellen.

Neben der Angst vor Verlust, Verwundung und Tod kommt in den Briefen auch immer wieder die Hoffnung zum Ausdruck, der Krieg möge trotz aller Schrecknisse doch noch ein glückliches Ende nehmen. Der 20. Umlauf des Familienrundbriefes, etwa ein Jahr nach Kriegsende erstellt, und die beiden folgenden Runden geben Aufschluss über das Nachkriegsschicksal der Überlebenden. Wie alle Deutschen sind auch sie betroffen von Trauer um die gefallenen Angehörigen, Trennung der Familie, Wohnungslosigkeit, Verlust der Heimat, der Zerstörung der beruflichen Existenz, Hunger und allgemeiner Not.

Jan Heitmann

***Hartmut Nöldeke: „Bombenfreie Nächte wünschend – Familienrundbriefe während des Zweiten Weltkrieges“**, Heiber Druck & Verlag, Schortens 2010, 279 Seiten, 22 Euro (broschiert), 28 Euro (kartoniert)*



Kindheit unter Spitzeln

Autorin schildert glaubhaft ihre Jugendjahre in Schwerin bis 1960

Mühsam war das Leben in der DDR seit ihrer Gründung im Jahre 1949 für alle diejenigen, die im neuen System nicht Täter, Spitzel und Mitläufer, vor allem aber nicht Opfer werden wollten. Da die Methode der Drangsalierung und Bespitzelung durch die Stasi sich dauerhaft etablierte, nahm der Exodus seinen Lauf. Zahllose Menschen, die dem Überwachungsstaat in den Jahren bis zum Mauerbau den Laufpass gaben, ließen notgedrungen Haus und Hof zurück. So auch die Mutter der Journalistin Christine Brinck. In dem schmalen Band „Eine Kindheit in vormaurischer Zeit“ berichtet Brinck von ihrer Kindheit in Schwerin bis 1960, dem Jahr, als sie 15-jährig in Begleitung einer ihrer Schwestern nach Berlin (West) ausreiste, wo Mutter und Bruder bereits eingetroffen waren. Ihre in Berlin (Ost) lebende und arbeitende ältere Schwester hatte die Flucht der Familie vorbereitet.

Der Schilderung eigenen Erlebens folgen Interviews mit Menschen, die wie sie selbst aus der DDR geflohen sind oder freigekauft wurden.

Das Buch schließt mit einem Augenzeugenbericht über den Streik der Greifswalder Medizinstudenten im Frühjahr 1955 sowie dem Kapitel „Anstelle eines Nachworts: Die DDR im Kopf: vom Wir-Gefühl der Ossis“. Darin beklagt die Autorin eine zur Schau getragene, rückwärtsgewandte Identitätspflege als eine noch immer in den neuen Ländern verbreitete Haltung. Warum eigentlich dieses Anprangern eines solchen Wir-Gefühls – es gab sie doch auch, die Kindheiten in der DDR, die als normal und glücklich verlaufen empfunden werden? Die Antwort lautet: „Dass die DDR ausgerechnet durch Überwachung und politische Zwangsmaßnahmen die Verbesserung des Menschen anzustreben vorgab, hat ein Leben in Lüge zur Folge gehabt, in einer Lüge, die alle erfasste und allen Schaden zufügte.“ Besser kann man es nicht formulieren.

Hilfsmittel wie Gespräche mit Verwandten und Freunden sind sicherlich notwendig, um nach etlichen Jahrzehnten eine in sich geschlossene Erzählung über die eigene Kindheit zuwege zu bringen. Dies ist der Autorin gelungen. Ihr Aufwachsen im deutschen Ost-Staat hat sie mit Blick auf die prekäre Lage kirchlich orientierter Menschen beschrieben, zu denen ihre Familie zählte.

Auch Kinder und Jugendliche liefen Gefahr, als Staatsfeinde identifiziert zu werden, zumal wenn sie nicht der FDJ beitraten. Vorsicht und eine unbestimmte Angst waren daher ihre ständigen Begleiter: „Kinder, die in Familien aufwuchsen, die den neuen Herrschern nichts abgewinnen konnten, waren meist politisch frühreif, lernten in der Sandkiste schon Codes, die die Cousinen im Westen nie verstanden.“ Mit ihren Freundinnen unternahm Brinck herrliche Fahrradausflüge und genoss das Baden im See, doch nicht mit jeder konnte sie frei über alle Themen reden.

Die verwitwete Mutter der Autorin führte in ihrer riesigen Wohnung eine Schülerpension. Für Brinck selbst, die Jüngste von vier Geschwistern, war die Gemeinschaft mit den bei ihnen einquartierten Oberschülern eine Art erweiterte Familie. Alle hatten den selben Wertekanon. Zusammen mit den Eltern der Pensionsschüler bildeten sie eine verschworene Gemeinschaft. Hingegen galten zumindest die Gruppen der älteren Jugendlichen der Jungen Gemeinde als unterwandert. Immer mehr Menschen aus ihrem eigenen Umfeld flohen in den Westen.

Unerklärlich aus heutiger Sicht bleibt, so betont die Autorin, dass die DDR angesichts der anhaltend hohen Zahl von Ausreisen niemals gewillt war, an den Ursachen für den Wunsch wegzuziehen etwas zu ändern: Insgesamt wurden 3,5 Millionen Flüchtlinge und Ausreiseantragsteller registriert.

Da ihre Geschwister nicht alle die Oberschule besuchen durften und niemand von ihnen die Aussicht hatte, studieren zu dürfen, wurde schließlich die von ihrer Mutter lange geplante, aber immer wieder verschobene Flucht unvermeidbar. Es sollte fast zwei Jahre dauern, bis ihre gesamte Familie in Hamburg wieder unter einem Dach vereint war.

Dagmar Jestrzemski

***Christine Brinck: „Eine Kindheit in vormaurischer Zeit“**, Berlin Verlag, Berlin 2010, gebunden, 173 Seiten, 19,90 Euro*



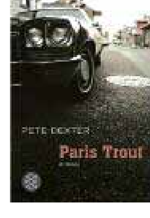
Sand, Wind und Wellen

Das neue Merian-Heft zeigt die schleswig-holsteinische Ostseeküste

„Die Ostseewirte sind aus langem Winterschlaf erwacht und recken faul die gewaltigen Glieder“, schrieb Ostseefan Kurt Tucholsky vor etwa 90 Jahren in der „Weltbühne“. Heute haben die „Ostseewirte“ kaum Zeit auszuruhen, denn das „Mare nostrum des Nordens“ ist auch in Herbst und Winter ein beliebtes Reiseziel. Und so war es längst an der Zeit, dass ein neues Merian-Heft zur Ostsee erschien. Immerhin sind 32 Jahre vergangen, seit man sich am Hamburger Poßmoorweg mit dem Thema Ostsee beschäftigte. Das neue Heft nun macht Lust auf Meer, auf Sand, Wind und Wellen. Die Begeisterung der Autoren schwappt über auf den Leser, so dass man sich sofort auf den Weg zur schleswig-holsteinischen Ostseeküste aufmachen möchte. Surfen mit den legendären Charchulla-Zwillingen auf Fehmarn, ein Bummel durch Kiel mit Kommissar Borowski, Ende Juni den Rummel auf der Kieler Woche genießen oder doch lieber Backstein und Buddenbrooks in Lübeck – das Land zwischen den Meeren hat viel zu bieten und Merian zeigt seine Vielfalt. Brillante Farbfotos und Karten informieren Kenner und Neulinge gleichermaßen über die Küste und das Umland. Der ein oder andere Geheimtipp ist auch darunter.

os

***Merian: „Ostseeküste Schleswig-Holstein“**, Jahreszeiten Verlag, Hamburg 2011, broschiert, 164 Seiten, davon 25 Seiten Infoteil, 7,95 Euro*



Täter und Opfer

Hier hat man auch um einen Mörder Mitleid

Pete Dexter hat mit seinem tiefschwarzen Kriminalroman „Paris Trout“ ein brillantes Gesellschaftspanorama der Vereinigten Staaten der 1950er Jahre und ein in seiner brutalen Ausweglosigkeit und stilistischen Schönheit wegweisendes Buch vorgelegt. Während man sonst oft die Protagonisten eines Romans quasi beim Zuklappen der Buchdeckel bereits wieder vergessen hat, brennen sich die Akteure dieses grandiosen Meisterwerks tief ins Gedächtnis ein. „Paris Trout“ wurde 1988 mit dem National Book Award ausgezeichnet. Es war höchste Zeit, dass das Buch nun auch in deutscher Übersetzung als Taschenbuch vorliegt.

Pete Dexter wurde 1943 in Pontiac / Michigan geboren. Anfangs schrieb er für die „Palm Beach Post in West Palm Beach“ (Florida), die er jedoch 1972 verließ, weil der Herausgeber die Redaktion zwang, bei den bevorstehenden Präsidentenwahlen Richard Nixon zu unterstützen. Als Dexter 1981 in Philadelphia in eine Schlägerei wegen eines Zeitungsartikels geriet und schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, sattelte er vom Journalismus auf den Beruf eines freien Schriftstellers um. Ein Rezensent hat den Inhalt dieses Schmökers, den man von der ersten bis zur letzten Seite nicht aus der Hand geben will, treffend mit folgenden Worten umschrieben: „Wer eine Ahnung bekommen will, welche Distanz die USA von Anfang der 50er Jahre bis zu einem farbigen Präsidentschaftskandidaten zurückgelegt haben, der muss Pete Dexter lesen.“

Der „Held“ des Romans ist der schwerreiche Ladenbesitzer und Kredithai Paris Trout, der in dem Kaff Cotton Point in Georgia ein ziemlich eigenbrötlerisches Leben führt. Die Geschichte fängt langsam an. Ein armes 14-jähriges schwarzes Mädchen wird von einem tollwütigen Fuchs gebissen und anschließend von Paris Trouts Frau aus Mitleid und gegen den Willen ihres Mannes in ein Krankenhaus gebracht.

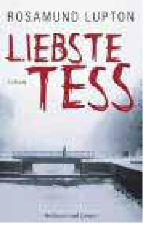
Als Paris Trout später gemeinsam mit einem brutalen Schläger und Ex-Polizisten Geld bei einer Familie eintreiben will, bei der das Mädchen Unterschlupf gefunden hat, kommt es zur Katastrophe. Paris Trout, ein Mann, der an „Neger“ Geld verleiht, keine Steuern zahlt und ein eingeschworener Rassist ist, erschießt aus blankem Hass das Mädchen und verletzt dessen zeitweilige Pflegemutter schwer.

Ein schwächerer Schriftsteller könnte nun eine vorhersehbare Geschichte abspulen mit einem unverbesserlichen Rassisten als Täter und vielleicht einem positiven Helden, der das Ganze dann doch noch zum Guten wendet. Doch Dexter ist ein starker Autor, dem sogar das Kunststück gelingt, dass man Mitleid empfindet mit diesem eigentlich widerlichen Mörder, der nicht zu seiner Schuld stehen will und von unerschütterlicher Selbstgerechtigkeit ist. Am Ende des Buches richtet Paris Trout ein Blutbad an und metzelt all diejenigen Menschen nieder, von denen er sich verraten fühlt.

Paris Trout ist nicht nur Täter, er ist auch Opfer, nämlich ein Opfer der Vorurteile und rassistischen Einstellungen seiner Zeit und letztlich ein Opfer seines eigenen Wahns. Doch die Melange aus Waffennarrentum, Rassismus und staatsfeindlicher Gesinnung findet man auch noch im Amerika des 21. Jahrhunderts. Es ist kein Zufall, dass die blutigen Schüsse am Rande eines Kostümfestes fallen, mit denen die braven Bürger von Cotton Point in historischer Aufmachung den Beginn ihrer amerikanischen Demokratie feiern. Doch auch wenn das Beschriebene schrecklich und unausweichlich ist, liest man diesen äußerst spannenden 400-seitigen Roman durchaus streckenweise mit Vergnügen und atemloser Aufmerksamkeit.

Ansgar Lange

***Pete Dexter: „Paris Trout“**, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2010, broschiert, 416 Seiten, 9,95 Euro*



War es ein Mord?

Briefe an die tote Schwester enthüllen Wahrheit

Der Tod eines geliebten Menschen ist an sich schon fürchterlich, doch wenn dieser sich auch noch umgebracht haben soll, dann kommen zumeist noch Schuldgefühle hinzu. So auch in dem einfühlsamen Roman „Liebste Tess“ aus der Feder der englischen Drehbuchautorin Rosamund Lupton. Mit Schuldgefühlen tun jedenfalls alle Beteiligten die Bedenken der 26-jährigen Schwester der mit aufgeschnittenen Pulsadern im Hyde Park aufgefundenen Tess ab. Schuldgefühle seien es, die sie daran hindern würden, den Tod ihrer Schwester als Selbstmord zu akzeptieren, entgegnen alle, wenn Beatrice auf Merkwürdigkeiten am angeblichen Suizid ihrer Schwester hinweist.

Immer wieder hat auch der Leser Zweifel an Beatrice' Mordtheorien, denn der Roman ist als Brief an die tote Schwester verfasst. So ganz scheint die New Yorker Karrierefrau den plötzlichen Tod ihrer jüngeren Schwester nicht verkraftet zu haben, da sie in dem Brief an die Schwester so tut, als wäre diese da und könnte ihr zuhören. Rosamund Lupton nutzt die Briefform geschickt, um die enge Beziehung der Schwestern, die schon als Kind der frühe Tod des achtjährigen Bruders zusammengeschweißt hat, zu verdeutlichen. Gleichzeitig bleibt der Leser auch auf Distanz zu Beatrice, denn schließlich ist ihr Brief an die tote Schwester auch ein Zeichen ihrer mangelnden Objektivität. Da der Leser aber nur Beatrice' Berichte hat, um zu erfahren, was mit Tess geschehen ist, gerät er somit in einen Zwiespalt: Soll er Beatrice nun glauben oder ihrem zweifelnden Umfeld, von dem diese ihrer Schwester immer wieder berichtet?

Der Brief beginnt mit der Schilderung über eine Journalistenmeute vor Tess' Londoner Studentenwohnung. Beatrice berichtet

Schwanger vom Dozenten

Tess, wie jetzt endlich allen klar wurde, dass sie keine Spinnerin sei, da der Mörder gefasst wurde. Doch Beatrice rückt nicht mit weiteren Informationen zum Mörder heraus, sondern berichtet ihrer Schwester, wie sie von da an Tag für Tag zur Polizei zur Vernehmung fährt und Stück für Stück einem Mister Wright die Geschichte chronologisch für den Prozess zu Protokoll gibt.

So erfährt der Leser auch, dass Tess durchaus Gründe für einen Selbstmord hatte: Die von ihrem verheirateten Dozenten schwangere Kunststudentin hat das nach einer Gentherapie von der in der Familie grassierenden Erbkrankheit Mukoviszidose, an der auch der Bruder starb, geheilte Baby gleich nach der Geburt verloren. Doch Beatrice ist überzeugt, dass ihre katholische, lebenslustige Schwester selbst im Falle von Depressionen nie ihrem Leben ein Ende gesetzt haben würde. Und da Beatrice gleich mehrere Mordverdächtige hat, folgt man ihrer spannenden Mördersuche, zumal ja offenbar ein Täter überführt wurde.

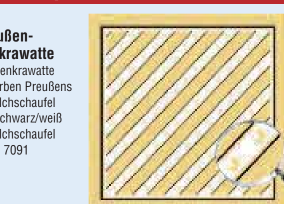
„Tess, ich würde alles tun für eine zweite Chance. Doch anders als in unseren Märchenbüchern kann man nicht zurückfliegen, ... Du hast dich an mich gewandt, und ich war nicht da. Du bist tot. Wenn ich deinen Anruf entgegengenommen hätte, wärst Du noch am Leben. So einfach ist das“, heißt es in der Mitte des Buches und der Leser weiß von da an, dass Beatrice zwar wirklich unter Schuldgefühlen leidet, aber durchaus den Tod der Schwester realisiert hat.

Doch den wahren Mörder ihrer Schwester erkennt sie zu spät. Und hier zeigt sich die Raffinesse der Autorin, die den Leser lange auf die falsche Fährte gelockt hat: Der in Gedanken an Tess formulierte Brief ist Beatrice' einziges Mittel, um zu überleben.

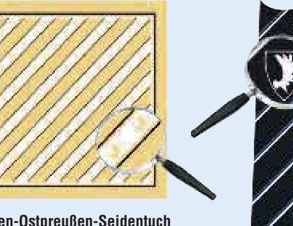
Rebecca Bellano

***Rosamund Lupton: „Liebste Tess“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 383 Seiten, 19,95 Euro*

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl



Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

je € 29,95



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95





statt € 7,40 nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968

Ostpreußen-Provinz-Schirmmützen



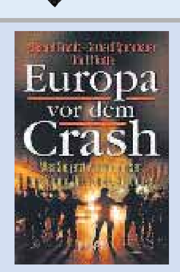
Elchschaufel-Schirmmütze
Best.-Nr.: 6969

Mützen in verstellbarer Einheitsgröße mit gesticktem Wappen

Mützen je € 14,95



Ostpreußen-Provinz-Schirmmütze
Best.-Nr.: 7105

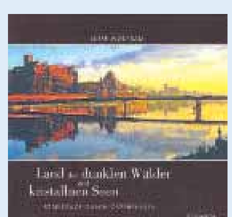


Michael Grandt, Gerhard Spannbauer, Udo Ulfkotte
Europa vor dem Crash
Gebunden, 336 Seiten
Best.-Nr. 7081, € 19,95



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800,
statt € 9,90 nur noch € 3,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen.
Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/ Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.
Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.



Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

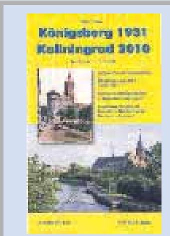
statt € 7,95 nur noch € 4,95



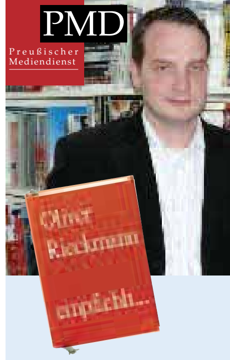
Christel Wels
Wir hatten immer Angst...
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust in Ostpreußen 1945-1948, Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.:7099, € 12,90



Heinz Nawratil
Die Versöhnungsfalle
Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein
Geb., 263 Seiten
Best.-Nr.: 7097, € 19,95



Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000, Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Forschung und Veröffentlichungen über Preußisch Litthauen in Wort und Schrift, Ton und Film über umfassendes Material aller Erlebnis-Ebenen. Dieses gewinnt besonderen Reiz durch die Einbeziehung bisher unbekannter .oder noch nicht ausgewerteter und veröffentlichter Quellen - wie den in der DDR sorgsam verborgen gehaltenen, den Autoren übergebenen Aktenbestand des Hauptgestüts, Luftbilder von 1944/45 und Archiv-Bestände des Etat-Ministeriums im Geheimen Staatsarchiv PK in Dahlem. Die Autoren verbinden in übersichtlicher, reich bebilderter Gestaltung mit einfallsreichem Layout alle diese Quellen, sowie zusätzliche Informationen zahlreicher alter Zeitzeugen zu einer vielseitigen und vielschichtigen Übersicht. Sie runden alles zu einem lebendigen Gesamteindruck von den ländlichen Verhältnissen und authentischen Lebenswelten der Menschen in Trakehnen im östlichen Ostpreußen, die nun schon längstvergangen sind - unwiederbringlich untergegangen. Hier werden sie einprägsam festgehalten, damit sie nicht in Vergessenheit geraten. Altee Zeitzeugen und ihre Nachkommen werden sich - und ihr Zuhause darin wiederfinden.
Geb., 560 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 7113,

€ 49,90

Wolfgang Rothe/ Daniela Wiemer
Ortsatlas Trakehnen
Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf
Wer „Trakehnen" in einem Buchtitel liest, wird wohl vermuten, es würde ihm ein Fachbuch über das Gestüt und seine Pferde geboten. Das entspricht nicht dem Bestreben der Autoren. Vielmehr verweisen sie zur Zucht der Warmblutpferde Trakehner Abstammung auf die umfangreiche Fach-Literatur kompetenter Autoren. Zwar kommen das Gestüt und seine Pferde in allen Kapiteln und Abschnitten des Buchs zur Geltung. Aber die Autoren stellen in den Mittelpunkt Ihrer Geschichtsschreibung und Dokumentation die Siedlung, die Landschaft, die Landwirtschaft, vor allem die Menschen, die mit und von den Pferden lebten, und auch die historischen und Infra-Strukturen, vom Anbeginn der Besiedlung im 16. Jahrhundert bis zur unmittelbaren russischen Gegenwart nach 2000. Sie verfügen nach 20 Jahren





C. Hinkelmann/ H.M.F. Syskowski (Hrsg.)
Von Rositten bis Rominten
Ostpreußische Landschaften im Spiegel historischer Farbfotos
Ostpreußens Magie zieht den Betrachter damals wie heute in ihren Bann. Es ist jedoch äußerst selten, dass das Leben zwischen 1920 und 1945 in Farbfotos festgehalten wurde. Dr. C. Hinkelmann vom Ostpreußischen Landesmuseum und Fachjournalist H.M.F. Syskowski, ist es gelungen, alte Farbfotografien aus den privaten Archiven von namhaften Fotografen Ostpreußens wiederzuentdecken. Dieses ansprechende Buch mit über 100 Farbfotos ist ein einzigartiges Zeugnis längst vergangener Tage.
Geb., 128 Seiten, Aufn. v. Otto Steinfatt, Ernst Schütz u. a., m. über 100 Farbfotos
Best.-Nr.: 7109

€ 19,95



Die neue CD von BernStein zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen 2011 in Erfurt

NEU

1. Fliege mit mir in die Heimat
2. Osteroder Heimatlied
3. Kein schöner Land
4. Die deutschen Eichen
5. In Angerburg bin ich geboren
6. Vor meinem Vaterhaus..
7. Pillauer Lied
8. Karo und Ammie
9. Lasst uns all nach Hause gehen
10. Mein schönes altes Insterburg
11. Ostpreußenwind
12. Es wird in hundert Jahren..

Gesamtlaufzeit: 40 Minuten
Best.-Nr.: 7110



CD

€ 14,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Memelland-Schlüsselanhänger

NEU



mit den Farben des Memellandes und dem Stadtwappen von Memel
Best.-Nr.: 7111, € 5,95

CD

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…"
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lund und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
• Sie sagen all, du bist nicht schön
• Zogen einst fünf wilde Schwäne
• Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95

NEU



DVD

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfgang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95

Juni-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Rundstempel



Best.-Nr. 6216



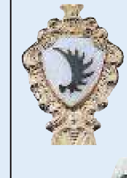
Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538



Best.-Nr. 5539

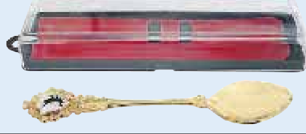


statt € 12,95 nur noch € 10,00



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

statt € 12,95 nur noch € 10,00





Heimatflaggen



Ostpreußen-Flagge – Provinz –
Best.-Nr.: 3990



Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm

statt € 12,95 nur noch € 10,00

DVD

Sommer in Ostpreußen 1942
Es ist schon lange her. Und es liegt in weiter Ferne, wovon dieser Film erzählt: von Gottfried und Maria, einem jungen Paar mitten im Krieg.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981



statt € 14,95 nur noch € 12,00

*nur gültig im Monat Juni 2011 und solange Vorrat reicht



Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084, € 19,95

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergesslichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Hier finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Mit dem Ostpreußenlied

CD

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 22/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Trittins Gewalt-Aufruf

München – Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sieht sich neuen Vorwürfen hinsichtlich seiner linksextremen Vergangenheit gegenüber: Der „Focus“ berichtet, dass Trittin als kommunistischer Studentenführer Anfang 1980 offen mit Gewalt gedroht habe als mögliche Reaktion auf die Räumung eines besetzten Hauses in Göttingen. Der Politiker hatte stets behauptet, Gewalt sei ihm „immer fremd geblieben“. *H.H.*

Schule sperrt Bundeswehr aus

Berlin – Das Robert-Blum-Gymnasium in Berlin-Schöneberg hat die Bundeswehr ausgesperrt. Künftig dürfen keine Jugendoffiziere mehr zum Politikunterricht oder zwecks Berufsberatung an die Schule eingeladen werden. Lehrer und Eltern begründen ihre Entscheidung damit, dass das „vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt unseren Erziehungsidealen widerspricht“. Die Bundeswehr hat scharf protestiert und darauf verwiesen, dass sie eine Einrichtung mit Verfassungsrang sei. *H.H.*

ZUR PERSON

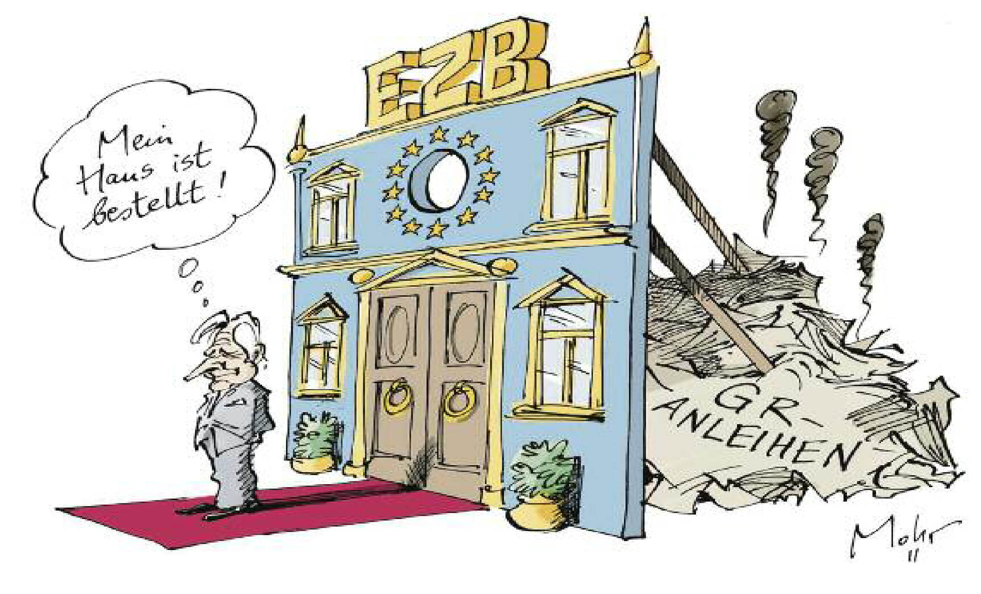
Gegen den »bösen Mythos«

Denkverbote gibt es für einen wie ihn nicht. Für ihn zählt nur die Wahrheit. Die spricht der deutsch-französische Politikwissenschaftler und Publizist **Alfred Grosser** auch dann aus, wenn es manchem wehtut. So erklärte er seinen französischen Lesern schon wenige Jahre nach dem Krieg, dass auch die Deutschen Opfer waren, indem er vom Leid der Vertriebenen und dem Tod im Bombenhagel berichtete.

Grosser wurde 1925 in Frankfurt am Main geboren. Im Jahre 1933 emigrierte die jüdische Familie nach Frankreich, wo Grosser 1937 die französische Staatsbürgerschaft erhielt. Nach dem Krieg studierte er Politikwissenschaft und Germanistik und war ab 1955 Lehrstuhlinhaber in Paris. Seit 1965 arbeitet er zudem für Zeitungen und Fernsehsender. Grosser gilt als einer der Wegbereiter der deutsch-französischen Aussöhnung. Aufsehen erregte er immer wieder durch seine Kritik an der französischen und der israelischen Regierungspolitik. Dabei wendet er sich energisch dagegen, dass in Deutschland jede Kritik an Israel mit der „Auschwitz-Keule“ erschlagen werde. Ebenso leidenschaftlich tritt er der Kollektivschuldthese entgegen, nach der alle Deutschen am Holocaust mitschuldig gewesen seien.



Diesen Vorwurf brandmarkt er als „böswilligen alten Mythos“. Grosser fragt, wie eine so ungeheuerliche Behauptung bewiesen werden könne und stellt klar: „Die einfache Logik sagt, dass das Gegenteil von ‚alle‘, von ‚die‘, nicht ‚niemand‘ oder ‚keiner‘ ist, sondern ‚die einen so, die anderen anders‘.“ Niemand bestreite, so Grosser, dass manche Deutsche Bescheid wussten, andere aber nicht. Die Tatsache, dass heute die Formel „die Deutschen“ wieder aufkommen könne, zeige, „dass auch anerkannte ‚Wissenschaftler‘ jenseits der elementaren Logik denken und schreiben“. *J.H.*



Bald ist Herr Trichet aus dem Schneider.

Zeichnung: Mohr

Gurkensalat

Warum »Bio« auch nach Ehec die einzige moralische Möglichkeit bleibt, wie Ramsauer den Gabriel macht, und was Mladic zu essen kriegt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Heil war die Welt nie, das räumen selbst Nostalgiker ein. Aber ein bisschen heiler als heute war sie schon, aufgeräumter zumal. Bis eben noch wussten wir ganz genau, was gesund und was ungesunde Nahrung ist. Dann graute jener Morgen, an dem uns der Bio-Gurkensalat aus dem Gesicht fiel. „Ehec“ – klingt wie „Schluckauf“ in einer putzigen Fremdsprache, ist aber weitaus ernster.

Mit den immer zahlreicher werdenden Todesopfern ist eine Gewissheit gestorben, die sich tief in unsere Seelen gebrannt hatte. Nämlich, dass die Natur gut ist und der Mensch mit seiner Technik böse. Nun heißt es plötzlich, dass es womöglich gerade die natürliche Düngung mit Rinderkot war, welche die Infektion ausgelöst hat.

Wir Deutsche waren uns des naturfreundlichen Gut-Böse-Schemas sicherer als die allermeisten Völker, was nicht weiter verwundert: Hier bei uns gibt es weder gefährliche Spinnen noch giftige Kröten, keine beißwütigen Alligatoren, keine hungrigen Löwen und außer der Kreuzotter, die die meisten auch nur noch vom Hörensagen kennen, auch keine toxischen Schlangen. Nachdem unsere Vorfahren Bären und Wölfe gänzlich oder beinahe ausgerottet haben, hat sich der deutsche Wald in einen romantischen Streichelzoo verwandelt, in dem uns statt gieriger Bestien nur noch schöne Gedanken verfolgen.

Das verändert den Blick: Volkspädagogisch wertvolle Kinderliteratur klärt schon den Nachwuchs darüber auf, dass der angeblich „böse Wolf“ nur von den faschistischen Vorfahren verleumdet wurde. Böse hingegen ist der Jäger, der in der alten Rotkäppchen-Version noch als Retter gefeiert wurde. Der steht für alles Verächtliche: Technik, Männer, Waffen, Macht und den „Eingriff des Menschen in den natürlichen Lebensraum von ...“

Das mit dem „Eingriff“ ist eine wichtige Leitplanke, die dafür sorgt, dass wir auch bei irritierenden Ereignissen, wenn die Natur ihr brutales Gesicht zeigt, nicht aus der ideologischen Spur fliegen. Dann war es nämlich grundsätzlich der Mensch, der mit seinen „Eingriffen“ die Katastrophe herbeigeführt hat. Die Natur würde uns schließlich niemals etwas Schlimmes antun: Hochwasser? Das hat man eben von den Flussregulierungen! Verheerende Stürme? Eine Folge der „menschengemachten Klima-Erwärmung“. Vulkanausbrüche? Ach, lassen Sie mich doch in Ruhe! Solche Einwürfe werden doch nur gebracht, um uns vom Pfad der Moral wegzulocken. Wie der Hinweis, dass es furchtbare Stürme und tödliche Fluten lange schon gab, bevor der Mensch so furchtbar Hand anlegen konnte.

Ja, Moral! Es ist ja nicht einfach eine Geschmacksfrage, dass man den Menschen böse und die Natur rundweg lieb findet. In einem Land, wo Kirchenfürsten über Reaktorsicherheit befinden, ist alles eine moralische Frage. So war das immer, im einundzwanzigsten Jahrhundert nicht anders als im vierzehnten. Nur zwischendurch gab es da eine schlimme Phase, als wir solche Sachen leichtsinnigerweise den Wissenschaftlern und Ingenieuren überließen.

> Wo Kirchenfürsten über Reaktorsicherheit befinden, da ist *alles* eine Frage der Moral

In diese düstere Epoche, wir nennen sie „die finstere Neuzeit“, fällt auch die Intensivierung der Landwirtschaft. Und mit ihr all das Teufelszeug wie Pestizide und Herbizide und, direkt aus dem innersten Kreis der Hölle, die „Gen-Manipulierung“. Dass erst jene Intensivierung, zunächst in den entwickelten Ländern und nunmehr weltweit, den Hunger besiegt hat, kann uns nicht anfechten. Es geht um moralische Maßstäbe, vor denen Pflanzenschutzmittel kaum und genveränderte Lebensmittel gar nicht bestehen können.

Dass Bio-Nahrung gefährlich sein kann, ist (schon der Moral wegen) ein Risiko, welches „die Menschen“ eben ertragen müssen, nachdem sie „der Natur“ schon so viel angetan haben, Gurken hin, Ehec her. Der Einwand, dass wir ohne die Erfindungen der modernen, intensiven Landwirtschaft die Europäer nicht einmal dann ernähren könnten, wenn wir von Portugal bis zum Ural alle Wälder rodeten, um Ackerland zu gewinnen, der ist zwar sachlich richtig, aber moralisch eine Sauerei. So faseln jene, die unsere Verbrechen an der Natur schönreden wollen.

Hinter diesem Treiben stecken wie üblich mächtige Mächte wie die „weltweit operierenden Düngemittelkonzerne“ und die berüchtigte Agrarlobby. Wer „weltweit operiert“, ist bekanntlich schon an sich ein Schurke. Daher erntet Verkehrsminister Peter Ramsauer auch unseren spontanen Beifall dafür, dass er den Öl-Multis mal ordentlich einen in den Tee tun will. Nur noch einmal am Tag sollen die Benzinpreise angehoben werden können, damit die „Abzocke der Autofahrer“ aufhört.

Nachdem der Applaus abgeebbt war, traten allerdings ein paar hässliche Fragen auf. Die erste: Wer zockt da eigentlich? Von einem Liter Super zu 1,60 Euro holt sich der Staat mehr als 90 Cent per Mineralöl- und Mehrwertsteuer. Vom Rest müssen Exploration, Förderung, Transport, Verarbeitung und Verkauf an den Tankstellen finanziert werden. Gut, sicher, die Multis werden von ihrem „Rest“ immer noch steinreich. Aber längst nicht so reich wie der Fiskus. Zweite Frage: Wer profitiert von der Ramsauer-Klausel wirklich? Die freien Tankstellen schlagen Alarm, dass sie einpacken könnten, wenn sie ihre Preise nicht mehr blitzschnell dem Markt anpassen dürfen. Das käme gerade den „Multis“ ausgezeichnet zupass.

Je mehr sich Ramsauers Geistesblitz entblättert, desto deutlicher erinnert er uns an die täglichen Eingebungen, mit denen Sigmar Gabriel seiner Partei schon vor dem Frühstück den Magen verdirbt. Man muss die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles nicht mögen, um Mitleid mit ihr zu haben. Käseweiß und abgekämpft schleppt sie sich durch Berlin. Nahles wirke zunehmend „verkrampft“, berichten Hauptstadt-Journalisten. Kein Wunder, wenn man jeden Moment damit rechnen muss, dass der Sigmar wie Kai aus der Kiste springt und irgendwelchen Blödsinn verbreitet, den die arme Nahles als Chefpropagandistin der SPD dann zur guten Idee umkneten muss. Dabei ahnt sie, dass alle Bescheid wissen und ihr kein Wort glauben, sondern nur noch Mitgefühl für sie empfinden. Das Mitleid der Journaille ist ja so viel grausamer als ihre Häme.

Doch sie hat keine Wahl, eine Generalsekretärin ist qua Amt zur Loyalität verpflichtet. Ein richtiger Mistjob ist das. Die 40-Jährige hofft natürlich, dass sie da irgendwann wieder weg kann und einen behaglicheren Posten in der SPD-Führung ergattert. Doch da sollte sie nicht zu optimistisch sein. Nahles wäre nicht der erste, dem man seine Loyalität übel vergolten hat.

Wie fühlen sich wohl beispielsweise die aufgebrachten serbischen Nationalisten, die nach der Verhaftung ihres schrägen Idols Ratko Mladic die Straßen von Belgrad verwüsteten? Als sie am nächsten Tag die erste Botschaft des „großen Patrioten“ vernahmen, muss es ihnen die Schuhe ausgezogen haben.

Er stehe zu Unrecht am Pranger, so der Schlächter von Srebrenica. Die Behauptung war keine Überraschung, das sagen alle Massenmörder nach ihrer Verhaftung. Die trübe Sensation folgte danach: Nicht er, sondern das serbische Volk sei schuld an dem Massaker. Denn nicht er sondern jenes Volk habe Milosevic gewählt. Er selbst habe nur auf dessen Befehl gehandelt. Mit anderen Worten: Seine sengenden Anhänger sollten an seiner Statt in Den Haag auf die Anklagebank.

Eines müssen wir ihm uneingeschränkt zugutehalten: Der Mann bleibt sich treu – ein Dreckskerl vom Scheitel bis zur Sohle. Wenigstens ist Ratko Mladic eine Warnung an alle, sich ihre Helden etwas gründlicher anzuschauen, bevor sie sie in den Himmel heben. Eben noch wollten die Belgrader Randalierer für Mladic die eigene Hauptstadt in Schutt und Asche legen. Nach seiner kruden Rechtfertigung würden sie ihn vermutlich lieber zu einer Portion Gurkensalat einladen.

MEINUNGEN

Der linksliberale „Welt“-Autor ***Ulf Poschardt*** *ist tief* ***enttäuscht*** *von der Entwicklung der radikalen* ***Linken****. In der Nummer vom 30. Mai beklagt er:*

„Die Flucht in die Mentalität von Blockwarten bedeutet eine Bruchlandung jener aufklärerischen Natur, mit der sich die Linke im 18. und 19. Jahrhundert um die Modernisierung der Welt verdient gemacht hat.“

Dem „FAZ“-Kommentator ***Berthold Kohler*** *ist etwas bang angesichts des* ***deutschen Elans*** *beim* ***Atomausstieg****. In der Zeitung vom 31. Mai schreibt er:*

„Deutschland sehnt sich nach mehr Sicherheit und begibt sich deshalb auf eine Reise, die ... auch Gefahren und Risiken birgt. Man kann diesem Aufbruch ins Ungewisse ein für hiesige Verhältnisse ungewöhnlich hohes Maß an Mut zuschreiben. Beigemischt findet sich aber auch jene deutsche Unaufhaltsamkeit, die nichts mehr fürchtet, wenn sie einmal das Wahre, Schöne, Gute erkannt hat.“

Der „Focus“ vom 30. Mai lästert über die ***ungleiche Lastenverteilung in der EU*** *und vermischt lustvoll deutsche Rettungsmilliarden mit spanischen Salatgurken:*

„Deutschland pumpt sauber Euros in die EU. Und bekommt Gülle-Gurken retour. Gut, dass andere Tauschgeschäfte uns weniger spanisch vorkommen müssen.“

Spanisch

Spanisch war mal eine Grippe,
spanisch hieß auch ein Insekt –
freilich hat die Pharma-Sippe
längst, was besser hilft, entdeckt.

Hinderlich sind Reiter aber,
die als spanisch uns bekannt,
und geradezu makaber
waren Stiefel, so benannt!

Ziemlich spanisch vorgekommen
ist's mir drum von Anfang an,
als die Nachricht ich vernommen –
wie man wohl verstehen kann:

Just gekrümmte Bio-Gurken
sollen schuld am Unheil sein!
Welchen abgefeimten Schurken
fiel denn sowas Krummes ein?

Will vielleicht mit Schmutz-Tiraden
wer der Bio-Industrie
und dem Bio-Handel schaden,
die rentabel sind wie nie?

Doch dann kommt's mir, dass
es Wahlen
kürzlich gab im Herkunftsland
und dem Durchfall, dem
fatalen,
nicht der Zufall Pate stand.

Durchgefallen ist ja übel
Zapateros Spaßpartei –
und indes ich weiter grübel,
krieg' auch Brechreiz ich dabei:

Trotz der hohen Subventionen
sind so viele arbeitslos –
umverteilen statt entlohnen,
darin ist Europa groß!

Und wer werkt in Gurkenbeeten?
Afrikaner ohne Zahl
gibt's fürs Pflanzen, Pflücken, Jäten –
immigriert meist illegal!

Und dann wird's noch samt den
Keimen
durch den Kontinent gekarrt –
drauf kann wieder nur ich
reimen,
dass uns Brüssel schamlos narrt!

Pannonicus